

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 1

(Beginn: 15.38 Uhr - Ende: 22.08 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße hier im Gürzenich vor Eintritt in die Tagesordnung unsere Gäste im Zuschauerbereich, alle, die im Livestream zuschauen und zuhören - besonders die Schülerinnen und Schüler der Klasse 10d der Trude-Herr-Gesamtschule, die sich eigentlich unsere Sitzung heute vor Ort ansehen und sie hier miterleben wollten, aber die Sitzung kurzfristig leider nur im Livestream verfolgen können, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates.

Außerdem begrüße ich sehr herzlich Herrn Andree Haack, der im Zuschauerbereich sitzt und heute, wie ich gehört habe, erstmals eine Sitzung des Kölner Stadtrates erlebt. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Weil wir hier im Gürzenich und mitten in der Session sind, möchte ich heute auch - ich weiß nicht, ob ich noch „das Dreigestirn“ sagen kann - Prinz und Bauer zu einem kleinen Gastauftritt begrüßen. Herzlich willkommen!

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich - Der Vorhang vor der Bühne öffnet sich - Gastauftritt von Prinz Sven I. und Bauer Gereon - Anhaltender lebhafter Beifall)

Ich bedanke mich sehr herzlich für eure Worte und euren Auftritt heute in der Dekoration, in der wir die Ratssitzung natürlich nicht stattfinden lassen wollen,

(Zurufe: Oh!)

weil wir hier zu arbeiten haben. Bitte bestellt herzliche Grüße an Gerdemie. Ich hoffe, dass ihr in der verbleibenden Session viele gute Auftritte habt, und bedanke mich bei euch. Wie ich schon mehrfach gesagt habe, seid ihr ein ganz besonderes Dreigestirn, das in die Geschichte des Kölschen Fasteleer eingehen wird. Zweimol Prinz so sin, ist ja auch sehr ungewöhnlich. Also vielen Dank dafür und alles, alles Gute!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich möchte heute ein früheres Ratsmitglied als neues Ratsmitglied begrüßen und freue mich sehr, Herrn Gerd Brust hier begrüßen zu können.

(Beifall)

Herr Brust wurde als Nachfolger für Herrn Giesen gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes festgestellt und hat die Nachfolge angenommen.

Darum bitte ich dich, lieber Gerd Brust, nach vorne zum Rednerpult zu kommen, und die Anwesenden, sich von ihren Plätzen zu erheben; das gilt auch für die Gäste, die Vertreter der Medien sowie die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister.

(Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen] begibt sich neben das Redepult - Die Anwesenden erheben sich)

Lieber Herr Brust, im Sinne des § 5 Abs. 1 unserer Hauptsatzung verpflichte ich Sie, Ihre Aufgabe als Mitglied des Rates der Stadt Köln nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und Ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

(Beifall)

Vielen Dank, meine Damen und Herren. Nehmen Sie bitte wieder Platz.

Meine Damen und Herren, nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Brock-Storms, Frau Heuser, Frau Hoyer, Herr Jeschka, Herr Michel, Frau Recktenwald und Herr Rudolph entschuldigt. Herr Görzel wird verspätet zur Ratssitzung kommen.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Frau Schneeloch, Herrn van Benthem und Frau Röhrig.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf liegt Ihnen vor. Die nachträglichen Zu- und Absetzungen sind dort gekennzeichnet. Die Änderungsanträge finden Sie bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Zunächst kommen wir zur Festlegung der aktuellen Stunde. Zum einen liegt ein von der Fraktion Die FRAKTION eingereichter Antrag zur Durch-

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 2

führung einer aktuellen Stunde zum Thema „Alltag schöntrinken - Büdchenbierverbot verbieten!“ vom 26. Januar 2022 vor; das ist TOP 1.1. Zum anderen hat die SPD-Fraktion am 31. Januar 2022 einen Antrag zur Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema „Klare Regelungen für den Kölner Karneval 2022“ eingereicht; das ist TOP 1.2.

Wie Ihnen bekannt ist, sieht unsere Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vor.

Bei mehreren Anträgen besteht die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Ich habe Sie zu fragen, ob eine solche Einigung erzielt werden konnte. - Herr Hock bestätigt dies mit Handzeichen. Können Sie das für das Protokoll einmal sagen, damit es auch in die Niederschrift Eingang findet?

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Ja, wir haben uns geeinigt!)

- Auf was haben Sie sich geeinigt, Herr Hock?

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Karneval!)

- Also - wie könnte es anders sein - „Klare Regelungen für den Kölner Karneval 2022“. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Wahl eines Beigeordneten für das Dezernat IX unter TOP A, die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.3 bis 4.5, die Verwaltungsvorlagen unter TOP 8.1., TOP 10.18 und TOP 10.19 sowie die Gremienbesetzungen unter TOP 17.6 bis 17.13.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.1.2 und 24.6.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte entweder die Maske anbehalten oder zum Rednerpult kommen, Herr Weisenstein.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE] zieht seine Maske wieder hoch)

- Okay. Danke.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker!

(Zurufe: Man kann nichts verstehen! - Geh nach vorne!)

- Man kann es nicht verstehen? Gut. Dann gehe ich - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann kommen Sie doch bitte nach vorne.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich mache darauf aufmerksam, dass die Vorlage unter Punkt A, Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX, verfristet eingereicht worden ist. Die Frist beträgt laut § 1 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates sieben Arbeitstage. Die Vorlage ist den Ratsmitgliedern erst seit Montag bekannt.

Laut § 2 Abs. 5 der Gemeindeordnung kann eine verfristete Vorlage nicht behandelt werden, wenn auch nur ein Ratsmitglied nicht einverstanden ist. Dieser Sachverhalt liegt hiermit vor. Ich widerspreche der Behandlung. Die Vorlage kann also heute nicht behandelt werden.

Eine Dringlichkeit kann nicht festgestellt werden. Der Ratstermin steht seit Langem fest. Sie, Frau Oberbürgermeisterin, waren beauftragt, eine Kandidat*in für das Dezernat zu suchen. Unseren Informationen zufolge haben Sie die Auswahlgespräche für letzten Samstag terminiert. Sie wussten, dass Sie die Fristen nicht einhalten können. Die Dringlichkeit ist nicht gegeben, weil die Zeitnot sehenden Auges herbeigeführt worden ist. Sie hätten die Möglichkeit gehabt, die Gespräche früher zu führen oder aber die Wahl an einem späteren Ratstermin durchführen zu lassen.

Schließlich ist die Stelle seit Monaten vakant. Auch deswegen liegt keine Dringlichkeit vor.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 3

Ich bitte um Absetzung dieses Tagesordnungspunktes. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Mir liegt eine weitere Wortmeldung vor. Herr Kienitz. - Erst einmal Ihre Wortmeldung, Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich schlage für die antragstellenden Fraktionen und Einzelmandatsträger vor, den Tagesordnungspunkt 3.1.1 zurückzustellen.

Gleichzeitig bitte ich die Verwaltung, das in diesem Antrag angesprochene Thema „Qualifizierter Mietspiegel“ im Wohnungsbauforum anzusprechen und es dort auf die Tagesordnung zu nehmen - aber nicht den Antrag, sondern nur das Thema -, um dieses Thema entsprechend der Vereinbarung im Wohnungsbauforum auf Arbeitsgemeinschaftsebene, auf AG-Ebene, zu behandeln und dort mit Expertinnen und Experten sowie den normalen Mitgliedern des Wohnungsbauforums zu diskutieren. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich gerne Stellung - - Doch. Wer hat sich gemeldet?

(Zurufe: Frau Gabrysch! - Vereinzelt Beifall)

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Ich versuche wirklich schon, die Hand so hoch wie möglich zu recken. Vielleicht muss ich jedes Mal meinen Stuhl umschmeißen. Das hat ja letztes Mal gut funktioniert.

Die KLIMA FREUNDE würden gerne beantragen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 - und jetzt kenne ich mich, ehrlich gesagt, mit der Ordnung nicht so ganz aus - entweder noch einmal an die BV Kalk zu verweisen - meines Wissens ist das dort nicht durchgegangen, und unserer Meinung nach sollte es dort behandelt werden - oder

einen Änderungsantrag hinzuzufügen. Uns fehlt da nämlich die Gemeinwohlorientierung. Jetzt weiß ich nicht - - Da würde ich gerade mal um eine Aussage bitten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich fände es richtig, wenn Sie das nach Aufruf des Tagesordnungspunktes vortragen würden, Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Und die Vertagung auch bzw. den Verweis in die BV Kalk auch?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es ist ja eine Verweisung. Die kann auch beim Tagesordnungspunkt vorgetragen werden.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt gibt es weitere Wortmeldungen. Bitte sehr.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ich wollte fragen, wann Sie über die Dringlichkeiten abstimmen lassen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wann? Wenn ich bei dem Punkt „Dringlichkeit“ angekommen bin.

Philipp Busch (AfD): Okay. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zunächst würde ich jetzt gerne Herrn Weisenstein antworten. - Herr Weisenstein, Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Gespräche nicht früher terminiert werden konnten, weil die Antwort der Ministerin für Kommunales und damit des Ministeriums, das letztlich für die Kommunalaufsicht arbeitet, erst Ende Dezember 2021 gekommen ist.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 4

Nach § 12 Abs. 2 unserer Geschäftsordnung kann eine Oberbürgermeisterin oder ein Oberbürgermeister die Notwendigkeit der Behandlung einer Vorlage darlegen. Deswegen ist es nicht so, dass die Vorlage automatisch abgesetzt wird, wenn sie zu spät eingebracht worden ist. Das hatte natürlich etwas damit zu tun. Sie ist dringlich.

Ich habe das damit erklärt und lasse natürlich den Rat gleich über die Tagesordnung auch mit Inhalt dieser Vorlage abstimmen.

Wir können auch die Abstimmung, wenn Ihnen das lieber ist, vorziehen. Dann ist ganz klar, wüber wir abstimmen.

Wer mit der Behandlung des Tagesordnungspunktes A einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Das ist wichtig genug, um es heute so herum zu machen und nicht nur nach Gegenstimmen zu fragen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Volt und die AfD-Fraktion. Jetzt muss ich leider einmal das Fernglas zu Hand nehmen, um zu sehen, ob da hinten noch jemand zustimmen möchte.

(Die Oberbürgermeisterin schaut durch ein Opernglas - Heiterkeit)

Das sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich die SPD-Fraktion und Frau Gabrysch. Ich sehe keine weitere Enthaltung. Damit bleibt der Punkt, wie von mir vorgeschlagen, auf der Tagesordnung. - Vielen Dank.

Herr Boyens hat eine persönliche Erklärung angemeldet. Ich werde ihm nach den Anträgen das Wort dazu erteilen, damit er seine persönliche Erklärung abgeben kann.

Ich komme jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP und Volt sowie die beiden Ratsmitglieder Frau Gabrysch und Herr Zimmermann haben heute zum Thema „Köln ist solidarisch: Gemeinsam aus der Pandemie“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht; das ist TOP 3.1.10.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Von der AfD. Bitte.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Ehrlich gesagt, hätte ich auch

gerne die Begründung der Dringlichkeit durch die Fraktionen gehabt. Aber dann fange ich gerne an.

Eine Dringlichkeit ist ja besonders bei Fällen gegeben, bei denen kein Aufschub geduldet werden kann. In diesem Fall ist das, würde ich sagen, nicht der Fall. Hierzu möchte ich einmal den Kommentar Rehn/Cronauge/Lennep/Knirsch zitieren:

Von äußerster Dringlichkeit ist eine Angelegenheit dann, wenn die sofortige Entscheidung des Rates geboten ist. Dazu zählen zum Beispiel fristgebundene Entscheidungen, etwa bei Ausübung eines Vorkaufsrechtes oder bei Annahme eines Vertragsangebotes.

Das ist hier - sowohl, als auch - nicht gegeben.

Ich weise auch darauf hin, dass das, was hier durch die Fraktionen beanstandet wird, schon bekannt war, als die Frist zur Einreichung von Anträgen letzte Woche Montag noch gegeben war.

Warum so kurzfristig ein Antrag kommt, der übrigens gestern schon in der Presse lanciert war und heute erst im Ratsinformationssystem steht, und zwar mit Eingang bei der Oberbürgermeisterin am heutigen Tage, erschließt sich mir auch nicht.

Man könnte diesen Antrag durchaus bei der nächsten Ratssitzung behandeln oder aber auch, was möglich wäre, wenn die Fraktionen das dann wünschen, eine Sondersitzung beantragen. Aber eine Dringlichkeit sollte hier nicht gegeben sein. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt ab- -

(Philipp Busch [AfD]: Frau Oberbürgermeisterin!)

- Wer? - Bitte. Sie hatten sich doch gerade schon zu Wort gemeldet.

Philipp Busch (AfD): Ja, weil Sie jetzt schon zur Abstimmung kommen wollen. Die Geschäftsordnung sieht aber vor, dass die Dringlichkeit schriftlich begründet werden soll. Dies ist seitens der

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 5

Antragsteller nicht erfolgt. Dann muss die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister die Dringlichkeit auf Verlangen eines Ratsmitgliedes - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann Sie jetzt leider akustisch nicht verstehen. Bitte sprechen Sie vielleicht langsamer. Es ist mit der Maske schwierig.

Philipp Busch (AfD): Entschuldigen Sie. Ja, dann spreche ich langsamer. Ich wollte nur Ihnen und uns nicht die Zeit rauben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Ich möchte trotzdem verstehen, was Sie sagen.

Philipp Busch (AfD): Gerne. - Ich zitiere § 12 Abs. 3 letzter Satz unserer Geschäftsordnung:

Die Dringlichkeit soll schriftlich begründet werden; ist dies nicht erfolgt

- das ist es nicht -,

so hat die Antragstellerin/der Antragsteller bzw. die Oberbürgermeisterin/der Oberbürgermeister die Dringlichkeit auf Verlangen eines Ratsmitgliedes vor Eintritt in die Tagesordnung mündlich zu begründen.

Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Für mich liegt die Dringlichkeit auf der Hand, weil hier, glaube ich, jeder Tag zählt. Aber sie kann auch begründet werden. Bitte sehr, Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Thema ist in der Tat dringlich. Wir erleben bei den ganzen Demonstrationen, die stattfinden, teilweise eine immer größer werdende Eskalation. Das ist ein Thema, das von Woche zu Woche entsprechend fortschreitet und daher auch von Tag zu Tag, von Woche zu Woche dringlicher wird.

Deshalb beantragen wir, dass der Antrag auch heute hier behandelt wird. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank.

Dann lasse ich jetzt über die Dringlichkeit abstimmen. Wer der Dringlichkeit zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Volt, die Fraktion Die FRAKTION und Herr Zimmermann. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen kann es eigentlich nicht mehr geben. Aber ich frage einmal, ob es noch Enthaltungen gibt. - Das ist nicht der Fall. Dann ist dieser Antrag in die Tagesordnung aufgenommen.

Nun kommen wir zur Reihenfolge der Tagesordnung, meine Damen und Herren. Ich schlage vor, die Tagesordnungspunkte 3.1.7 und 3.1.8 gemeinsam zu beraten.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Abschließend frage ich: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD und der LINKEN. Enthaltungen? - Keine. Damit ist die Tagesordnung in der so geänderten Form beschlossen, meine Damen und Herren.

Ich trete jetzt in die Tagesordnung ein und rufe auf:

A Wahl einer*s Beigeordneten für Dezernat IX - Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales 0315/2022

Es gibt einen Geschäftsordnungsantrag von Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, ich beantrage, den Punkt A zu vertagen.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 6

Begründung: Wir hatten erst gestern Abend die Möglichkeit, den Dezernenten kennenzulernen. Das reicht nicht aus, um sich ein umfassendes Bild zu machen.

Deswegen bitte ich um Vertagung dieses Tagesordnungspunktes. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann bleibt mir jetzt nichts anderes übrig, als auch darüber abstimmen zu lassen.

Wer die Vertagung dieses Punktes wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Frau Gabrysch enthält sich. Dann ist der Vertagungsantrag abgelehnt. Damit bleibt dieser Punkt auf der Tagesordnung.

Meine Damen und Herren, auch aufgrund der Empfehlung des externen Personalberatungsbüros, das nach der Ausschreibung mit dem Verfahren beauftragt wurde, schlage ich Ihnen Herrn Andree Haack für die Beigeordnetenposition vor.

Gibt es weitere Vorschläge? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Auch das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Ich führe sie jetzt in der Form durch, dass ich Sie gleich bitte, sich entsprechend zu melden.

Wer für Herrn Andree Haack ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die Fraktion Volt und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? - Es enthalten sich die SPD-Fraktion, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die FDP-Fraktion und die Fraktion Die FRAKTION.

Damit darf ich feststellen - darüber freue mich -, dass Herr Andree Haack vom Rat der Stadt Köln zum Beigeordneten für das Dezernat IX gewählt wurde.

(Anhaltender Beifall)

Ich bitte Herrn Haack nun zu uns, damit er die Wahl auch annehmen kann.

(Oberbürgermeisterin Henriette Reker und Andree Haack begeben sich neben das Redepult)

Ich begrüße Sie sehr herzlich und frage, ob Sie die Wahl annehmen.

Andree Haack: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Vielen Dank für das Vertrauen. Ich nehme die Wahl gerne an.

(Lebhafter Beifall - Die Anwesenden erheben sich - Andree Haack nimmt Blumensträuße und Glückwünsche entgegen - Es werden Fotos aufgenommen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, jetzt fahren wir mit der Ratssitzung fort.

Ich rufe auf:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**1.2 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Klare Regelungen für den Kölner Karneval 2022“
AN/0277/2022**

Ich bitte Sie, mir zu gestatten, zunächst Frau Stadtdirektorin Blome das Wort zu geben, damit die Diskussion dann auch anhand der neuesten Fakten und Absprachen durchgeführt werden kann. - Frau Blome, bitte.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Mitglieder des Rates! Seit nunmehr fast zwei Jahren prägt die Corona-Pandemie nahezu alle Bereiche der Gesellschaft. Neben den vielfältigen privaten Herausforderungen für jeden einzelnen Menschen auch in unserer Stadt sind aufgrund der Einschränkungen des öffentlichen Lebens insbesondere die Hotellerie und Gastronomie sowie die Veranstaltungs- und Tourismusbranche, aber auch unzählige Kulturschaffende und ehrenamtliche Vereine von der Pandemie betroffen.

Große Teile der Gesellschaft sehnen sich aufgrund der langen Zeit der Pandemiebekämpfung und der damit verbundenen Schutzmaßnahmen nach der Rückkehr zu einem normalen Leben. Die Aussicht, dass die Pandemie in absehbarer Zeit ihren Schrecken verlieren könnte und uns allen

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 7

diese Rückkehr ermöglicht, führt zu einer wachsenden Ungeduld und verringert die Akzeptanz von einschränkenden Maßnahmen immer weiter. Persönlich kann ich dies völlig nachvollziehen. Das Gefühl der Ungeduld wächst wahrscheinlich in uns allen.

Dennoch bleibt die Notwendigkeit des bestmöglichen Gesundheitsschutzes der Bevölkerung auf dieser vielleicht und hoffentlich letzten Etappe der Pandemie selbstverständlich bestehen. Gerade wir als Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger dürfen bei aller Ungeduld den Schutz der besonders gefährdeten Gruppen und die Erhaltung der Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitssystems nicht aus den Augen verlieren. Dies sind wir den Betroffenen und deren Angehörigen, aber auch den im medizinischen Bereich Tätigen schuldig, die seit vielen Monaten an ihrer Belastungsgrenze und über ihre Belastungsgrenze hinaus arbeiten.

Meine Damen und Herren, von dieser soeben beschriebenen Ausgangslage ist natürlich auch der Kölner Karneval betroffen - gerade im Hinblick auf den kurz bevorstehenden Straßenkarneval Ende Februar. In gleicher Weise, wie die Verwaltung auch in den vergangenen Monaten der Pandemie dem Karneval als verlässlicher Partner zur Seite stand und jeweils der konkreten Situation angepasst manche Veranstaltung ermöglichen konnte, manche jedoch auch aus Gründen des Gesundheitsschutzes untersagen musste, wird die Verwaltung auch für den Straßenkarneval 2022 zielgerichtete und verantwortbare Maßnahmen treffen.

Der Karneval im letzten Jahr war vom Lockdown und von Kontaktbeschränkungen geprägt. Die Verwaltung hat in der vergangenen Session vor dem Hintergrund hoher Infektions- sowie niedriger Impffzahlen auf Grundlage landesrechtlicher Vorschriften sämtliche karnevalistische Aktivitäten unterbunden. Wir erinnern uns wohl alle noch an den leeren Alter Markt an Weiberfastnacht. Dennoch waren die damals getroffenen Maßnahmen der Pandemielage angemessen und richtig.

Zum Sessionsauftakt am 11.11.2021 befanden wir uns in einer anderen Situation. Während der Planungen in den vorangegangenen Wochen war die Omikron-Welle noch in weiter Ferne. Die politische und gesellschaftliche Diskussion bewegte sich bundesweit eher um das Ende der Pandemie, zumindest aber um weitreichende Lockerungen aller Schutzmaßnahmen.

Auch das Karneval-Feiern in gewissen Größenordnungen war möglich und verantwortbar. Es galten zwar weiter manche Beschränkungen bei Veranstaltungen. Aber der Kneipenkarneval konnte grundsätzlich stattfinden. Ein Verbot wäre zudem weder rechtlich haltbar noch praktisch durchführbar gewesen.

Anfang November änderte sich die Lage jedoch zunehmend aufgrund der immer weiter um sich greifenden Omikron-Variante. Zwar war das Feiern gerade auch unter freiem Himmel und in trittsbeschränkten Bereichen weiterhin sicher. Die Verwaltung entschied sich jedoch, in diesen Feierzonen den Zutritt nur noch unter 2G-Voraussetzungen zu gestatten.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals betonen, dass diese und weitere Einschränkungen städtische Regelungen waren. Nach den allgemeinen rechtlichen Rahmenbedingungen hätte die Sessionseröffnung 2021/2022 beispielsweise auf der Zülpicher Straße auch lediglich unter 3G-Voraussetzungen stattfinden können.

Dass die Verwaltung in dieser situativen Anpassung der getroffenen Entscheidung sicherlich nicht falsch lag, zeigen zudem die nachfolgenden Infektionszahlen in der Stadt sowie die abgefragten Ansteckungsorte. Diese waren im Vergleich zum Gesamtgeschehen verschwindend gering. Infektionswirksam waren vielmehr kleinere Privatfeiern in Innenräumen.

Zudem berichteten im Nachgang alle beteiligten Stellen der Verwaltung wie auch die Polizei von einem äußerst friedlichen Karnevalsauftakt ohne größere Problemlagen.

Vor diesem Hintergrund war die teilweise erfolgte mediale und politische Betrachtungsweise des 11.11. nicht ganz fair und entsprach auch nicht der Faktenlage.

Dass es bei der Durchführung solcher Ereignisse auch zu Fehlern kommt und sicherlich auch am 11.11.2021 an manchen Stellen Optimierungsbedarf ersichtlich wurde, ist völlig klar. Aber die Fehler wurden erkannt und werden für zukünftige Ereignisse vermieden.

Insgesamt war auch im Nachhinein die Durchführung des Sessionsauftaktes erfolgreich. Daran ändern auch schlechte Medienberichte nichts, auch wenn man sich über diese nicht freut; das ist ja klar.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 8

Meine Damen und Herren, die Verwaltung hat also in der Vergangenheit jeweils klare Regelungen für den Karneval getroffen und diese der jeweiligen Situation angepasst. Sie können daher davon ausgehen, dass wir auch für den bevorstehenden Straßenkarneval wieder entsprechend handeln werden.

Wir stehen derzeit im engen Austausch mit der Landesregierung und erwarten sehr zeitnah die Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen in Form einer fortgeschriebenen Coronaschutzverordnung. Die aktuelle endet am 09.02.2022. Im Rahmen dieser rechtlichen Leitplanken werden wir uns als Kommune bewegen und sie auf Basis der pandemischen Lage mit städtischen Regelungen ergänzen.

Die Haltung der Stadtverwaltung ist dabei klar: Einen Straßen- und Kneipenkarneval wie vor der Corona-Pandemie wird es dieses Jahr noch nicht wieder geben können. Aber Feiern in kleinerem Rahmen und unter gewissen Vorsichtsmaßnahmen sind möglich.

Wir müssen neben diesen grundsätzlichen Erwägungen einfach auch zur Kenntnis nehmen, dass gerade an Weiberfastnacht viele Menschen nach Köln kommen werden. Dies passiert völlig unabhängig davon, dass wir selbstverständlich in diesem Jahr niemanden zum Karneval einladen oder ermutigen, zu kommen, und auch keine attraktivitätssteigernden Maßnahmen wie Alkoholverkaufswagen, Fressmeilen usw. oder Veranstaltungen zulassen werden.

Aber die Menschen werden kommen. Schon allein aus Sicherheitsgründen werden wir ein gewisses Maß an Schutzzonen bereitstellen müssen, um, wie auch am 11.11., sichere Feierräume zu schaffen und Gefahr für Leib und Leben durch Überfüllung oder ähnliche Gefahren zu verhindern.

Vor diesem Hintergrund sind Verweil- und Alkoholverbote nicht zielführend, da weder kontrollierbar noch durchsetzbar.

Dass dies nur unter dem Nachweis der Impfung und Testung möglich sein wird, ist dabei selbstverständlich und entspricht den positiven Erfahrungen aus dem November.

Wie mögliche Regelungen für den Kneipenkarneval aussehen können, ist noch in der Diskussion. Für diesen gilt aber das für den Außenbereich Gesagte aufgrund der erhöhten Ansteckungsgefahr

in Innenräumen sicherlich noch einmal in verschärfter Form.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also: Die Verwaltung arbeitet an vernünftigen und realistisch durchsetzbaren Regelungen für den Straßenkarneval.

Ich kann verstehen, dass viele Menschen, gerade auch die Gastronomen und Karnevalisten, diese Regelungen gerne schon Wochen vorher kennen würden, um sich darauf frühzeitig einstellen zu können. Doch die Pandemie hat uns gelehrt, dass langfristige Planungen oftmals von der Wirklichkeit überholt werden und langfristige Prognosen sich immer wieder als falsch herausgestellt haben. Eine gewisse Kurzfristigkeit ist vor dem Hintergrund dessen, dass die aktuellen Entwicklungen einen hohen Einfluss haben, daher leider unvermeidlich.

Durch den stetigen Austausch mit dem Land NRW und unsere Vorbereitung auf verschiedene mögliche Szenarien sind wir aber sehr weit, sodass ich davon ausgehe, dass im Laufe der nächsten Woche die finalen Entscheidungen getroffen werden.

Es gibt dazu, wenn ich das sagen darf, am Montag auch ein Spitzengespräch. - Ich bedanke mich bis dahin für Ihre Aufmerksamkeit. Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Blome. - Jetzt hat als Erster Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank, Frau Blome, für die Darstellung des bisherigen Handelns der Stadt in den vergleichbaren Situationen, insbesondere am 11.11. Gestatten Sie mir aber, jetzt in meinem weiteren Redebeitrag den Blick nach vorne zu richten, weil wir über die Vergangenheit ja in der Tat schon sehr ausführlich gesprochen haben.

Wir haben unseren Antrag mit der Aussage „Klare Regelungen für den Kölner Karneval 2022“ überschrieben; denn wir sind überzeugt: Diese brauchten Köln im Allgemeinen und die Karnevalisten im Speziellen jetzt schnell und möglichst mit einer klaren Perspektive.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 9

Wenn wir den einschlägigen Experten Glauben schenken - und das sollten wir langsam tun, weil sie doch an vielen Stellen durchaus richtig gelegen haben -, wird die Omikron-Welle Mitte Februar ihren Höhepunkt erreichen. Dann werden wir uns mutmaßlich zur Straßenkarnevalssession in einer vergleichbaren Situation wie heute befinden.

Der Straßenkarneval wird also unter den Rahmenbedingungen stattfinden, dass es einen kompletten Lockdown wie im vergangenen Jahr Gott sei Dank - das kann ich, glaube ich, für uns alle sagen - nicht geben wird, weil die Situation nicht dramatisch genug ist. Frau Blome hat aber vollkommen zu Recht darauf hingewiesen, dass völlige Normalität zu diesem Zeitpunkt auch nicht herrschen können wird.

Insofern wird die Gastronomie offen sein. Veranstaltungen mit mehreren Hundert, wenn nicht gar Tausend Menschen - wir sind im Moment im Stadion schon wieder bei 10 000 - werden erlaubt sein.

Und die Menschen werden - auch das hat Frau Blome völlig richtig beschrieben - zum Feiern nach Köln kommen, völlig egal, ob wir das wollen oder nicht. Die Anzahl wird vielleicht sogar noch ein wenig höher sein als am 11.11.

Mit der Vorbereitung auf dieses Szenario - davon sind wir überzeugt - muss heute, muss jetzt begonnen werden. Denn wir wollen tatsächlich nicht noch einmal die Bilder haben, die uns am 11.11. in der Welt diskreditiert haben und vor allen Dingen den Karneval diskreditiert haben - auch wenn es ungerechtfertigt war; ich will da gar nicht Frau Blome widersprechen. Trotzdem haben sich diese Bilder festgesetzt. Deswegen muss unser gemeinsames Ziel sein, den Straßenkarneval jetzt besser vorzubereiten.

Weil die Landesregierung hinsichtlich klarer Regelungen für den Karneval leider ein Totalausfall ist - dies hat ja schon der Umgang mit dem Sitzungskarneval gezeigt, für den es bis heute keine verbindlichen Regelungen oder gar Kompensationsvereinbarungen gibt - und sich auch beim Thema Straßenkarneval jetzt wieder durchzulavieren versucht, müssen wir hier in Köln - davon sind wir überzeugt - das Heft des Handelns selbst in die Hand nehmen. Und genau darüber wollen wir mit Ihnen heute in der aktuellen Stunde sprechen.

Die Stadtspitze hat aber - wir haben es gerade noch einmal gehört - auch noch keine sehr konkreten Vorschläge gemacht, wie sie denn mit der Situation im Straßenkarneval umgehen wird oder umgehen möchte.

Deswegen möchten wir Ihnen heute einen Vorschlag unterbreiten und hier deutlich machen, dass man diesen öffentlichen Raum doch sehr gut bespielen kann.

Denn die Ordnungsapologeten in unserer Stadt, die Alkoholverbote bzw. Konsumverbote, Aufenthaltsverbote oder Ähnliches fordern - Frau Blome hat dem ja eben auch eine klare Absage erteilt -, werden sich nicht durchsetzen können, schon aus reinen Ressourcengründen nicht.

Insofern sollten wir uns doch darauf konzentrieren, wie wir das Feiern in dieser Stadt kontrolliert und sicher organisieren können. Wir sind der Überzeugung, dass wir dabei die Karnevalsgesellschaften und die Gastronomen aktiv mit einbinden müssen. Denn sie haben das Interesse, die grundsätzlichen Ressourcen und auch die höchste Motivation, den Karneval in Köln sicher stattfinden zu lassen.

Deswegen ist unser Vorschlag: Übertragen wir doch ihnen die Verantwortung für möglichst viele Teile des öffentlichen Raums, natürlich mit klaren Vorgaben, die auf den Regelungen für die Gastronomie basieren und somit zum Beispiel die personenscharfe Kontrolle des 2G-plus-Standards beinhalten. Warum soll denn nicht jeder Gastronom neben seinen vorhandenen Flächen auch den gesamten Straßenraum vor seiner Gaststätte bespielen können? Warum soll man nicht die Karnevalsgesellschaften und -vereine die großen und kleinen Plätze mit coronakonformen Veranstaltungen gestalten lassen?

Natürlich braucht man dabei klar abgegrenzte Bereiche, zu denen nur Personen mit 2G-plus-Status Zutritt haben. Die entsprechenden baulichen Voraussetzungen wie Bauzäune, Sicherheitspersonal usw. müssen selbstverständlich die Vorhabenträger dann auch mitbringen. Aber dafür haben sie die Möglichkeit, auch entsprechenden Umsatz zu generieren.

Dort, wo sich mehrere gastronomische Betriebe in einer Straße befinden, zum Beispiel auf der Zülpiicher Straße, wäre es ja auch vorstellbar, dass diese sich zusammentun und einen gemeinsamen Raum schaffen, in dem sie diese Standards

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 10

erfüllen. Vielleicht gibt es auch den einen oder anderen Eventveranstalter, der die dann noch übrigen Plätze ebenfalls bespielen möchte und kann.

Um diese Planungen zu ermöglichen, müssen aber die Voraussetzungen dafür seitens der Stadt jetzt und sofort geschaffen werden. Nur diese Dinge können nämlich dazu führen, dass wir am Ende sicher feiern können. Denn eines ist klar: Weiberfastnacht ist heute in drei Wochen, und das ist nicht mehr viel Zeit.

Packen wir es also an, liebe Kolleginnen und Kollegen, aber vor allen Dingen liebe Verwaltungsspitze. Lassen Sie uns heute hier aus der aktuellen Stunde heraus eine klare Botschaft an die Verwaltung senden, dass wir Karneval in dieser Stadt sicher feiern wollen und dafür jetzt die Voraussetzungen geschaffen werden müssen - mit dem organisierten Karneval, mit der Gastronomie und mit allen, die ihren Beitrag zum Gelingen leisten wollen. Wir brauchen klare Regelungen für Köln, damit diese Bilder, die wir hatten, nicht um die Welt gehen, sondern gute, positive Bilder.

In diesem Sinne würde ich mich freuen, wenn wir hier heute ein starkes Signal in diese Richtung senden, uns gemeinsam einer solchen Logik anschließen und der Verwaltung einen entsprechenden Auftrag erteilen könnten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für die Erläuterungen der Ordnungsdezernentin, die ja schon einen Ausblick gegeben hat, über welche Maßnahmen auch die Stadtverwaltung konkret nachdenkt.

Ich war jetzt, ehrlich gesagt, gespannt auf euren konkreten Vorschlag, liebe SPD, der sich am Ende doch auch ein bisschen wie „runder Tisch“ angehört hat. Wir haben am Montag den Runden Tisch Karneval, bei dem genau diese Vorschläge sicherlich auch diskutiert werden können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Um zu gucken, wie wir den Karneval denn jetzt gestalten wollen, müssen wir trotz allem auch ein bisschen nach hinten schauen - was hat funktioniert, und was hat nicht funktioniert? -, um daraus zu lernen.

Wir müssen dabei auch die verschiedenen Ebenen trennen. Wir haben den Sitzungskarneval, die Umzüge, den Karneval in den Veedelskneipen, die Bälle etc. Das Dreigestirn hat vorhin auch noch einmal wunderbar dargelegt, welche Vielfalt dieser Karneval hat.

Wir sollten uns jetzt schon auf das konzentrieren, bei dem wir als Stadt wirklich etwas machen können und auch regeln können. Die ganzen anderen Diskussionen, die wir haben - - Die Landesregierung erlaubt es, ein Hämmchen-Essen mit 750 Leuten zu veranstalten oder als Kostümhändler Sitzungen durchzuführen, während Veedelsvereine freiwillig alles abgesagt haben. Dies empfinden viele hier auch als unsolidarisch, glaube ich. Wir können das aber als Stadt so weit gar nicht regeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Da muss sich dann auch mal ein Festkomitee mit aufmachen und dort entsprechend Regelungen finden.

Was wir als Stadt aber gewährleisten können - und auch müssen, glaube ich, um dieser Ungeduld zu begegnen, von der Frau Blome gerade auch sprach -, ist, dass sicher draußen gefeiert werden kann.

Da müssen wir uns dann auch entscheiden, welche Bilder wir in diese Welt senden. Wir haben am 11.11. tatsächlich Bilder erlebt - sie waren vielleicht auch Zerrbilder dessen, was passiert ist -, die uns allen nicht gefallen haben. Aber vieles von dem, was da passiert ist, war nicht unbedingt pandemiebedingt. Solche Bilder kennen wir auch seit Längerem von der Zülpicher Straße. Da bin ich vielleicht auch ein bisschen anderer Meinung als das Dreigestirn vorhin. Das, was da momentan passiert, geht so natürlich gar nicht.

Aber der Straßenkarneval auf seinen Plätzen und auch auf der Zülpicher Straße ist Teil des Karnevals. Dem müssen wir auch irgendwie begegnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 11

Wenn mehrere Tausend Menschen unter freiem Himmel im Stadion dem FC zuschauen dürfen, dann müssen wir als Stadt dafür sorgen, dass auch unter frischer Luft draußen gefeiert werden kann, und zwar mit ganz klaren Regeln. So, wie ich die Ordnungsdezernentin gerade verstanden habe, wird ja auch genau an diesen klaren Regeln gearbeitet. Wir sind beim letzten Mal auch schon schärfer gewesen als das Land, weil uns die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner sowie unserer Gäste am Herzen liegt und wir nicht auf Teufel komm raus hier einfach feiern wollen.

Das heißt: strikte Kontrolle von 2G-plus-Regeln in ausgewiesenen Feierzonen. Meiner Meinung nach sollte das auch hoheitlich kontrolliert werden. Ich glaube nicht, dass die Gastronominnen und Gastronomen oder die Karnevalsvereine Kapazitäten haben, jetzt auch noch die Impfausweise zu kontrollieren - neben den Glasverboten, die wir sowieso schon haben.

Der größte Teil der Kölnerinnen und Kölner ist inzwischen geimpft. Das ist auch der Unterschied zu der Situation, die wir noch vor einem Jahr hatten. Auch an das tägliche Testen haben wir uns, glaube ich, inzwischen alle gewöhnt. Jeder kennt den morgendlichen Besuch im Testzentrum auf dem Weg zur Arbeit.

Denn was wäre die Alternative? Dass wir Straßen und Plätze dann räumen lassen, weil die Coronaschutzverordnung vorsieht, dass sich nicht mehr als zehn Leute draußen treffen sollen. Das kann nicht eine Lösung sein. Wir sollten unsere Ordnungsamtsmitarbeiterinnen und -mitarbeiter doch deutlich sinnvoller einsetzen.

Ja, der Karneval in einer Pandemie ist eine große Herausforderung. Dass die Kölnerinnen und Kölner hier sehr kreativ sind, haben wir schon letztes Jahr unter Beweis gestellt. Ich glaube, dass wir es dieses Jahr erneut unter Beweis stellen werden, und gehe davon aus, dass wir es auch in den nächsten Jahren unter Beweis stellen müssen, weil der Fastenovend nach der Pandemie ein anderer sein wird, als er es vorher war.

Kontraproduktiv wäre nun aber, durch weitere Events und weitere Bühnen noch mehr Leute nach Köln zu locken. Meines Erachtens herrscht auch im Umland durchaus Verständnis dafür, dass man dann im Umland feiert - etwas kleiner, etwas leiser - und eben nicht in Köln auf die ganz dicke Trumm haut, um hier an Karneval mal - ent-

schuldigen Sie die Wortwahl - die Sau rauszulassen. Eine Bühne, vor der alle eng schunkeln, Bierwagen, Fressmeilen etc. wären da wirklich kontraproduktiv.

Unser Dank gilt natürlich allen Pflegekräften. Auch das wurde schon angesprochen. Diese Pandemie ist für uns alle eine Herausforderung. Wir müssen schon deswegen sehen, dass wir eine Balance finden: Feiern ja, aber nicht das Gesundheitssystem an seine Kapazitätsgrenzen bringen. Dort gehen die Leute auf dem Zahnfleisch. Wir müssen auch aufpassen, dass wir es damit nicht übertreiben.

Lassen Sie es uns also gemeinsam angehen: Feiern ja, aber vorsichtig - oder, wie es bei Brings heißt: „Un mir singe Alaaf, villeich e betzje stiller“. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau hat jetzt das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Gürzenich und im Livestream! Wir haben ein Motto, das uns während der ganzen Pandemie geeint hat. Dieses Motto lautet, dass die Sicherheit an oberster Stelle stehen muss. Das trifft natürlich auch auf den Fastelovend zu.

Wir haben auf allen Ebenen in den letzten zwei Jahren erleben dürfen, dass die Ebenen immer wieder in engem Austausch gestanden haben und auch gute Lösungen gefunden haben.

Diese Lösungen - und das ist das, was es für uns, aber auch für die Feiernden und die Veranstalter besonders schwierig macht - waren weder als Blaupause vorhanden, noch sind diese Lösungen kontinuierlich anwendbar, weil die Pandemie sich in den letzten zwei Jahren immer wieder anders entwickelt hat. Wir sind aus einer Situation mit hohen Inzidenzen und gleichzeitig auch hohen Belegungsraten auf den Intensivstationen gekommen. Heute verzeichnen wir bei den Inzidenzen in Deutschland, in Köln und Nordrhein-Westfalen insgesamt Höchststände. Aber Gott sei Dank sind gleichzeitig die Belegungsraten auf den Intensivstationen deutlich zurückgegangen.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 12

Darauf muss man reagieren. Genau diese Reaktion ist von der Verwaltung auf allen Ebenen - in den Ministerien auf Landes- und Bundesebene, aber auch hier in Köln - auch entsprechend erfolgt.

Gerade bei dem Thema Karneval ist es nicht so, lieber Christian Joisten, dass die Verwaltung nichts machen würde. Die Verwaltung hat in den letzten Wochen sehr intensiv die Dinge vorbereitet. Am Montag findet der Runde Tisch Karneval statt. Und wo könnte man die Dinge besser diskutieren als an einem runden Tisch mit den Betroffenen, also nicht am grünen Tisch irgendwo in der Stadtverwaltung, sondern im Dialog mit den Ehrenamtlichen und den Organisatoren, die den Fastelovend hier in Köln gestalten?

Auch die zweite Kritik, dass die Landesregierung hier nicht tätig wäre, muss ich entschieden zurückweisen. Ich kann an dieser Stelle nur sagen: Am nächsten Montag findet noch einmal ein Spitzengespräch statt. Das ist jetzt das zweite nach der ersten Runde in noch größerem Kreis. Die Präsidenten der Festkomitees in den Karnevalshochburgen sind am Montag nächster Woche bei Karl-Josef Laumann, dem Gesundheitsminister, der ja für die Coronaschutzverordnung verantwortlich ist.

Auch da wird man noch einmal die aktuelle Situation besprechen und die entsprechenden Impulse geben, damit wir - und damit komme ich wieder zu dem Anfang zurück - alle sicher feiern können.

Das sichere Feiern ist vor allen Dingen auf zwei Ebenen zu gewährleisten.

Zum einen geht es um das Feiern in den Sälen, also in den großen Räumlichkeiten, aber auch in den kleinen Räumlichkeiten, also in der Kneipe an der Ecke. Hier haben wir Standardregeln, die für alles gelten, nämlich 2G plus. Das ist eine gute Regelung. Sie muss kontrolliert werden. Das Ordnungsamt ist auch dabei, den Gastronomen immer wieder klarzumachen, wie wichtig es ist, dass jeder Einzelne, egal wie groß der gastronomische Betrieb ist, sicherstellt, dass in seinem Haus die Regeln vernünftig eingehalten werden. Insofern brauchen wir uns hinsichtlich dieses Teils keine Sorgen zu machen.

Zum anderen geht es um den Straßenkarneval. Dort haben wir jetzt noch einmal eine neue Situation. Die Ministerpräsidentinnen und -präsidenten haben sich ja gemeinsam darauf geeinigt, die

Zahl im Außenbereich wieder auf 10 000 auszuweiten. Das hat für den Sport den Vorteil, dass dort wieder Spiele mit einer adäquaten Zuschauerzahl stattfinden können. Es hat aber natürlich auch Auswirkungen auf den Kölner Karneval.

Die konkrete Frage, wie wir das organisieren, ist meines Erachtens weder eine politische Frage, noch sollte das alleine von der Verwaltung entschieden werden. Vielmehr gehört es in den Dialog zwischen den Verantwortlichen des Fastelovends und der Stadtverwaltung an den runden Tisch, aber auch in den Dialog mit dem Ministerium, damit die Verordnung dann auch so angepasst werden kann, dass wir eine vernünftige Situation haben.

Abschließend möchte ich noch einen Punkt ansprechen. In der Tat ist es nicht gut, wenn professionelle Geschäftsleute die Situation, dass die Ehrenamtlichen aus Sorge um ihre eigenen Vereinsmitglieder und um ihre Gäste freiwillig alles abgesagt haben, jetzt kommerziell ausnutzen und sagen: Dann machen wir das. - Das ist nicht die richtige Antwort. Aber das müssen die Verantwortlichen mit dem Festkomitee klären. Das ist keine politische Entscheidung.

Deshalb kann ich an dieser Stelle nur empfehlen: Liebe Verwaltung, macht weiter so. Wir sind auf einem guten Weg. Gemeinsam werden wir auch dieses Jahr wieder einen sicheren und guten Karneval haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir verstehen die Menschen, die sich klare und berechenbare Regeln in der Pandemie wünschen. Wer täte das nicht? Gerade Brauchtumsfeste mit vielen verschiedenen Veranstaltungen und Settings wie Karneval haben einen langen Vorlauf und brauchen belastbare Planungsgrundlagen. Das gilt natürlich insbesondere für Vereine, in denen sich viele Ehrenamtliche engagieren, und viel mehr noch für diejenigen, die keine oder kaum hauptamtliche Strukturen haben.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 13

Aber der Verlauf der Corona-Pandemie ist nicht planbar; das wurde heute schon mehrfach erwähnt. Ein vergleichbares Ereignis hat es in der Welt, die wir kennen, noch nicht gegeben. Deswegen können Wissenschaftler keine allzu langfristigen Prognosen über die Zukunft abgeben, und die Politik oder die Verwaltung kann nicht schon lange zuvor Regeln für Situationen aufstellen, die erst in ein paar Wochen auf uns zukommen.

Auf Sicht fahren und das Mögliche beschließen - das tut die Verwaltung im Moment, und das unterstützen wir. Frau Blome hat ja eingangs auch erwähnt, welche Maßnahmen sich die Verwaltung da vorstellt und auch umsetzen möchte.

Das heißt aber nicht, dass man nicht auf verschiedene Szenarien vorbereitet sein sollte. Wenn Land und Bund in drei Wochen Regeln beschlossen haben, die den Karneval teilweise ermöglichen, sollte die Stadt entsprechend auf diese Situation reagieren können.

Damit dann weder Frustration bei den Feierwilligen noch dichtes Gedränge entsteht, sollte von vornherein über kostenfreie Online-Anmeldungen geregelt werden, wer wo feiern kann.

Wir alle wissen nicht, welche Regeln Ende Februar gelten werden. Aber wir wissen, dass ein normaler Karneval, wie wir ihn vor Corona gefeiert haben, nicht möglich sein wird; Frau Blome hat das ja auch noch einmal erwähnt.

Deshalb sollte die Stadt Ideen haben und diese umsetzen können, wie alles vermieden werden kann, was die Verbreitung der Infektion deutlich erleichtert:

- Es soll kein dichtes Gedränge auf Straßen und Plätzen geben; dafür müssen wir sorgen.
- Die KVB darf nicht zu stark ausgelastet werden.
- Es müssen ausreichend Testmöglichkeiten zur Verfügung stehen.
- Impfnachweise und Testergebnisse sollten flächendeckend kontrolliert werden.

Ich bin mir allerdings sicher, dass es in der Stadtverwaltung dazu schon Überlegungen gibt - das wurde ja heute erwähnt -, die sie uns vorstellen sollte, damit die Politik hier eventuell nachsteuert.

- Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann meiner Vorrednerin nur recht geben. In drei Wochen ist Weiberfastnacht, und in keiner unserer Fraktionen hat die oder der Fraktionsvorsitzende eine Kugel, in der sie oder er erkennen kann, wie die Zukunft aussieht. Das ist ja gerade die Lehre, die wir aus der Pandemie gezogen haben. Was haben wir uns schon für Hoffnungen gemacht und dann erlebt, dass es ganz anders gekommen ist!

Wir haben aber auch erlebt, dass gerade in den Medien von Wissenschaftlern, aber auch von Ärzten Schreckensszenarien vermittelt worden sind und es dann doch anders gekommen ist. Selbst in Köln ist man ja plötzlich überrascht, dass die Hospitalisierungsrate zum Glück gar nicht so hoch ist, sondern es ganz anders abläuft. Trotzdem haben wir die großen Probleme in den Kitas und die großen Sorgen und Ängste.

Diese Ängste betreffen auch den Karneval. Wir erleben auf einmal, dass die Leute - zu Recht - nicht zu Sitzungen gehen wollen und diese darum abgesagt worden sind. Am 5. Februar, also am Samstag, sollte in der Mülheimer Stadthalle ursprünglich eine Sitzung von Viktoria Köln stattfinden; abgesagt. Aber auch - dort gehe ich immer gerne hin - „Jeck op Deck“ von der StadtGarde ist abgesagt worden, weil die Leute einfach Sorgen haben.

Gleichzeitig gibt es aber auch Gesellschaften, die sagen: Wir machen es. - So hat gestern die Bürgergarde „blau-gold“ mit 250 Leuten unter 2G-plus-Bedingungen ihren Appell durchgeführt.

Da muss man, glaube ich, auch differenzieren. Wenn die Gesellschaften das wollen, dann können sie es mit 2G plus auch machen. Aber vieles geht halt nicht. Darum gibt es beide Seiten.

Das werden wir auch im Karneval erleben. Die Stadtverwaltung hat ja schon gesagt, dass sie Freiflächen schaffen muss.

Und seien wir doch bitte einmal ehrlich: Wir haben ja beim Fußball erlebt, dass beim Spiel des 1. FC Köln - die Oberbürgermeisterin hat es mir auch erzählt - fast keine Infektionen aufgetreten sind.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 14

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zehn Infektionen.

Ulrich Breite (FDP): Zehnmal gab es da Infizierte. Das ist doch gar kein Beispiel. Dennoch haben die Bilder das hervorgerufen. Selbst wenn wir Karneval feiern und alle 2G plus sind, kommen manche, wenn auf den Bildern allein so viele Leute zu sehen sind, damit nicht zurecht. Darum ist das mit den Sicherheitsvorkehrungen auch immer ein bisschen schwierig.

Trotzdem sollten wir uns auch nicht alles verbieten lassen. Wenn wir geboostert sind, wenn wir getestet sind, können wir, glaube ich, mit unseren Freunden auch sicher feiern. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und auch vor dem Stream! Karneval ist ein ganz besonderes Kulturgut. Das haben wir heute schon den ganzen Nachmittag gehört. Denn es handelt sich um eine Tradition, die in der Stadtgesellschaft ihren Ursprung fand, von ihr gelebt wird und auch von ihr weiterentwickelt wird, und zwar immer wieder und stetig.

Der Karneval dient den Kölnerinnen und Kölnern nie nur als Feiern des Lebens und der eigenen Stadt, sondern immer auch als Ventil, um sich auf humoristische Art und Weise gegen Obrigkeiten aufzulehnen.

Daher sollten wir heute sehr gut bedenken, welche Folgen die Entscheidungen der Obrigkeiten auf Weiberfastnacht bis Aschermittwoch haben werden. Um es mit den Höhnern zu sagen: Kumm, loss mer fiere, nit lamentiere.

Mit Kneipen, Sälen und Gastronomie, die nicht voll ausgelastet sein werden, werden die Menschen auf der Straße feiern, obwohl natürlich auch drinnen mit Selbsttest und mehrfach geimpft ein sicheres Feiern zwar nicht immer garantiert, aber auf jeden Fall möglich ist.

In diesem Zusammenhang kommen wir, wie heute auch schon mehrfach gehört, zu den Bildern vom 11.11. vergangenen Jahres. Denn wir alle haben diese Bilder im Kopf. Sie gingen ja richtig um die Welt.

Daher möchten wir die Vertreter*innen der Verwaltung fragen, ob es die notwendigen Kapazitäten gibt, umfangreiche Kontrollen von Impfstatus und Test durchzuführen und eine erneute Überfüllung unter anderem der Zülpicher Straße zu verhindern.

Ich weiß, dass diese Bilder nicht den Tatsachen entsprochen haben. Aber es bringt, wie Herr Breite gerade auch gesagt hat, einfach Unsicherheit.

Wir können und müssen, glaube ich, draußen feiern und sicher feiern. Herr Hammer hat das in seiner Rede auch so schön gesagt. Es bringt Sicherheit, wenn die Menschen kontrolliert werden. Dann kann man dieses Fest und diese Tradition natürlich auch sehr viel besser begehen.

Denn klar ist: Wir können Karneval ja nicht absagen. Insofern müssen wir das Feiern in ordentliche Bahnen lenken. Denn keiner von uns will das Infektionsgeschehen und erst recht die Hospitalisierungsrate übermäßig steigen sehen.

Nach zwei Jahren pandemischen Geschehens hier in Köln muss identifiziert werden, welche Aktivitäten infektionstreibend sind und welche nicht. Das habe ich eben den Ausführungen der Stadtdirektorin - vielen Dank dafür - sehr gut entnehmen können.

Wir erwarten natürlich, dass die Stadt ein intelligentes Konzept entwickelt und vernünftig kommunizieren wird.

Wie Herr Petelkau gesagt hat, muss auch der Dialog mit den betroffenen Akteur*innen - den Karnevalsvereinen, der Gastro und allen anderen Beteiligten - noch einmal Priorität haben. Daher ist der Termin am Montag sehr sinnvoll.

Denn wenn am Samstag um 15:30 Uhr 10 000 Menschen im RheinEnergieSTADION mit dem FC mitfieberten dürfen, können wir den Jecken doch nicht erzählen, dass sie bei der Nubbelverbrennung vor ihrer Lieblingskneipe nicht schunkeln dürfen. Deshalb ist das Augenmaß so wichtig. Schließlich haben wir alle den Nubbel als Sündenbock für Corona selten so sehr gebraucht wie jetzt. - Danke.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 15

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier und im Livestream! Ich muss schon sagen: Hier herrscht ja wirklich Panik, und in UK wird aufgemacht.

Karneval muss in Köln stattfinden, und zwar ohne Wenn und Aber. Das heißt auch, dass der Rosenmontagszug eigentlich stattfinden sollte.

Omikron ist offensichtlich weniger schlimm, als wir alle gedacht haben. Wahrscheinlich war die gesamte Pandemie nie so schlimm, wie sie jetzt dargestellt wird. Wir hätten bereits im Jahre 2020 den Fokus in erster Linie auf den Schutz der Risikogruppen legen müssen. Allen Lauterbach'schen Unkenrufen zum Trotz haben wir kein Chaos. Wir sollten die allgemeine Massenhysterie, wie sie auch hier stattgefunden hat oder hier vorgetragen wird, endlich beenden und den Bürgern weniger Angst machen.

(Beifall bei der AfD)

Mittlerweile lockern viele Länder bzw. heben ihre Corona-Maßnahmen auf. Den Appell an die Eigenverantwortung des mündigen Bürgers sollten wir auch hier in Köln praktizieren.

(Beifall bei der AfD)

Lassen Sie uns uns in diesem Punkt ein Beispiel am Vereinigten Königreich nehmen.

Es gibt die ersten Studien, die besagen, dass die Lockdown-Maßnahmen nur einen vernachlässigbaren Effekt auf die Sterbezahlen hatten - so die Johns-Hopkins-Universität in den USA. Obendrein verhindert die Impfung nicht die Weitergabe des Virus.

Wir müssen jetzt einmal anfangen, uns hier ehrlich zu machen. Das heißt: Wir müssen sofort anfangen, normal mit dem Virus zu leben.

Die ehrenamtlichen Brauchtumsstrukturen im Karneval, aber auch die Strukturen der Gastronomie dürfen nicht weiter zerstört werden. Eine weitere Session ohne Karneval ist schwer ertragbar.

Und jetzt kommen Sie mir bitte nicht mit dem nächsten Subventionsprogramm. Wer meint, er könne eine Volkswirtschaft oder Teile von ihr zentral retten, der kann sie nämlich auch zentral steuern. Und das hat schon im Kommunismus nie funktioniert.

Leider haben das Festkomitee und sein Präsident in einer Art politischem Duckmäusertum bei der Absage des Sitzungskarnevals - oder es war ja eine Empfehlung - im letzten Jahr mitgemacht, obwohl der Karneval doch eigentlich immer auf Distanz zu den Herrschenden sein sollte.

(Beifall bei der AfD)

Das tat man ohne einklagbare Zusagen mit Blick auf die finanzielle Unterstützung durch Bund, Land oder wen auch immer.

Nach dieser Absage par ordre du mufti übernehmen jetzt kommerzielle Anbieter, und zwar völlig legal. Meines Erachtens kann man ihnen da auch gar keinen Vorwurf machen. Die Leute halten sich an Recht und Gesetz. Warum sollten sie das nicht machen dürfen?

Es hätte niemals diese Absage geben dürfen. Das alles ist ein massiver Schaden für das ehrenamtlich getragene Brauchtum in dieser Stadt. Anstatt erst einmal abzuwarten, hat man aus Wichtigtuelei die einzigartigen Strukturen des Karnevals in massive Gefahr gebracht. Denn wenn sie einmal wegbrechen, kommen sie nie wieder. Aber vielleicht will das Festkomitee ja auch die völlige Kommerzialisierung des Karnevals.

Jetzt muss man hier auch einmal über Schuldige reden. Der Präsident des Festkomitees Kölner Karneval sollte daher Verantwortung übernehmen und mit sofortiger Wirkung als Präsident zurücktreten.

(Beifall bei der AfD - Zurufe: Buh!)

Dieses leichtfertige Agieren hat bereits jetzt einen immensen Schaden angerichtet.

Und für die etablierte Politik muss gelten: Geben Sie dem Land seine Freiheit zurück. Was die Briten, Dänen und andere können, können wir in Köln und Deutschland auch.

(Beifall bei der AfD)

Man kann in dieser Session vielleicht ein interessantes Experiment starten: ein sehr individueller

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 16

Karneval. Das wäre vielleicht eine interessante Ansage an ein allzu politiknahes Festkomitee. Staatsferne steht dem Karneval immer am besten. - Deswegen wünsche ich Ihnen allen einen schönen Karneval.

Ich hoffe, dass es für einige der handelnden Personen auch einmal Konsequenzen geben wird. Das geht so nicht.

Was hier stattgefunden hat, die gesamte Panikmache - - Ich bin auf viele Punkte in der Corona-Frage jetzt gar nicht erst eingegangen. Ich bestreite nicht, dass dieses Virus insbesondere für Risikogruppen gefährlich sein kann. Aber man hätte sich viel mehr auf den Schutz dieser Risikogruppen fokussieren müssen, anstatt damit eine ganze Volkswirtschaft an die Wand zu fahren und auch Brauchtum etc. zu zerstören. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte aus gegebenem Anlass noch einmal daran erinnern, dass die Maske auch über die Nase zu ziehen ist.

(Christer Cremer [AfD]: Ist sie doch!)

- Danke schön. - Jetzt hat Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende an den Endgeräten! Mensch, was war das peinlich! Zum 11.11. flimmerten die Bilder über ausgelassene Jecke um die Welt, und man hielt uns für noch viel jecker, als man es eh schon tut.

Nun beginnen wir das dritte Jahr der Pandemie - eine Dauerwelle, die jeden Frisörgesellen neidvoll erblassen lässt.

Wir sind der Meinung: Es muss aufhören, die Menschen mit Sanktionen zu überhäufen, die sich von Anfang an kooperativ gezeigt haben, Konzepte entwickelten, an den Bürger*innen waren und Corona ernster genommen haben, als es manch einer tat und tut.

Wem wollen wir es überlassen, dass Karneval gut über die Bühne läuft? Den Mitarbeitenden des

Ordnungsamtes? Sie üben zweifelsohne ambitioniert ihren Beruf aus, werden jedoch überfordert sein von all den Menschen, denen es reicht und die sich auf den Wiesen, in den Parks oder eben privat bei Freunden treffen werden.

Oder wollen wir als Stadt die unterstützen, die uns auch unterstützt haben? Die, die allen anderen oft schon ein G voraus waren, die, die darauf geachtet haben, dass auf dem Weg zum Klo Abstand gehalten und Maske getragen wurde, während die Schildergasse überquoll?

Der Karneval ist für jeden da: die Vollzeit arbeitende Mutter, die einmal im Jahr tatsächlich mal das Superheldinnenkostüm trägt; den Chirurgen, der als Flamingo das Tanzbein schwingt.

Es ist ja nicht so, dass der Karneval nicht stattfindet. Es finden die Sitzungen statt, bei denen eine Karte gerne mal die Kosten eines Wocheneinkaufs frisst, oder eben die private Party, auf der keinerlei Kontrolle stattfindet.

Die Gastro erklärt sich bereit, den Weg von 2G plus-plus zu gehen - sprich: eine Testpflicht, von der niemand mit 2G-plus-Status ausgenommen ist.

Wir haben eine der besten Impfquoten in NRW und wollen trotzdem vermutlich strenger handeln. Nein, das ist das falsche Zeichen und spricht der Stadt das Vertrauen ab - das Vertrauen darauf, dass die Stadt es schafft, für ihre Bürger*innen zu handeln und ihre Versprechen zu halten. Das Versprechen lautete: Wenn genug Menschen geimpft sind, schützt es alle.

Unsere Aufgabe ist es auch, die Gastro zu schützen und zu unterstützen. Jeder, der in seiner Kneipe in Brück, Sürth oder Klettenberg feiert, ist einer weniger auf der Uniwiese oder auf dem Heumarkt, haben führende Mathematiker*innen für uns berechnet.

Es ist Fakt: Die Faschos und Schwurblen haben uns bereits genug Aktivitäten weggenommen und Worte anders konnotiert. Belassen wir die Worte „Jecke“ und „Kneipengänger“ bei den richtigen Leuten und sehen uns vor, eine Trotzhaltung zu provozieren, weil wir päpstlicher sein wollen als der Papst - aus Angst, dass die Welt über uns lacht.

Aber lässt die Gastro auch wieder lachen, deren Existenzen seit Langem massiv gefährdet werden. Für die Kneipen stellt Karneval einen enorm

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 17

wichtigen finanziellen Baustein dar. Ach, was! Eigentlich ist es das Fundament. Wenn das Jahr nicht gut lief, reißt es der Karneval raus. Die Menschen und die Wirtschaft sind uns doch wichtig.

Und wo ist der Dialog zwischen Stadt und Gastro? Setzt euch gemeinsam an den runden Tisch und haltet zusammen. Aber macht es flott; denn das Bier muss auch bestellt werden. Holt die Leute von der Straße. Macht bzw. lasst die Kneipen auf. Wir sprechen uns eindeutig dafür aus: Karneval den Profis überlassen. - Danke.

(Beifall bei der FRAKTION sowie bei
Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird noch das Wort gewünscht? Weitere Wortmeldungen liegen mir nämlich nicht vor. - Bezirksbürgermeister Hupke.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren hier im Saal und draußen an den Bildschirmen! Da ich in diesem Viertel, das heute so oft angesprochen worden ist, mit der Zulpicher Straße seit 45 Jahren wohne, und zwar ununterbrochen, es genau kenne und mir natürlich auch den 11.11. angeguckt habe - ich bin da bis zur Mittagszeit herumgegangen -, will ich das, was die Bilder anbelangt, einmal relativieren. Ich glaube nicht, dass man da von Peinlichkeit sprechen kann. Denn das waren die Bilder von den Menschen, die dahin gekommen sind. Und das war nicht einfach. Was die Stadtverwaltung da machen konnte - das haben wir auch da in dem Kreis besprochen -, hat sie gemacht.

Wir hatten damals nicht Omikron. Meines Wissens ist da auch nichts Großes hervorgekommen - anders als das dann, sage ich mal, hochgespült oder auch, wie unsere Mutter immer sagte, aufgeplustert worden ist.

Weiterhin will ich Folgendes zur Kenntnis geben, um das zu relativieren - das andere besprechen wir ja am Montag -: Wichtig ist, dass wir alle im Kopf haben und beherzigen müssen, dass diejenigen, die da waren, alles Jugendliche waren. Diese Jugendlichen - für mich als 72-Jährigen ist jemand mit 35 auch noch jugendlich - sehnten sich danach, drängten sich danach, schrien danach bzw. verlangten danach. Und denen muss

man ein Ventil geben. Für dieses Ventil brauchen wir natürlich Regularien.

Da muss man aber auch kritisch sagen - und ich bin sehr froh, dass das Dreigestirn minus Jungfrau hier gewesen ist und der Bauer das gesagt hat -: Der Karneval gehört sich selbst. Das habe ich in 47 Jahren hier in Köln gelernt. Der Karneval gehört sich selbst, und er ist ein hohes Kulturgut. Damit muss man sensibel umgehen. Der Karneval hat auch seine eigenen Regeln. Das hat der Bauer eben gesagt. Es ist kein Besäufnis. Das ist das Entscheidende. Es ist kein Event oder keine Veranstaltung, bei der man sich hemmungslos betrinken kann und zu der man auch von außen kommt, um sich dann dementsprechend zu verhalten.

Wenn von hier die Botschaft ausgeht - ich denke, dass das auch mit das Allerwichtigste ist -, dass dazu, dass der Karneval dann auch sehr sicher stattfinden wird, mit beiträgt, dass wir verlangen, dass diejenigen, die hier in diese Stadt hineinkommen, die 2 000 Jahre alt ist - sie hat eine 2 000 Jahre lange Geschichte; der Karneval ist auch fast so alt -, sich benehmen, sich an die Regeln halten und den Respekt haben, dann läuft das schon sehr viel besser.

Auch Chris Kuckelkorn tritt immer dafür ein, dass dieser Karneval sich selbst gehört und dass er zu respektieren ist. Da habe ich, ohne Süßholz zu raspeln oder mich anzubiedern, einfach auch hohen Respekt vor Chris Kuckelkorn. - Danke.

(Vereinzelt Beifall beim Bündnis 90/Die
Grünen und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen, meine Damen und Herren.

Deswegen würde ich die aktuelle Stunde gerne abschließen und schlage Ihnen vor, den Abschluss nach § 5 Abs. 10 Buchstabe b) unserer Geschäftsordnung vorzunehmen, nämlich die Sache zur weiteren Behandlung an die Verwaltung zu verweisen.

Ist das in Ihrem Sinne?

(Vereinzelt Beifall)

Oder gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Dann bearbeiten wir das weiterhin in Ihrem Sinne. Ich denke, dass wir den

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 18

Großteil der Haltung, die uns aus dem Rat entgegenkommt, aufgenommen haben. - Gut. Dann bedanke ich mich.

Ich rufe auf:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

Tagesordnungspunkt 3.1.1 ist vorhin bei der Festlegung der Tagesordnung zurückgestellt worden.

Tagesordnungspunkt

3.1.2 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Nutzung der Hallen 76 und 77 in Köln-Kalk“ AN/2415/2021

Ich gebe als Erstem Herrn Breite das Wort. Herr Breite, bitte.

Ulrich Breite (FDP): Sehr verehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr verehrter Herr Beigeordneter Charles! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren hier und an den Bildschirmen! Bei unserer Antragstellung geht es um die Sanierung der Hallen 76 und 77 in Kalk. Sie befinden sich übrigens in der Dillenburger Straße hinter dem Kalk-Karree, wo das Sozialamt ist. Man muss nur ein bisschen weiter gehen; dann kann man sich das auch einmal anschauen.

(Niklas Kienitz [CDU]: Danke!)

- Bitte schön. - Diese Hallen Kalk sollen jetzt, Stand heute, für 18 Millionen Euro saniert werden. Wir möchten gerne gleichzeitig ein verbindliches kulturelles Nutzungskonzept vorgelegt bekommen. Das beantragen wir hiermit.

Da habe ich aus der Kulturpolitik ein Wehklagen hören müssen: Oh, oh, die FDP will die Hallen wegnehmen.

Verehrte Kulturverwaltung und liebe Kulturpolitik, auch wenn ihr das Kölsche Grundgesetz um einen § 12 erweitert habt - „Gut Ding will Weile haben“ -: Nach mehr als einem Vierteljahrhundert und nun mit einer Sanierung für Kosten von mindestens 18 Millionen Euro sollten wir wirklich ernsthaft die Hallen einer adäquaten kulturellen Nutzung zuführen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erinnern uns: Mit dem Bau und der Eröffnung des Museums Ludwig im Jahr 1986 - ich war damals 22 Jahre alt - beschloss der Rat, dass auch im Rechtsrheinischen eine kulturelle Dependence entstehen sollte. Anfang der 90er-Jahre wurden damals die ehemaligen Hallen von Klöckner-Humboldt-Deutz 75, 76 und 77 dafür auserkoren und unter Denkmalschutz gestellt.

Halle 75 dient heute immer noch als Probebühne des Schauspielhauses, Halle 76 als vorübergehendes Depot - dazu gleich noch mehr -, und Halle 77 wartet und wartet und wartet seitdem auf eine kulturelle Nutzung, bis sie einsturzgefährdet ist.

Verehrter Herr Beigeordneter Charles, in der Vorlage zur Sanierung für - in Anführungszeichen - „schlappe“ 18 Millionen Euro steht, dass die Hallen nun wegen Einsturzgefahr gesperrt sind; mögliche Zugänge wie Fenster und Türen wurden verschlossen. Da wir froh sind, wirklich froh sind, gerade einen neuen Kulturdezernenten zu haben, wollen wir Sie auch nicht mit einer Besichtigung in Lebensgefahr bringen. Darum jetzt hier mein Bericht:

Ich war vor gefühlten zehn oder zwölf Jahren selber dort. Halle 74 war leer; leerer geht es nicht. Halle 76 als sogenanntes Depot für das Museum Ludwig diente insbesondere für nicht verkaufte Ausstellungskataloge, die auf das Ende ihres Daseins auf Erden durch Verrottung warteten. Eine chronologische Systematik der Aufbewahrung der Kataloge war nicht erkennbar. Warum auch? Im Verwesenen sind Kataloge wie Menschen alle gleich, meine Damen und Herren. Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass es in den Hallen schon damals - wie soll ich es ausdrücken? - ausgesprochen luftig war. Meine Mutter hätte gesagt: Kind, hier zieht's.

Wer jetzt noch nicht unser Ansinnen verstanden hat, meine Kolleginnen und Kollegen, dem kann ich sagen: Es kommt noch doller. Die Jahre vergingen. Die Liebe der Kulturverwaltung zur kulturellen Nutzung der Hallen verblasste. Schlussendlich die Trennung: Abriss! Aufschrei der Kulturpolitik, auch von uns: Niemals!

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 19

9 Millionen Euro zur Revitalisierung der Hallen wurden am 19. Dezember 2017 vom Rat zur Verfügung gestellt. Wer es nachlesen möchte: Drucksachennummer 2560/2017.

Ihre Kulturverwaltung, verehrter Herr Kulturdezernent Charles, hatte weder das Ansinnen noch den Wunsch, den Ratsbeschluss umzusetzen oder, anders ausgedrückt, ihre Liebe zum Projekt wachzuküssen. Ende 2018 hat man das Vorhaben eingestellt und die Mittel dafür anders ausgegeben, meine Kolleginnen und Kollegen.

Resultat - das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen -: Statt 9 Millionen Euro kostet es nun 18 Millionen Euro, und wieder gibt es kein Nutzungskonzept.

Vonseiten der FDP stellen wir hier viel lieber - Frau Kämmerin, vielleicht hören Sie besser einmal weg - 25 Millionen Euro zur Verfügung. Dann erwarten wir aber mit der Sanierung der Hallen auch endlich einen Öffnungstermin für die richtige kulturelle Nutzung. Fast 30 Jahre Warten, meine Damen und Herren, müssen ein Ende haben.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind hier verpflichtet worden, Schaden von der Stadt abzuwenden. Diese Geschichte können Sie doch keiner Wählerin und keinem Wähler mehr erklären, wenn es um kulturelle Einrichtungen geht.

Dem schaffen wir mit diesem Antrag nun Abhilfe. Wir wollen bei 18 Millionen Euro keinen Blankoscheck ausstellen. Sonst warten wir noch einmal 30 Jahre. Das sind die unwiderlegbaren Erfahrungen des Kölner Rates und seiner Beschlüsse. Entweder gibt es eine verbrieft kulturelle Nutzung durch die Kulturverwaltung, oder aber die freie Kulturszene erweckt die Hallen zum Leben.

So oder so: Die Hallen 76 und 77 in Kalk sollen nach der Sanierung endlich mit Leben erfüllt werden. Das ist unsere Botschaft, nicht mehr und nicht weniger. Darum bitten wir eindringlich um Unterstützung unseres Antrages. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Lieber Uli Breite, ich bin ein bisschen irritiert über deine lange Rede. Sie war zwar lang, aber hat nicht alles umfasst, was die Hallen Kalk tatsächlich betrifft und angeht. Deswegen sage ich: Ein bisschen Geschichtsvergessenheit war bei den vielen geschichtlichen Daten dann doch zu hören und zu spüren. Du hast leider auch eine bestimmte Vorlage fortgelassen. Ich weiß ja nicht, wann bei dir Geschichtsbetrachtung aufhört und ob das letzte Jahr dazugehört oder nicht. Insofern steige ich jetzt noch einmal ein.

Beim ersten Hinsehen liest sich euer Antrag schön, super, charmant und alles. Aber beim zweiten Hinsehen ist mir wirklich unklar: Warum eigentlich? Weshalb stellt ihr einen solchen Antrag? Wieso wird überhaupt ein Antrag gestellt, nachdem es im Rat im September 2021 einen einstimmigen Beschluss zu diesen Hallen gab, dem auch die FDP zugestimmt hat?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Klar: Die Hallen 76 und 77 in Kalk sind ein großes Thema. Wären sie nicht in dem Zustand, in dem sie jetzt sind, würden sie tatsächlich immer noch kulturell genutzt - mehr oder minder; mehr oder minder intensiv und mehr oder minder ihrem Zweck, den sie eigentlich erfüllen sollten, entsprechend.

Immerhin: Die Verwaltung hatte - das hast du angedeutet - 2015 formuliert, das Ende des Lebenszyklus dieser Hallen sei erreicht. Sie teilte mit, sie müssten abgerissen werden.

Im KuK - auch das hast du gesagt - konnten wir sie durch einen Dringlichkeitsantrag vor diesem Schicksal bewahren. Denn nicht nur wir Grünen finden - da sind wir uns alle einig, denke ich -, dass diese Hallen ein einzigartiges Industriedenkmal darstellen und bereits dadurch schon ein kultureller Ort an sich sind. Natürlich müssen sie auf jeden Fall erhalten und genutzt werden.

Viele Menschen in Kalk - das ist in eurem Antrag ein bisschen zu kurz gekommen - sehen das ebenso. Es gibt viel Interesse an diesen Hallen, wie ja auch der Zuspruch zum Werkstattverfahren zu den Hallen insgesamt in Köln-Kalk gezeigt hat. Das ist ein großes Thema dort vor Ort und natürlich auch für die Bezirksvertretung.

Die Hallen sind in einem schlechten Zustand. Es gibt tatsächlich dringenden Handlungsbedarf zur

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 20

Sicherung und Sanierung der Hallen. Außerdem bedarf es endlich der Vorlage des Nutzungskonzeptes.

Das ist allerdings alles beschlossen, auch von der FDP, auch wenn sie das heute noch einmal fordert. Du hast es aufgeblättert; ich kann es noch einmal kurz erwähnen:

Im Rahmen des städtebaulichen Entwicklungsprozesses wurden die Hallen 76 und 77 und auch die Halle 75 in den 90er-Jahren für kulturelle Zwecke bestimmt. Alle drei Hallen wurden 1992 in die Denkmalliste der Stadt aufgenommen. 1994 wurde der Vertrag mit dem Ehepaar Ludwig zum Recht auf Nutzung der Halle 76 als Ausstellungshalle im Benehmen mit dem Museum Ludwig geschlossen.

Nachdem 2015 die Einsturzgefahr festgestellt wurde, wurde eine Projektgruppe zur Prüfung des Erhalts der Baudenkmäler gegründet. In 2017 wurde die Vorlage zur Sanierung bzw. Revitalisierung der Hallen beschlossen. Es standen diese 9 Millionen Euro auch an Landesgeldern zur Verfügung.

Dennoch folgte 2018 der nächste Tiefschlag. Das Vorhaben, so wurde mitgeteilt, könne nicht umgesetzt werden.

Gleichzeitig enthielt diese Mitteilung aber ein Bekenntnis zum Kulturstandort Kalk als rechtsrheinischem Standort für das Museum Ludwig. Das kommt also in der Schleife auch immer wieder vor. Es sollte ein Nutzungskonzept neu auf den Weg gebracht werden. Auch die BV Kalk wurde entsprechend einbezogen und informiert.

Wie schon erwähnt, folgte die Ratsentscheidung im September 2021. Weil du eine Drucksachennummer genannt hast, tue ich das jetzt - zum Nachlesen - auch. Die Vorlage 2293/2021 lief durch die BV 8, den Bauausschuss, den KuK, den Finanzausschuss und den Rat. Es wurde einstimmig die Planung nutzungsunabhängiger Sanierungsmaßnahmen der Hallen 76 und 77 beschlossen. Im Beschlusstext selber steht:

Der Beschluss zur Sanierung umfasst folgende Teilmaßnahmen:

1. Halle 76 (Museum Ludwig)
2. Halle 77 (kulturelle Nutzung)

Warum also ein weiterer Antrag? Ich weiß es nicht. Seit September 2021, dem letzten Beschluss, ist kein neuer Sachstand entstanden. Die FDP ist in diesen Ausschüssen vertreten, im Rat sowieso. Eigentlich müsste euch das alles bekannt sein.

Als die FDP diesen Antrag dann im Dezember 2021 von der Tagesordnung nahm, dachte und hoffte ich, das sei aus dieser Einsicht heraus geschehen. Jetzt sehe ich, dass das nicht der Fall ist.

Ich gehe davon aus, dass die Beschlüsse vom September 2021 stehen. Wir hoffen auf eine schnelle Umsetzung durch die Verwaltung. Viel Zeit ist ins Land gegangen - viel zu viel Zeit; dem würde ich sofort zustimmen. Ich hoffe und setze darauf, dass die Verwaltung seit dem Beschluss im vergangenen September die Arbeit zur Umsetzung tatsächlich aufgenommen hat. Angesichts des neuen Dezernenten bin ich da jetzt ganz zursich. Ehrlich gesagt, glaube ich, dass sie das auch ohne einen zusätzlichen, redundanten Antrag der FDP macht.

Wie gesagt, ist jeder Tag, an dem nichts geschieht, ein schlechter Tag. Aber es ist nicht logisch, heute einen Beschluss von September 2021 noch einmal zu fassen. Deswegen, und nur aus diesem Grund, lehnen wir diesen Antrag ab, weil wir dem Inhalt ja schon zugestimmt haben. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Elster das Wort.

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es mit Gottfried Benn zu sagen: Das Gegenteil von gut ist gut gemeint. - Der vorliegende Antrag der FDP ist eine solche gut gemeinte Initiative.

Sie beziehen sich ja indirekt auf die Vorlage - indirekt; Frau von Bülow hat es schon gesagt - bezüglich der nutzungsunabhängigen Sicherungsmaßnahmen, die im letzten Jahr einstimmig hier im Rat beschlossen worden sind.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 21

Dazu muss man feststellen, dass das Rechnungsprüfungsamt uns seinerzeit bestätigt hat, dass das Vorgehen der Verwaltung richtig und nachvollziehbar ist. Demnach sollte also die Verwaltung nunmehr in Ruhe konzentriert das machen, mit dem sie beauftragt ist, nämlich konzentriert planen und anschließend die Sicherung der Gebäude durchführen.

Wir sollten erst dann die Gebäudewirtschaft mit neuen Kulturbauplanungen und Maßnahmen beauftragen, wenn die anderen, noch drängenderen Themen wie die Großbaustellen Offenbachplatz, Historische Mitte und MiQua oder der Erweiterungsbau Wallraf-Richartz-Museum so auf die Schiene gesetzt wurden, dass wir guten und ruhigen Gewissens deren Fertigstellung einigermaßen vor Augen haben.

Spannender ist aber aus meiner Sicht Ihr zweiter Beschlussvorschlag. Nachtigall, ich hör dir trappen! Denn da geht es plötzlich um eine Öffnung der Hallen gegebenenfalls für eine nichtkulturelle Nutzung. Sollten wir das heute so beschließen, würde dies in der Stadt sicherlich hohe Wellen schlagen, und zwar nachvollziehbarerweise. Denn Sie vergessen hierbei schlichtweg einige zentrale Beteiligte, die in dem von Ihnen vorgeschlagenen Verfahren nicht berücksichtigt oder absichtlich oder vielleicht auch unabsichtlich ausgeklammert worden sind.

Zum einen trennt nämlich Ihr Antrag, warum auch immer, aus dem Drei-Hallen-Ensemble die Halle 75 heraus. Diese Halle wird, wie hier schon mehrfach gesagt worden ist, heute noch von den Bühnen der Stadt Köln, die auch Eigentümer sind, als Probestühne genutzt. Hier steht allerdings in der Tat sehr bald eine Entscheidung bevor, was mit dieser Halle überhaupt geschehen soll, sobald die Bühnen wieder an den Offenbachplatz zurückkehren. Sollte diese gute rechtsrheinische Spielstätte aber, unter welcher Leitung auch immer, irgendwann wieder für das Publikum geöffnet werden, wäre die Halle 75 auch wieder auf die Infrastruktur der Halle 76 angewiesen. Beschlüsse, die sich nur auf die beiden Hallen 76 und 77 beziehen, machen folglich gar keinen Sinn.

Bei der Rechnung, die Sie uns hier aufmachen, fehlen auch noch einige weitere Wirte, die für unsere Stadt von großer Bedeutung sind, zum Beispiel die Peter und Irene Ludwig Stiftung oder auch das Museum Ludwig selbst, das ja über viele Jahre hinweg bis zur Schließung der zentralen Halle den Standort auch als Außendepot genutzt

hat. Die Peter und Irene Ludwig Stiftung - das haben Sie ja selbst gesagt, lieber Uli Breite - hat ein Anrecht auf einen zweiten rechtsrheinischen Museumsstandort. Dieser war bisher konzeptionell immer dort in den Hallen Kalk verortet.

Wenn die FDP das heute anders sieht - und zumindest der Punkt 2 Ihres Beschlussvorschlages erweckt diesen Anschein -, dann sollten wir hier über ein solches Anliegen aber erst dann öffentlich reden, wenn Ersatzlösungen für die Stiftung und das Museum mit allen Beteiligten einvernehmlich geregelt worden sind.

Schlussendlich - das hat Frau von Bülow auch gesagt - geht es um Kalk. Bislang ist eine ganz klare kulturelle Nutzung aller drei Hallenbereiche im Rahmen der weiteren städtebaulichen Entwicklung dieses Areals mit der dortigen Bezirksvertretung und mit den Kalker Bürgerinnen und Bürgern verabredet worden. Wenn die FDP das wirklich irgendwie ändern will, dann sollten wir auch das hier offen ansprechen und uns über ein solches Ansinnen austauschen.

Ich denke aber, dass es auch dafür hier im Rat heute keine Mehrheit geben wird. Die CDU lehnt den Antrag der FDP ab.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Helmis das Wort.

Maria Helmis (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Städte und Stadtteile verändern sich. Sie sind lebendige Systeme. Genauso ist Kalk seit mehreren Jahren Ankerpunkt eines neuen urbanen Transformationsprozesses. Mittendrin der Gegenstand einer hier nicht zum ersten Mal geführten Debatte: die Hallen Kalk.

Genauso alt wie die Geschichte der Hallen Kalk als Juwel industrieller Stadtgeschichte scheint die Geschichte der Beschlüsse und Bekundungen zu sein, die zu diesen beiden Hallen gefasst wurden. Meine Vorredner*innen haben das sehr ausführlich ausgeführt. Ich will es ganz kurz machen: seit den 90er-Jahren denkmalgeschützt, kurzzeitig fast abgerissen, dann glücklicherweise doch nicht, Bundesgelder in Millionenhöhe nicht abgerufen, voranschreitender Verfall unter den Augen

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 22

des gegenüber ansässigen Sozialamtes, Nutzungskonzept bis heute ausstehend.

(Ulrich Breite [FDP]: Hört! Hört! - Zuruf:
Das ist Köln!)

- Danke. - Aber in all diesem scheinbaren Chaos und vielleicht auch zeitweiser Untätigkeit doch ein parteiübergreifender Konsens: Solch ein einmaliger Ort muss einer kulturellen Nutzung zugeführt werden.

In der ganzen Stadt schwinden kulturelle Freiräume. Umso wichtiger ist der Konsens darüber, diese beiden Hallen von Anfang an als kulturelle Ermöglichungsräume zu planen, in denen kreativ gearbeitet, erlebt und gelernt werden kann - Kultur also nicht, wie so oft, als Additum zu verstehen, das erst am Ende eines Entwicklungsprozesses noch dazukommt, sondern als Entwicklungsmotor urbaner Transformation.

Das, meine Damen und Herren, hat sich der Kölner Rat bereits vor vielen Jahren selbst ins Stammbuch geschrieben.

Dass die FDP-Fraktion heute mit solch einem Enthusiasmus im ersten Punkt ihres Antrags dieses Anliegen bekräftigt, begrüßen wir sehr und freut mich persönlich auch sehr.

Was jedoch nicht ganz klar geworden ist und auch gar nicht so weit ausgeführt wurde, ist: Wieso bekennt sich die FDP im ersten Punkt des Antrags so klar zur kulturellen Nutzung, um dieses Bekenntnis dann im zweiten Punkt wieder aufzuweichen, der sogenannten anderen Nutzung Tür und Tor zu öffnen und die kulturelle Nutzung damit eigentlich vom Hof zu jagen?

(Beifall bei der SPD und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Welche Lösung trägt die nicht näher definierte Ausweitung auf eine sogenannte andere Nutzung mit sich? Gibt es dafür bestehende konkrete Ideen? Welche Vorteile hätte das Begraben einer kulturellen Nutzung? Wäre dafür auf einmal das Engagement der Stadtverwaltung in dieser Sache revitalisiert?

Uns lässt dieser Punkt zu viel Interpretationsspielraum, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denn wer von einer kulturellen Nutzung abweichen will, dem sollte bewusst sein, dass ein bloßer Blick auf die Hallen 76 und 77 als isolierte Gebäude

nicht ausreicht. Das Ruhrgebiet zeigt uns, wie Industriegebäude und Areale nicht nur als Altlast begriffen, sondern als Impetus urbaner Quartiersentwicklung genutzt werden können.

Auch sollte man den Blick auf den gesamten Stadtteil Kalk werfen. Kalk ist ein aufstrebendes Kulturquartier, ein pulsierender Stadtteil mit Mangel an kulturellen Flächen. Dem stehen nun diese beiden Hallen und der davor liegende ungenutzte Platz gegenüber. Es gibt in der Kalker Kulturszene zahlreiche Vereine, Akteure und Aktive der Kulturwirtschaft, die jederzeit bereit wären und auch in der Lage wären, diesen Ort zu bespielen. Selbst wenn die von der Kulturverwaltung bisher in leider nur wirklich knappen Mitteilungen angedeuteten Nutzungsideen - Ludwig, Bühnen, lernende Orte - nicht umgesetzt werden könnten, ständen diese Akteure vor Ort bereit.

Nun unterstellen wir der FDP natürlich nicht, kulturelle Räume zugunsten anderer Nutzungen aufgeben zu wollen. Die grundlegende Intention kann hier doch nur sein, Druck im Kessel erzeugen zu wollen. Dieser Intention können wir uns anschließen. Ein klares Konzept zur kulturellen Nutzung ist längst überfällig -

(Beifall bei der SPD und der FDP)

eines, das zu den vorhandenen Strukturen und zu Kalk passt; ein Konzept der Stadtverwaltung, das sagt, was möglich ist und was nicht.

Aber nur, weil dies bisher nicht geleistet wurde, geben wir die kulturelle Nutzung noch lange nicht auf, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir werden diesem Antrag also nur im Punkt 1 zustimmen können. Den Punkt 2 werden wir ablehnen.

Wir fordern die Stadtverwaltung auch noch einmal konkret auf, die vorhandenen Beschlüsse konsequent umzusetzen. Wir brauchen jetzt ein kulturelles Nutzungskonzept, das als Meilenstein für den dialogorientierten Transformationsprozess in Kalk fungiert und das Kalk nicht als einen Ort versteht, wo Kultur nur „nice to have“ sein wird, sondern als einen Ort, wo Stadtentwicklung von Kultur als Motor ausgeht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 23

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Breite, auch uns hat der Antrag von der FDP doch sehr überrascht. Wir halten es nicht für sinnvoll, die vorhandenen - hier schon gerade dargelegten - Beschlüsse einfach noch einmal zu bekräftigen.

Insbesondere auch zur kulturellen Nutzung hat die Verwaltung im Kulturausschuss am 30. November 2021 auf eine Anfrage der LINKEN geantwortet: Ein solches Nutzungs- und Funktionskonzept für die Hallen Kalk existiert bereits.

Deshalb möchte ich heute hier im Rat die Verwaltung bitten, dieses Nutzungs- und Funktionskonzept nicht wie bisher einfach in den Schubladen zu belassen, sondern es den zuständigen Fachausschüssen und der Öffentlichkeit endlich vorzustellen.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Charles ist noch nicht lange im Amt des Kulturdezernenten. Deshalb können wir ihm natürlich nicht alle Fehler oder Verzögerungen der Vergangenheit ankreiden. Aber ich möchte Sie doch fragen, Herr Charles: Können Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachgremien das Konzept zeitnah vorstellen?

Der Antrag der FDP hat, auch wenn wir ihn in beiden Punkten falsch finden, aber zumindest das Verdienst, dass wir im Rat noch einmal über das Trauerspiel der lange Jahre nicht sanierten und nicht verwendeten Hallen Kalk hinweisen können und dass wir als Rat, wie Maria Helmig gerade gesagt hat, hier anmahnen, vorhandene Beschlüsse in Zukunft konsequent und, ich würde auch sagen, für den Stadtteil Kalk zügig umsetzen. Der Stadtteil Kalk - auch das hat meine Vorrednerin dargelegt - braucht ganz dringend solche kulturellen Orte für Theater, Ausstellung und Museum. Das wird dem Stadtteil sehr guttun.

Der zweite Punkt des Antrages der FDP sieht nun vor, für die Hallen Kalk eventuell eine andere als eine kulturelle Nutzung vorzusehen, und dies sogar nur „wenn möglich“ im öffentlichen Rahmen. Das kann man nur so verstehen, dass Sie vorschlagen, unter Umständen städtisches Eigentum privaten Investoren zu übergeben. Sonst stände dort ja nicht „wenn möglich“.

So etwas haben die Hallen Kalk und die Bevölkerung der Schäl Sick, aber auch die Bevölkerung

ganz Kölns nicht verdient. Städtisches Eigentum bleibt städtisches Eigentum.

(Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich auch noch einmal auf den Vertrag mit der Peter und Irene Ludwig Stiftung hinweisen. Zwei Jahre vor seinem Tod hatte Peter Ludwig große Pläne für das rechtsrheinische Köln. Er plante eine Außenstelle des nach ihm benannten Museums Ludwig, um der zeitgenössischen Kunst dort eine separate Bühne zu bieten. Als Vorbild galt die Ausstellungshalle PS1 auf Long Island, New York, welche Kunst in einer leer stehenden Schule zeigte.

Ludwig war es so ernst mit seiner Idee, dass er 1994 eine weitere Schenkung an „sein“ Museum daran knüpfte. Die Stadt Köln erhielt 82 Werke - darunter so Bedeutendes wie Gerhard Richters „48 Portraits“, „Die großen Freunde“ von Georg Baselitz oder Claes Oldenburgs Environment „The Street“ - unter der Bedingung, dass sie in Kalk dauerhaft eine Außenstelle des städtischen Museums Ludwig betreiben würde.

Deshalb: Packen wir es an. Wir brauchen ganz dringend in Kalk diese Außenstelle. Neben der Theater-Dependance in Mülheim wird das der Schäl Sick sehr guttun. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt ist bei mir eine Wortmeldung von Frau Gabrysch angekündigt.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Da es ja danach aussieht, dass zumindest der Punkt 2 nicht angenommen wird und wahrscheinlich der gesamte Antrag nicht angenommen wird, wenn ich das jetzt richtig verfolgt habe, würde ich das, was ich vorhin angekündigt hatte, auch zurückziehen; denn das erübrigt sich dann ja. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Dann lasse ich jetzt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen. Ich glaube, dass es richtig ist, punktweise abstimmen zu lassen. Das habe ich jedenfalls vor.

Wer der Ziffer 1 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die FDP-

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 24

Fraktion, Die FRAKTION, die SPD-Fraktion und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist diese Ziffer abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Ziffer 2 in gleicher Weise abstimmen. Wer dem zu folgen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist diese Ziffer und auch dieser Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Karl Küpper Preis 2022 - Resolution des Kölner Stadtrates“ AN/0188/2022

Ich gebe Herrn Boyens das Wort.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Karl-Küpper-Preis war Thema der letzten Wahlperiode. Erlauben Sie mir daher, dass ich für die neuen Ratskollegen eine kurze Einordnung vornehme.

Zu Karl Küpper muss man wissen, dass das Verhalten des organisierten Kölner Karnevals unter dem Hakenkreuz weiß Gott kein Ruhmesblatt war. Schon im Jahre 1933 verkündete die Kölner Prinzen-Garde, dass die NS-Führung von jeglicher Kritik verschont zu bleiben habe.

Aus einem anderen Holz war da Karl Küpper geschnitzt. Er war ein begnadeter Büttenredner. 1938 wurde er als bester Karnevalist Deutschlands ausgezeichnet - und das, obwohl er sich schon damals klar gegen die Nazis stellte. Karl Küpper bekam Gestapo-Besuch, wurde verwahrt und zusammengeschlagen. Weitergemacht hat er trotzdem. Doch kurz darauf erhielt er ein Rede- und Auftrittsverbot, wurde Soldat und geriet in Kriegsgefangenschaft. Nach dem Krieg machte er als Büttenredner weiter, erhielt aber erneut ein faktisches Auftrittsverbot durch das Festkomitee Kölner Karneval, als er Anfang der 50er-Jahre nämlich die Verstrickungen der Karnevalseliten in der NS-Zeit thematisierte. 1970 starb er.

Die AfD-Fraktion im Rat regte 2019 an, Karl Küpper mit einem Denkmal zu ehren und jährlich einen Karl-Küpper-Preis für die beste politische Büttenrede auszuloben.

Dieser Vorschlag - Sie wissen es - erfuhr große mediale Beachtung. Der Rat der Stadt Köln lehnte diesen aber ab. Na ja; so ist es halt, wenn die Falschen in Köln etwas Richtiges vorschlagen.

Aber, meine Damen und Herren, weil die Idee an und für sich ja gut war, passierte nun Folgendes: Die Politik kontaktierte den organisierten Karneval. Sie rief also bei Herrn Kuckelkorn an und instruierte diesen, diese Idee stellvertretend umzusetzen. So erhielt dann - Sie wissen es - Frau Carola Rackete 2020 den Karl-Küpper-Preis.

Dummerweise, meine Damen und Herren, hat man dabei übersehen, dass mit der Art und Weise der Verleihung Karl Küpper zum dritten Mal vom organisierten Kölner Karneval verleugnet, beschädigt und im Stich gelassen wurde:

- Das erste Mal 1939: keine Solidarität vom organisierten Karneval.
- Das zweite Mal 1952: faktisches Auftrittsverbot.
- Das dritte Mal 2020: Das Festkomitee Kölner Karneval und die Freunde und Förderer des Kölner Brauchtums verleihen einen Karl-Küpper-Preis mit einem Preisgeld von 10 000 Euro. Das Geld dafür bringen sie aber nicht selber auf; Sparkasse und RheinEnergie müssen es berappen.

Dazu schrieb uns ein Karnevalist so schön - ich zitiere -:

Wenn es ums Geld geht, dann wird aus dem Herrn Kuckelkorn ein Kuckelkörnchen.

(Beifall bei der AfD)

Der Karl-Küpper-Preis, meine Damen und Herren, ist ein Preis für Zivilcourage und für Menschen, die sich für Demokratie und einen offenen Diskurs einsetzen. Wir schlagen der Jury daher vor, in diesem Jahr den Preis an die Menschenrechtsaktivistin Sabatina James zu vergeben. Ihr Leben und Schicksal stehen wie kein zweites für den Stiftungszweck, nämlich - Zitat -

Personen auszuzeichnen, die sich in einem herausragenden Maße mit Zivilcourage für Erhalt und Förderung der Demokratie eingesetzt haben.

Meine Damen und Herren, stimmen Sie für unseren Antrag.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 25

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird das Wort gewünscht? - Herr Dr. Elster.

Dr. Ralph Elster (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir bitte, jetzt für den Rat eine andere Einordnung vorzunehmen, als das mein Vordröner gerade gemacht hat.

Mit dem vorliegenden Antrag fordert die AfD eine Resolution des Rates zur Vergabe des Karl-Küpper-Preises. Dieses Anliegen ist, gelinde gesagt, mehr als irritierend - nicht zuletzt, weil dem Rat vor mehr als sieben Monaten ein nahezu identischer Antrag zur Beschlussfassung vorgelegt worden ist. Warum ein solcher Antrag hier keine Mehrheiten finden kann, hat meine geschätzte Kollegin Brigitta von Bülow Ihnen seinerzeit ausführlich und sehr nachvollziehbar dargelegt. Haben Sie die Begründungen etwa damals nicht verstanden?

(Vereinzelt Heiterkeit - Beifall)

An den Rahmenbedingungen hat sich jedenfalls nichts geändert. Die Stadt Köln lobt immer noch keinen Karl-Küpper-Preis aus. Es sind immer noch die Freunde und Förderer des Kölner Brauchtums und das Festkomitee Kölner Karneval, die diesen Preis verleihen. Es gibt also immer noch keine Zuständigkeit dieses Rates und keinerlei Notwendigkeit, der Preisjury irgendwelche Tipps zu geben.

Meine Herren von der AfD, einen Anzug zu tragen und wohlfeile Reden zu halten, reicht nicht aus, um die gebotene Etikette dieses Hauses zu wahren. Sie sollten wirklich versuchen, in der verbleibenden Zeit, in der Sie hier im Rat sitzen, respektvoll mit den Gepflogenheiten unserer Stadt und unseres Landes umzugehen.

Dieser erneute Antrag zum Karl-Küpper-Preis ist nichts anderes als scheinheiliger Politklamauk. Selbst dann, wenn Sie umgesetzt haben wollten, was Sie hier beantragen, weiß doch jeder, dass man auf dem von Ihnen gewählten Weg das Ziel dieses Antrages nie erreichen könnte.

Mögliche Kandidatinnen und Kandidaten für Preise werden nun einmal nicht auf dem Marktplatz gehandelt. Es werden diesbezüglich auch

keine öffentlichen Beschlüsse von irgendwelchen Gremien erwartet.

Wie üblich, wird auch beim Karl-Küpper-Preis eine unabhängige Jury mit kompetenten Menschen besetzt, die in nichtöffentlicher Sitzung würdige Ehrenträger identifizieren und am Ende diejenigen bestimmen, die den Preis erhalten sollen. Schon um die Würde und das Ansehen aller Beteiligten und insbesondere der bei einer solchen Auswahl nicht zum Zuge gekommenen Persönlichkeiten zu achten, werden von solchen Auswahlrunden außer den schlussendlichen Preisträgern keinerlei Informationen nach außen gegeben.

Selbstverständlich könnte eine preisverleihende Organisation im Vorfeld einer Verleihung mit sachdienlichen, aber eben auch vertraulichen Hinweisen über mögliche Preisträger und deren Leistungen in Bezug auf den zu vergebenden Preis versorgt werden. Das wäre ja auch in Ihrem Fall möglich gewesen.

Das von Ihnen gewählte Vorgehen aber, eine aus Ihrer Sicht mögliche Preisträgerin nun zum zweiten Mal zum Gegenstand eines öffentlichen Antrages zu machen, offenbart allen ganz klar und deutlich, dass es Ihnen gar nicht um die beantragte Sache geht.

Ausgerechnet Sie, die Sie der Partei von Gaulands Fliegenschiss und Höckes zahllosen Entgleisungen und Skandalen angehören, wollen sich wiederholt parteipolitisch mit einem erklärten Widerständler gegen den Nationalsozialismus schmücken.

Sollten Sie es tatsächlich damit ernst meinen, schlage ich Ihnen vor, es Ihren drei ehemaligen Parteivorsitzenden gleichzutun und diesen wüsten Haufen schnellstmöglich und damit halbwegs ehrenhaft zu verlassen.

Da Sie das aber wahrscheinlich nicht tun werden, fordere ich Sie auf, fortan das Ehrenamt in unserer Stadt wertzuschätzen. Die ehrenamtlichen Initiatoren des Karl-Küpper-Preises benötigen für ihre Vereinsarbeit nämlich ganz bestimmt nicht Ratschläge Ihrer Partei.

Noch wichtiger ist mir aber, dass Sie endlich den Willen der Familie Küpper respektieren. Gerhard Küpper hat ja schon anlässlich der letzten Preisvergabe und auch in 2019 bei Ihrer ursprünglichen Initiative sehr deutlich gemacht, dass die Familie parteipolitische Vereinnahmung von Karl

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 26

Küpper ausgerechnet durch Ihre Partei als bodenlose Frechheit empfindet.

(Beifall)

Diese scheinheilige und unabgestimmte Vereinbarung von Menschen für die kruden politischen Ziele Ihrer Partei ist wirklich eine Ungeheuerlichkeit. Dies nun zum wiederholten Mal gegen den erklärten Willen der Betroffenen zu machen, ist einfach widerlich und mit den Grundwerten unseres Rates nicht vereinbar. Sie sollten sich schämen.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren, sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Wer dem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.4 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Wallraf-Anbau - lasst Gras drüber wachsen“
AN/0180/2022**

**Änderungsantrag von RM Zimmermann (GUT Köln)
AN/0294/2022**

Ich gebe Herrn Wortmann das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Gäste nah und fern! „Lasst Gras drüber wachsen“: Im wahrsten Sinne des Wortes will ich Sie heute davon überzeugen, dass der Plan zum sogenannten Erweiterungsbau des Wallraf-Museums einschließlich der Blockrandbebauung zurückgenommen werden muss. Und ich möchte Sie davon überzeugen, dass die Entstehung eines City-Parks an gleicher Stelle der Stadt, der Bevölkerung und den Besucherinnen und Besuchern deutlich mehr Vorteile bietet als Bildergang und Ratsstubenhocken.

Was wollen wir also? Wir wollen freien Zugang für alle, Durchatmen, Open-Air-Kultur, Oase im Altstadtkern ohne Verzehrzwang. Was wir nicht wollen, sind Protzarchitektur für eine Stiftung, Heizkörper, Klimakiller und Windstopper, Geldverschwendung und vor allen Dingen vergeudete Personalressourcen, die beim tatsächlichen Tagesbedarf der Verwaltung fehlen.

Die enormen Kosten für diesen Klotz können jetzt noch ausgebremst werden; denn die endgültigen Entscheidungen und Beschlüsse sind bis auf kölische Versprechen und Planungskosten noch veränderbar.

Die Blamage bei der Auslobung des Baus, der jahrelange, sich hinziehende Streit, mündliche Zusagen der Stadtspitze, Drohgebärden der Stifterfamilie mit dem Abzug der gerahmten Provenienzen sind doch mehr Fakes als ernst zu nehmende Tatsachen. Die publizierte Gefühlsduselei, das Hin und Her zwischen der Stiftung mit Sitz im schaurig-schönen Liechtenstein und der Stadt werden das Geschmäckle der inszenierten Luftnummer einfach nicht los.

Also: Tempi passati, Kulturbesessene und Klima-Euphoriker! Dieser expansive Ausbau eines jetzt bereits zubetonierten Altstadtkerns fällt doch völlig aus der Zeit. Der Erweiterungsbau wäre ein weiterer Heizkörper, der mit den Bestandsbauten - Rathaus, MiQua, Historische Mitte, Laurenz-Carré-Betonhorror der GERCHGROUP - an der Stelle den Klima-GAU im wahrsten Sinne des Wortes nur noch befeuert.

Was wäre zu verkraften? Eine weitere Kulturlamage - aber wir spielen im Blamagen-Runterspiel ganz oben mit -, ein Protzklotz weniger, keine neuen repräsentativen Räume für Rat und Verwaltung, die auch in diesen harten Budgetzeiten völlig fehlplatziert sind.

Was wäre, wenn Sie heute zustimmen? Ein mutiger Stadtrat, eine klare Entscheidung gegenüber der Stiftung, eine begeisterte Bürgerschaft zur Parkidee, Investment-Synergien für Substanzerhaltung und Bildungsbauten, Förderung durch benannte Sponsoren, Wahlargumente für die gutgläubigen Klima-Euphoriker.

Dem vorliegenden Änderungsantrag der - ich weiß nicht, wie ich sagen soll - früheren Gruppe GUT können wir deshalb leider nicht zustimmen; denn er ist hiermit obsolet.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 27

Stimmen Sie unserem Antrag bitte zu. Denn dass wir mit unseren Anträgen richtig liegen, zeigt zum Beispiel der jüngst vorgestellte Ausbauplan für Kolumbarien. In diesem Sinne: Ein frohes Wiedersehen im Park!

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als Nächsten habe ich Herrn Kockerbeck auf der Rednerliste stehen. Aber ich frage zuvor, ob sonst noch das Wort gewünscht wird. - Das ist nicht der Fall. Herr Kockerbeck, bitte.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, insbesondere von der FRAKTION! Ja, auch wir sahen und sehen das Projekt des Erweiterungsbaus des Wallraf-Richartz-Museums und der Fondation Corboud kritisch. Insbesondere die umfängliche Blockrandbebauung an der Martinstraße und am Steinweg halten wir für überdimensioniert.

Allerdings finden wir die Behandlung einer Kritik an diesem Projekt in Form eines doch wohl eher satirisch gemeinten Antrages nicht angemessen. Deshalb können wir dem Antrag nicht zustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann hat jetzt das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Ratssaal und an den Bildschirmen! Vorab nur eine Formalie: Mein Antrag ist ein Ersetzungsantrag des Beschlusstextes der Fraktion Die FRAKTION. Das hatte ich, glaube ich, in meinem Antrag so nicht formuliert. Er ist also ein Ersetzungsantrag.

Gerade war ich noch an der Witzbörse. Mit genügend Abstand zu Ostern habe ich in Häschwitz investiert. Mein Makler sagt, dass diese im April durch die Decke gehen werden. Spar- und Flachwitz können ihr traditionell niedriges Niveau halten.

Die Kurse der PARTEI-Witze sind dagegen im freien Fall.

(Beifall von Niklas Kienitz [CDU])

Grund: Die Anleger*innen sind schwer enttäuscht von der Performance der FRAKTION - alte Witze mit erwartbaren Pointen.

Nun bin ich nicht nur Börsianer und gescheiterter OB-Kandidat, sondern auch bei der Humorpolizei. In dieser Funktion möchte ich mich heute mit dem Antrag der FRAKTION befassen.

Auch dies ist wieder ein Antrag, der vermutlich Satire sein soll. Ein Anbau des Wallraf-Richartz-Museums soll verhindert und stattdessen eine Wiese mit einer Grünanlage errichtet werden.

Als DEINE FREUNDE haben wir diesen Witz schon vor rund zehn Jahren gemacht. Damals hieß es bei uns knackiger: Grün statt Geldanlage. - Wir wollten ein Einkaufszentrum verhindern und stattdessen einen Bauwens-Adenauer-Park auf dem Heliosgelände in Ehrenfeld errichten.

Unser Groll richtete sich jedoch gegen einen Konsumtempel des neoliberalen Turbokapitalismus. Euer Antrag richtet sich aber gegen eine Kultureinrichtung.

Gute Kunst und Kultur braucht meistens Subventionen. Das ist bei Subkultur genauso wie bei der Hochkultur. Wenn die fast zwei Jahrtausende alte europäische Kulturmetropole Köln sich ein Wallraf-Richartz-Museum leisten will - und ich denke, sie sollte das -, dann ist sie auch auf private Stifterinnen und Stifter angewiesen. Egal, in welche Kunstepoche Sie schauen: Bedeutende Kunstwerke haben ihren Preis. Diesen Preis kann die Stadt Köln nur zum Teil selbst aufbringen. Dies ist auch nicht nur beim Wallraf-Richartz-Museum so. Gerade haben wir ja über das Museum Ludwig und den Zusammenhang zu den Hallen Kalk gesprochen. Bei fast allen kulturellen Einrichtungen erweitern private Unterstützer*innen deren Möglichkeiten erheblich - auch in der Subkultur und in der freien Szene; denken Sie nur an die freien Theater.

Ihr Antrag hat aber auch eine Vorgeschichte. Im offenen Brief an das Wallraf-Richartz-Museum, den die PARTEI, Kreisverband Köln, geschrieben hatte, den zwei Ratsmitglieder der FRAKTION aber auch unterschrieben haben, will die PARTEI dem WRM eine Schenkung von Kinderbildern andienen.

Warum das Wallraf-Richartz-Museum auf die Sammlung Fondation Surpierre verzichten soll,

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 28

begründet die PARTEI nicht nur mit alters- und letztlich frauenfeindlichen Witzen über die Stifterin, sondern die Arbeiten der in der Sammlung Fondation Surpierre vertretenen Impressionisten werden auch als „Schwachsinnbilder“ titulierte. Drittens heißt es dort, ferner könne sich die Stifterin dann überlegen, an welchem anderen Ort „der Schrott zwecks Wertsteigerung in Zukunft ausgestellt werden soll“.

Nun mag Die FRAKTION ja vielleicht denken: Den Mist hat die PARTEI geschrieben, nicht wir. - Doch euer Antrag strotzt ebenfalls nur so vor populistischen Plattitüden - zum Beispiel, wenn ihr in der Begründung schreibt, dass „unter dem Deckmäntelchen dieses kulturwirksamen Akts der überwiegende Teil der Fläche als Repräsentanz für Ratsmitglieder und die Pressearbeit genutzt werden“ soll. Ui, wie schlimm! Unter dem Deckmäntelchen sollen Flächen für Presseamt und Ratsmitglieder geschaffen werden. Schlimm, weil Presseamt gleich Bedienen von Systemmedien? Oder schlimm, weil Ratsmitglieder alle korrupt sind?

Auffällig sind aber auch die Probleme, die Ratsmitglied Walter Wortmann mit Kulturbauten ganz allgemein hat. Bau der MiQua: Wortmann dagegen. Neue Historische Mitte: Wortmann dagegen. Erweiterungsbau WRM: Wortmann dagegen.

Werte FRAKTION, damit wir uns nicht gänzlich falsch verstehen: Es gibt an dem Projekt und auch am Stifterrat und an der Verwaltung genug zu kritisieren. Ich würde mich ja freuen, diese Kritik auch aus eurem Mund zu hören. Doch dann müsst ihr euch einfach mehr Mühe geben. Die Dinge und Angelegenheiten rund um die Wertsteigerungen von in Museen ausgestellten Gemälden, Museumsbauten als ÖPP-Projekte oder die versuchte Einflussnahme von Stiftern auf Bauprojekte - Stichwort „Stifterrat WRM versus MiQua“ - sind alle spannend und, obwohl es traurig ist, auch zum Lachen und Kopfschütteln. Nur: Recherchiert sauber und ordentlich. Bringt eure Kritik gerne spitz, aber humorvoll vor. Dabei könnt ihr auch fair und sachlich bleiben; das geht.

Zum Schluss kurz zu meinem Ersetzungsantrag: Er besteht aus zwei Teilen.

Zum einen wollen wir natürlich wissen, wie es um den Werdegang des Erweiterungsbaus steht - immerhin ja auf der To-do-Liste des Stadtvorstandes in 2022.

Zum anderen geht unser Dank an die Stifterin. Das Ehepaar Corboud hat dem WRM zu unserem großen Glück viele unschätzbar wertvolle künstlerische Arbeiten überlassen. Wir sollten Frau Corboud dafür danken und das Versprechen, den Erweiterungsbau zu realisieren, so schnell wie möglich umsetzen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich möchte Ihnen mitteilen, dass die zuständigen Ausschüsse regelmäßig durch einen Sachstandsbericht über die Erweiterung des Wallraf-Richartz-Museum informiert werden, zuletzt mit Mitteilung 0012/2022. Das werden wir natürlich auch weiterhin tun.

Darum würde ich mit Ihrer Zustimmung zunächst punktweise über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann abstimmen lassen. Damit hätte sich für mich nämlich der zweite Punkt des Antrags erledigt. Aber das müssen Sie entscheiden. Ich lasse also punktweise darüber abstimmen. Dann haben wir, glaube ich, die richtige Möglichkeit, damit umzugehen.

Ziffer 1 ist der Dank an Frau Marisol Corboud. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann, die FDP-Fraktion, die Fraktion Volt und die CDU-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD-Fraktion. Dann ist dem Antrag in Ziffer 1 zugestimmt.

Ich lasse über Ziffer 2 abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, Herr Zimmermann, Frau Gabrysch, die FDP-Fraktion und die Fraktion Volt. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist auch dieser Ziffer des Antrags zugestimmt.

Da es ein Ersetzungsantrag ist, entfällt die Abstimmung über den Ursprungsantrag. Ich lasse jetzt aber noch einmal über den gesamten Antrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 29

3.1.5 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., Volt und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Kölner Stipendium für temporäre Schutzaufenthalte von gefährdeten Menschenrechtsverteidiger*innen“ AN/0194/2022

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/0309/2022

Ich gebe Herrn Wolter das Wort.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der uns hier vorliegende Antrag setzt ein starkes Signal für die Einhaltung der Menschenrechte. Er setzt ein starkes Signal an diejenigen, die Menschenrechte verteidigen, dass sie nicht alleine sind, weil wir sie unterstützen. Er setzt auch ein starkes Signal an unsere Partnerstädte, weil nicht in allen Städten die Menschenrechte so zur Anwendung kommen, wie es sein sollte.

Dieser Antrag lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass in der Welt immer noch viel zu viel Unrecht geschieht. Wir stellen uns dieser Verantwortung.

Mit Amnesty International, aber auch mit dem LSVD sind wir schon seit längerer Zeit im Austausch. Sie setzen sich für Menschen, die in Not und unter Druck sind, ein.

Mit diesem Antrag begeben wir uns auch auf den Weg zur Menschenrechtsstadt.

(Der Redner hält die Broschüre „Köln auf dem Weg zur Menschenrechtsstadt?“ hoch)

Es gibt hier ein kleines Buch - einige Ratskolleginnen und -kollegen waren auch bei den Veranstaltungen von Amnesty International schon mit zugegen - mit dem Titel „Köln auf dem Weg zur Menschenrechtsstadt?“ Wir sind da bereits seit einigen Jahren in der Arbeit.

Jetzt nehmen wir Geld dafür in die Hand, weil es nicht nur ein Symbol sein darf, sich zur Menschenrechtsstadt zu erklären. Das ist aber auch eine Einladung an Amnesty International, an den LSVD, an viele zivilgesellschaftliche Organisationen zur Bündelung der Kräfte. Denn gemeinsam können wir mehr erreichen.

Wichtig ist, dass wir nicht nur Geld geben, sondern die Verwaltung das auch personell unterstützt und koordiniert.

Auch die Kölnerinnen und Kölner sind aufgerufen, sich zu engagieren. In Hamburg haben wir ein gutes Vorbild. Stiftungen geben Geld, Immobilienbesitzer stellen zu günstigen Preisen Wohnraum zur Verfügung. Das sind Beispiele, die zeigen, wie es gehen kann.

Die Menschenrechte sind eine wesentliche Leitlinie unserer Städtepartnerschaftsarbeit und der kommunalen Außenpolitik. Es gibt im Umfeld unseres Handels auch genügend Beispiele.

Wir haben uns schon mehrfach hier im Rat zu Menschenrechtsverletzungen in Ländern wie der Türkei, Russland und China geäußert.

Unsere Ratskollegin Hamide Akbayir ist wieder in Köln.

(Beifall)

In den Gefängnissen in der Türkei sitzen aber noch viele Politiker*innen ein. Die Meinungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Das betrifft auch unsere Partnerstadt Istanbul, mit der wir dieses Jahr 25 Jahre Städtepartnerschaft feiern wollen.

Wir sehen alle, was für eine willkürliche Macht der chinesische Staat entwickelt hat und was er mit Menschenrechtlern, mit den Uiguren, mit Hongkong gemacht hat. Da dürfen wir nicht nur ruhig zuschauen, nur weil Peking unsere Partnerstadt ist.

Dank einer Information des LSVD sprachen wir auf einer Delegationsreise in Corinto in Nicaragua anlässlich der Einweihung einer der von uns geförderten Abfallsortieranlagen mit LGBT- und Frauenrechtsaktivist*innen. Der Vorsitzende dieser LGBT-Gruppe hatte in der Gemeindeverwaltung nach einem Raum für eine Veranstaltung gefragt. Die Folge war, dass er von der Ordnungsamtsleiterin in El Realejo mit Stockhieben blauge schlagen wurde und nackt in ein Gefängnis gesteckt wurde.

Die LGBT-Aktivist*innen hatten so viel Angst, dass sie uns dringend baten, wirklich niemandem während unseres Aufenthaltes von den Gesprächen zu berichten. Zitat: Wenn ihr weg seid, kommen sie und holen uns. - Es ist unfassbar, was derzeit die Realität in unserer Partnerstadt Corinto/El Realejo ist.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 30

Der Leiter der indigenen FECONAU in unserer Klimapartnergemeinde in Peru setzt sich für den Erhalt der indigenen Territorien und des Regenwaldes ein. Dort sollen Palmölplantagen entstehen. In der Zeit, als wir unsere Klimapartnerschaft eingegangen sind, fand er auf dem Küchentisch Patronen in der Anzahl seiner Familienangehörigen und einen Zettel, auf dem stand: Schade, dass ihr nicht zu Hause wart. - So geschehen in unserer Klimapartnerstadt Yarinacocha.

In Minsk in Belarus arbeitet ein junger belarussischer Mann in der Öffentlichkeitsarbeit für eine deutsche Stiftung zur geschichtlichen Aufarbeitung der Schoah. Er setzt sich für die Demokratiebewegung ein, wird vom KGB verfolgt und musste im Dezember fliehen.

Mit dieser Stiftung arbeitet auch unser NSDOK eng zusammen, weil Kölner Jüdinnen und Juden nach Minsk deportiert und ermordet wurden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Köln hat durch die internationalen Aktivitäten viele Berührungspunkte mit Ländern, in denen Menschenrechte missachtet werden und Menschen akut bedroht sind. Das darf uns nicht kaltlassen und lässt uns auch nicht kalt. Wir wollen Verantwortung übernehmen.

Ich freue mich über die breite Zustimmung zu diesem Antrag, weil dies ein wichtiges Signal an die Menschen in unseren Partnerstädten ist. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Spehl das Wort.

Felix Spehl (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Zuschauer am Livestream! Es war eine wunderbare Rede, der ich jetzt nachfolgen darf.

Unsere Heimat steht ja worldwide für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Als Teil der jungen Generation muss ich sagen, dass ich immer häufiger erlebe, dass viele Menschen vor allem meiner Generation es als eine sehr große Selbstverständlichkeit wahrnehmen, in welchem freien und glücklichen Land wir doch am Ende leben dürfen. Aber es ist wahrlich keine Selbstverständlichkeit.

In vielen Ländern dieser Welt ist die Realität ziemlich traurig: Verfolgung, Gewalt, Willkür. Das ist das tägliche traurige Programm in so vielen, vielen, vielen Ländern.

Die Anknüpfungspunkte, weswegen man verfolgt werden kann, sind endlos. Es gibt die falsche Religion, das falsche Geschlecht, die falsche sexuelle Orientierung, die falsche Ethnie oder die falsche politische Gesinnung. Um einmal einen Punkt herauszugreifen: Auf der Welt werden allein 360 Millionen Christen verfolgt, weil sie Christen sind. Es gibt noch weitere Gruppen, die sich ob religiöser Zugehörigkeit oder Ethnie Verfolgung ausgesetzt sehen.

Es ist wirklich traurig. Wir müssen auch hier ein Zeichen setzen.

Umso wichtiger ist es, dass man vor allem an die Menschen anknüpft, die vor Ort dagegen aufstehen und sagen: Wir akzeptieren das hier nicht mehr. Wir akzeptieren diese Situation nicht mehr. Wir wollen andere Verhältnisse haben und für die Menschenrechte wie Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Gleichheit und Menschenwürde eintreten.

Jedoch folgen diesem Aktivismus noch mehr Verfolgung und noch mehr Gewalt. Herr Bürgermeister Andreas Wolter hat gerade schon Beispiele genannt.

Mit diesem Stipendium leisten wir als Stadt Köln einen eigenen kleinen, bescheidenen Beitrag für ihren Schutz und ihre Zukunft. Dementsprechend kann man, glaube ich, wirklich sagen, dass wir hinter denjenigen stehen wollen, die in erster Reihe für das kämpfen, was wir unsere Werte nennen.

An dieser Stelle will ich auch über die Fraktionsgrenzen hinweg eine Person ein bisschen ehren und ihr danken, und zwar dem Mitinitiator Bürgermeister Andreas Wolter für sein Engagement hier in dem Menschenrechtsbereich. Er ist Initiator dieser Idee gewesen. Ich kann sagen, dass sie mir sehr gut gefällt. Vielen lieben Dank.

(Beifall)

Es ist schon sehr viel gesagt worden. Deswegen will ich jetzt auch schließen. Ich hoffe auf eine sehr breite Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 31

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Stadt Köln steht - darauf sind wir auch durchaus stolz - für Toleranz und Weltoffenheit. Das ist jedenfalls heute der Fall. Leider gab es in Köln auch andere Zeiten. Man muss nur an die Zeit zwischen 1933 und 1945 denken, als das hier ganz anders aussah.

Insofern ist es völlig richtig, dass es unser aller Aufgabe ist, die Aufgabe aller Bürgerinnen und Bürger hier in Köln, für Toleranz und Weltoffenheit einzutreten und das nicht nur zu predigen, sondern tatsächlich Taten folgen zu lassen.

Heute sind wir an einem Punkt, an dem wir etwas tun. Damit können wir vielleicht nur einen Tropfen auf den heißen Stein geben. Aber immerhin ist es eine Tat, mit der wir für Menschenrechte und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten eintreten, die heute unter Bedingungen leiden, die Gott sei Dank in unserem Land keine Rolle mehr spielen.

Dieses Stipendium, das Gegenstand dieses Antrags ist, ist sicherlich ein guter und richtiger Weg.

Es ist auch keine komplette Neuerfindung; das wurde ja schon gesagt. Ich darf nur daran erinnern, dass die Elisabeth-Selbert-Initiative des Auswärtigen Amtes, von Heiko Maas 2020 in die Welt gerufen, sich da ganz ähnlich verhält.

Vielleicht erlauben Sie mir den kleinen Einschub: Die Sozialdemokratin Elisabeth Selbert war eine der Mütter des Grundgesetzes. Sie hat ganz entscheidend dafür gekämpft, dass der Art. 3, Gleichberechtigung, heute so ist, wie er ist, und wirklich als Auftrag an den Staat verstanden wird, für Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und überhaupt zwischen allen Menschen zu sorgen.

Wir sind uns, glaube ich, schnell einig, dass dies hier eine gute Initiative ist. Deswegen sind wir gerne Mit Antragsteller dieses Antrags geworden und unterstützen das natürlich auch.

Uns muss aber klar sein, dass mit dieser Initiative auch eine große Verantwortung einhergeht. Denn es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Erst einmal sind es nur zwei Plätze. Umso wichtiger ist, wer denn für diese zwei Plätze ausgewählt wird,

und insbesondere, wer vielleicht nicht ausgewählt wird. Das kann ja für die Leute erhebliche Konsequenzen haben. Ich will gar nicht davon reden, dass es eine Frage von Leben und Tod sein kann. Aber selbst das ist nicht völlig ausgeschlossen.

Deshalb ist mir ganz wichtig, dass bei der Erarbeitung des Konzepts durch die Verwaltung Wert darauf gelegt wird, dass das Gremium, das diese Plätze vergibt, möglichst unabhängig und vor allen Dingen möglichst mit Experten besetzt wird, die ein vertieftes Bild haben, wo es am nötigsten und am drängendsten ist. Die Auswahl zu treffen, wird eine sehr schwierige Aufgabe. Aber umso wichtiger ist es, dass diese Aufgabe von Leuten übernommen wird, die über jeden Zweifel erhaben sind und auch die entsprechende Expertise haben. Deswegen bitte ich die Verwaltung, bei der Erarbeitung des Konzepts besonderen Wert darauf zu legen, zu überlegen, wie dieses Gremium besetzt wird und wie diese Unabhängigkeit und Expertise gewährleistet werden kann.

Am Ende liegt hier auch noch ein Änderungsantrag der FDP vor. Darin geht es im Kern darum, wenn ich das richtig sehe, dass nicht nur der AVR und der Finanzausschuss Entscheidungsgremien sind, sondern auch der Ausschuss für Soziales und Senioren und der Integrationsrat. Dagegen spricht aus meiner Sicht überhaupt nichts. Ich habe ja gerade gesagt, wie wichtig die Konzeptionierung ist und wie viel Verantwortung damit auch einhergeht. Deshalb kann es überhaupt nichts schaden, wenn da noch zwei Gremien mehr in Form einer wirklichen Entscheidung draufgucken. Insofern werden wir dem Änderungsantrag zustimmen.

Am Ende des Tages oder am Ende dieser Rede - am Ende des Tages sind wir noch nicht - glaube ich, dass dies ganz wichtig ist. Es ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Es ist ein wichtiger Tropfen. Es ist vor allen Dingen ein Signal, dass wir es mit Weltoffenheit und Toleranz ernst meinen und das nicht nur so dahergesagt ist. Insofern werben wir natürlich auch für die Zustimmung zu diesem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Niknamtavin, bitte.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 32

Sarah Niknamtavin (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns, dass wir heute Stipendien für Schutzaufenthalte beschließen werden. In Köln finden seit Langem bedrohte Aktivist*innen Schutz und eine zweite Heimat.

Prominente Beispiele sind der sowjetische Menschenrechtler Alexander Solschenizyn, den Heinrich Böll in den 70er-Jahren in seinem Haus unterbrachte, oder die vielen bedrohten Menschen aus der Türkei, Griechenland und anderen Ländern, die Günter Wallraff unterstützte und aufnahm.

Wir unterstützen auch alle Kölner*innen, die in ihre Ursprungsländer zurückreisen und dort Repressionen ausgesetzt sind. Das konnten wir erst letzte Woche sehen, wie der Kollege Wolter richtig aufgegriffen hat, als unsere ehemalige Ratskollegin Hamide Akbayir nach langer und intensiver Solidaritätsarbeit aus der Türkei ausreisen konnte.

Deshalb ist es nur folgerichtig, wenn wir in Köln ein Angebot für verfolgte Menschen schaffen.

Zwei Stipendien für bedrohte Menschen sind allerdings erst ein Anfang. Wir werden schauen müssen, ob ein zeitlich begrenzter Aufenthalt dazu führt, dass diese Menschen auch wirklich sicher sind. Eine erzwungene Rückkehr in das Land, das ihnen keinen Schutz gewährt, darf und sollte sich nicht ereignen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich hoffe allerdings, dass wir weiter an einer Welt bauen, in der diese Stipendien überflüssig werden und Menschen freiwillig nach Köln kommen, weil sie hier leben wollen, und nicht gezwungenermaßen, weil sie daheim nicht mehr sicher sind. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN, dem Bündnis 90/Die Grünen und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

(Zuruf von Stefanie Ruffen [FDP])

- Wir haben erst die Antragstellerinnen und Antragsteller, Frau Ruffen.

(Zuruf)

- Das ist ein Änderungsantrag. Bitte erst die Antragstellerinnen und Antragsteller. - Frau Venturini, bitte.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer*innen! Wer Menschenrechte schützt, braucht oft selbst Schutz.

Laut einem Bericht von Amnesty International hätten die allermeisten Angriffe gegen Menschenrechtsverteidiger*innen verhindert werden können, wenn die Staaten ihre Menschenrechtsverpflichtungen ernst genommen und auf Drohungen und andere Missbräuche reagiert hätten.

In zu vielen Ländern der Welt wird wenig oder gar nichts unternommen, wenn Menschenrechtsverteidiger*innen bedroht werden. Oft werden Drohungen von den Behörden nicht gründlich untersucht, und es gibt auch gar keine klare öffentliche Verurteilung von Drohungen und Angriffen.

Die Auswirkungen gehen weit über das einzelne Opfer hinaus. Nicht nur deren Familien, Freunde und andere Menschenrechtsverteidiger*innen sind betroffen, sondern die gesamte Gesellschaft. Denn sie verursachen Traumata, senden eine abschreckende Botschaften und halten andere davon, ihre Menschenrechte einzufordern.

Durch ihr Tun bzw. das Unterlassen senden die Staaten das Signal, dass Menschenrechtsverteidiger*innen ein berechtigtes Ziel sind.

Wir hier in Köln möchten den Menschen, die sich für ihre Mitmenschen starkmachen, in unserer Stadt Wertschätzung und einen sicheren Ort bieten. - Herzlichen Dank an alle Antragstellenden und vielen Dank für Ihre Zustimmung.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Entschuldigen Sie, Frau Ruffen. Jetzt hat sich Frau Gabrysch gemeldet, die noch zu den Antragstellern gehört - im letzten Moment. Es tut mir leid. Hier gibt es immer wieder die Bitte, vorher zu sagen, dass man spricht. Aber das ist nicht immer möglich. - Frau Gabrysch.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 33

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Genau. Ich dachte eigentlich, dass ich überall mit draufstehe, wo es Rederunden gibt. Entschuldigung. - Ich wollte auch nur kurz aus Sicht der KLIMA FREUNDE auch etwas dazu sagen. Den KLIMA FREUNDEN sind Klimaschutz und Klimagerechtigkeit wichtig. Da geht es immer auch um soziale Gerechtigkeit und immer auch um die Einhaltung der Menschenrechte. Deswegen begrüßen auch die KLIMA FREUNDE diese Initiative des Kollegen und auch die breite Zustimmung hier im Rat zu diesem Antrag sehr.

Wir hoffen aber natürlich auch, dass das erst einmal der Anfang ist und dass dem noch viele Maßnahmen in diese Richtung folgen werden. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Liebe Frau Ruffen, Sie haben das Wort.

(Stefanie Ruffen [FDP]: Sicher?)

- Ganz sicher.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt kann keiner mehr dazwischenkommen.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin froh, dass ich jetzt auch reden darf. - Um es vorab zu sagen: Die FDP-Fraktion wird heute natürlich dem vorgelegten Antrag zustimmen.

Die Gründe, warum es uns gut ansteht, hier in Köln Frauen und Männer zu unterstützen, die in ihren Heimatländern für Menschenrechte kämpfen, wurden bereits ausführlich dargestellt. Wir können dankbar sein, dass wir in einem freiheitlichen Rechtsstaat leben. Dieser Dank sollte uns zugleich Verpflichtung sein, Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten in anderen Ländern zu unterstützen.

Außerdem versprechen wir uns mit den Stipendiaten, die nach Köln kommen, einen fruchtbaren Dialog.

Nach diesen Ausführungen stellt sich aber nun die berechnete Frage, warum wir als FDP nicht als Mittragstellerin auf dem Antrag stehen. Dafür gibt es zwei ganz einfache Gründe.

Der erste Grund ist rein organisatorischer Natur. Wir hatten bis zum Antragsschluss einfach nicht ausreichend Zeit, den Entwurf und unsere heute vorgeschlagene Änderung zu diskutieren.

Der zweite Grund bezieht sich auf unseren heutigen Änderungsantrag. Auf den ersten Blick scheint dieser Antrag hauptsächlich organisatorischer Natur zu sein. Laut Hauptantrag sollen nur die Ausschüsse über das Stipendienkonzept entscheiden, die sich mit den verwaltungstechnischen bzw. finanziellen Aspekten beschäftigen, nämlich der AVR und der Finanzausschuss. Der Sozialausschuss, der Integrationsrat und der Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit sollen das Konzept nur als Mitteilung erhalten. Im Hinblick auf den Unterausschuss Regionale Zusammenarbeit können wir das auch nachvollziehen, da er bisher noch gar nicht getagt hat und wir auch nicht wissen, wann er denn tagt.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, natürlich sind Organisation und Finanzen wichtig. Aber geht es in diesem Antrag nicht vor allem um einen humanitären und politischen Ansatz? Das Thema Menschenrechte gehört doch in die Ausschüsse, die sich vorrangig mit dem Schicksal von Menschen mit ausländischer Herkunftsgeschichte beschäftigen. Und das sind der Sozialausschuss sowie der Integrationsrat.

Im Antrag steht zwar unter Punkt 3, dass geeignete Organisationen und Einrichtungen bei der Erarbeitung des Konzepts mit einbezogen werden sollen. Das halten wir auch für richtig. Aber die Beratungen finden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. In den Medien und in der Öffentlichkeit wird nachher kommuniziert: Der Finanzausschuss bzw. der AVR haben beschlossen - ein falsches Signal, wie wir meinen.

Mit Verlaub: Bei aller Kompetenz der Kolleginnen und Kollegen in Finanzausschuss und AVR sind die Vertreterinnen und Vertreter insbesondere im Integrationsrat hier die besseren Expertinnen und Experten - auch, weil sie häufig aus eigener Anschauung wissen, wie das Leben in einem Unrechtsstaat aussieht.

Der Integrationsrat beklagt häufig, dass er nur unzureichend in die Beratung und Beschlussfassung politischer Vorlagen einbezogen wird. Hier ist eine gute Gelegenheit, dem Anliegen des Integrationsrates gerecht zu werden.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 34

Im Gegensatz zu unserem schriftlich vorliegenden Änderungsantrag haben wir soeben gemeinsam besprochen, dass wir den Integrationsrat zur Vorberatung mit in die Folge aufnehmen und im Sozialausschuss eine Mitteilung über die Ergebnisse erhalten wollen.

Wir bitten Sie also, diesem Antrag so zuzustimmen, und freuen uns, dadurch gemeinsam mit allen mitzumachen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Gürzenich und am Livestream! Wir werden heute den Antrag ablehnen. Ich will Ihnen das auch genau erklären. Wir sind pro Menschenrechte. Es gibt, glaube ich, keine Partei, die sich aktuell so sehr für die Versammlungsfreiheit und Meinungsfreiheit in diesem Land einsetzt wie die unsere. Nichtsdestotrotz glauben wir, dass die Außenpolitik nicht Sache des Kölner Stadtrats ist und wir vielleicht auch erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren sollten.

Die meisten haben ja heute auch einen Antrag gegen die Spaziergänger eingebracht, die sich für Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit, die im Grundgesetz niedergeschrieben ist, einsetzen, womit sie diese stigmatisieren wollen. Deshalb sind wir der Meinung, dass man erst einmal vor der eigenen Haustüre kehren sollte. Wir haben eine Innenministerin, die den Leuten sagen will: Gehen Sie gefälligst nicht demonstrieren. - Nein, es ist deren ganz persönliche Sache, dass sie sich für Grundrechte einsetzen. Wir haben eine Regierung, die plant, Telegram stillzulegen. Das machen totalitäre Regime, meine Damen und Herren.

Deswegen sind wir der Meinung: Die deutsche Außenpolitik ist gut in Berlin aufgehoben. Das ist Sache des Bundestages, nicht des Kölner Stadtrats. Wir sollten lieber vor der eigenen Haustüre kehren. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht mehr.

Ich habe von Herrn Dr. Krupp die Erkenntnis, dass der Änderungsantrag der FDP übernommen wird.

(Zurufe)

- Habe ich das falsch verstanden?

(Zurufe)

Herr Dr. Krupp, wie durfte ich Sie verstehen?

(Ralph Sterck [FDP]: Der von Frau Ruffen mündlich geänderte Antrag!)

- Der von Frau Ruffen mündlich geänderte Änderungsantrag?

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Für das komplette Antragsportfolio konnte ich nicht sprechen und wollte ich nicht sprechen. Ich wollte damit zum Ausdruck bringen: Wir als SPD würden diesem Änderungsantrag zustimmen.

Wenn ich das aber richtig verstanden habe, ist es in der Form, wie Frau Ruffen es jetzt gesagt hat, auch für die anderen Antragsteller so in Ordnung. Aber das mögen die bestätigen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. - Und Beschlussgremium, meine Damen und Herren, ist dann der AVR? Die anderen Gremien sind vorberatend? So ist es jetzt richtig zu beschließen?

(Zurufe: Ja!)

- Gut. - Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der FDP in dieser Form abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist er so beschlossen.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag in geänderter Form abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

3.1.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Unisex-Toiletten an Schulen“

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 35**AN/0120/2022****Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/0300/2022****Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP und Volt
AN/0307/2022**

Ich gebe Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe es noch nie erlebt, dass ein an sich so kleines Thema so viel Aufmerksamkeit im Vorfeld bekommt. Die Aufmerksamkeit war natürlich nicht nur positiv. Ich gehe auch gerne gleich auf die geäußerten Vorbehalte ein.

Worum geht es hier eigentlich? - Auf Wunsch aus der Schülerschaft - also, ich gebe zu, es war nicht unsere eigene Idee - haben wir uns dieses Themas angenommen. Schüler fordern an ihren Schulen Unisex-Toiletten, um Transjugendlichen die Entscheidung - und damit einhergehend die Ausgrenzung - zu ersparen, sich für ein Geschlecht entscheiden zu müssen. Das ist sehr progressiv gedacht und vor allem sehr empathisch. Zusätzlich ist es auch recht praktisch, denn sowohl Mädchen als auch Jungen stehen damit mehr Möglichkeiten zur Verfügung und bei geschickter Anlage der Toiletten sogar kürzere Wege.

Die häufigsten Gegenargumente kann man schnell entkräften. Da wären:

Gerade Mädchen schämen sich häufig, und mit einsetzender Periode brauchen sie einen Schutzraum! - Ja, den wollen wir ihnen gar nicht nehmen. Es soll an Schulen auch weiterhin geschlechtergetrennte Anlagen geben.

Was das wieder kostet und das nur für eine kleine Minderheit! - Klar, wir müssen uns a) auch um Minderheiten kümmern, denn auch die haben Rechte, und b) habe ich die Vorteile für alle eben schon aufgezeigt. In Bestandschulen gibt es keine Mehrkosten, wenn Toilettenanlagen ohnehin saniert werden müssen, und noch einfacher ist es, wenn das Raumschild lediglich ausgetauscht werden muss. In Neubauten hingegen würde ich von Kostenneutralität sprechen. Bei den im gemeinsamen Änderungsantrag geforderten, ausschließlichen Unisex-Toiletten in öffentlichen Gebäuden

würde ich als Architektin sogar vielleicht von Raumersparnis sprechen, denn die Thematik Zugänge und Vorräume reduziert sich ganz enorm.

Ganz interessant wird dann der Zuruf: Dann sollte man gleich einen Kondomautomat dort aufhängen! - Das halte ich grundsätzlich für eine gute Idee - auf allen Toiletten.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, sehr geehrte Damen und Herren, die Sie bei diesem Zuruf zustimmend nicken: Was glauben Sie, was Jugendliche, die sich auf Partys, auf Klassenfahrten, im eigenen Zimmer, im Schwimmbad treffen, plötzlich machen, wenn sie sich in einer Toilettenanlage gegenüberstehen?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, unterstützen wir die nachvollziehbaren Wünsche aus der Schülerschaft! Schaffen wir aus den gleichen Gründen auch in öffentlichen Gebäuden die Geschlechtertrennung im Toilettenbereich ab!

Zum Änderungsantrag der LINKEN sei gesagt: Das ist zwar sicher ganz gut gemeint, aber eigentlich verhindert es nur die Umsetzung. Schulen dazu zu zwingen, obwohl es keinen Bedarf gibt, schafft mehr Probleme als Lösungen. Deswegen sehen wir die Schulkonferenz noch immer als beschließendes Organ. Die Forderung, dass diese Unisex-Toiletten immer behindertengerecht sein sollen, ist auch eine starke, nicht notwendige Einschränkung, denn Behindertentoiletten sind immer schon unisex und müssen übrigens überall sowieso vorhanden sein. Daher bitte ich Sie, unserem gemeinsamen Ersetzungsantrag zuzustimmen, aber den Änderungsantrag der LINKEN hier abzulehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hölzing-Clasen das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auch draußen an den Bildschirmen! Das Bundesverfassungsgericht hat im Oktober 2017 entschieden, dass es neben den binären Geschlechtern weiblich und männlich eine dritte Option eines Geschlechtseintrags in das Geburtenregister geben muss. Damit erkennt

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 36

der Staat an, dass es neben Frauen und Männern auch Menschen mit anderen Geschlechtern gibt. Im Alltag sehen wir das schon häufiger, zum Beispiel bei Jobanzeigen. Dort werden Menschen für Berufe gesucht, und immer häufiger findet man in den Bewerbungsanzeigen neben „m“ für männlich und „w“ für weiblich auch das „d“ für divers.

Für viele von uns hier ist es unproblematisch, eine Toilette aufzusuchen. Für alle Menschen, die aber weder männlich noch weiblich sind, kann die Toilettenfrage allerdings schnell zu einem großen Problem werden, besonders während der schwierigen und sensiblen Zeit der Pubertät. Es geht nicht mehr nur um Respekt und Anerkennung von Trans- und nichtbinären Menschen. Es geht darum, Menschen eine Möglichkeit zu geben, auf eine Toilette zu gehen - ohne Scham und ohne Anfeindung!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der LINKEN und bei Volt)

Danke für die Initiative von der FDP, bei allen Schulen, die neu gebaut werden, das jetzt mitzudenken. Aber es geht uns eben nicht nur um Schulen. Wir meinen, das Thema muss größer gedacht werden. Es geht um alle Gebäude, die wir als Stadt errichten. Dabei soll Köln als gutes Vorbild vorangehen und unsere Planung und Gebäude an die Lebensrealität anpassen.

Dem Antrag der LINKEN wollen wir nicht zustimmen. Wir halten es nicht für nötig, noch weitere konkrete Vorgaben zu machen. Die Intention unseres Antrags ist auch so klar. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Unisex-Toilette gibt es überall dort, wo wenig Platz vorhanden ist bzw. der Platz eigentlich zu teuer ist, wie zum Beispiel in Zügen oder Fernbussen. Gerade in Bezug auf die Eisenbahn ist die Unisex-Toilette also nicht neu, sondern eher ein alter Hut. So bin ich davon überzeugt, dass wir hier über den vorliegenden Antrag der FDP-Fraktion und den Änderungsantrag der anderen Fraktionen - also von Volt, Grüne, CDU und

FDP - ganz entspannt diskutieren und dann einfach zustimmen können. Der Antrag ermöglicht nämlich Schulen per Schulkonferenzbeschluss - und es ist uns wichtig, dass Schulkonferenzen autark entscheiden können und damit ihre eigene Autonomie behalten - die Einrichtung von Unisex-Toiletten und bietet somit die Möglichkeit, dass Menschen, die keine Geschlechtszuordnung führen, einfach eine Unisex-Toilette nutzen können.

Ich als praktisch denkender Mensch sehe bei Unisex-Toiletten noch mehr Vorteile. So ergibt sich die Möglichkeit, wenn andere Toilettenräume voll ausgelastet sind - ich also Schlange stehen müsste -, einfach die Unisex-Toilette zu nutzen. Um das Ganze zu verdeutlichen, warum häufig nicht ich, sondern eher Frauen Schlange stehen müssen, erklärte die Landeskonferenz der Gleichstellungsbeauftragten der Hochschulen und Universitätskliniken in einer öffentlichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses des Landtags im Januar 2018 beispielsweise, dass in Hochschultoiletten mit hoher gleichzeitiger Nutzung, also etwa in der Nähe von Hörsälen, zwei Toiletten auf hundert Studenten kämen, während bei Studentinnen 1,2 Toiletten für hundert Nutzerinnen zur Verfügung stünden. Zur Entschärfung dieses Problems wurde darum für die Hochschulen unter anderem vorgeschlagen, Unisex-Toiletten einzurichten. Durch den freien Zugang für alle Personen wird insbesondere transidenten Personen die Nutzung von Toiletten ermöglicht.

Und weiter heißt es dort: Zudem ließen sich diese Toiletten auch gut für die Anbringung von für alle Geschlechter zugänglichen Wickelmöglichkeiten nutzen. - Eine lange Forderung, die wir dringend brauchen. Alle sollen die Möglichkeit haben, ihre Kinder auf Toiletten wickeln zu können.

(Beifall)

Gut kann ich mich übrigens an meine Schulzeit erinnern. Dort gab es für jeden Jahrgang eine eigene Einzeltoilette - getrennt nach Geschlechtern. Das konnte ich noch nie so richtig verstehen, weil ich eine Einzeltoilette im Grunde auch geschlechtsunabhängig besuchen kann.

Feststellen möchte ich aber auch, dass die Schulen nicht die letzten öffentlichen Gebäude sein dürfen, und deswegen danke ich den Änderungsantragstellern. Dem Ganzen können wir zustimmen! Ich fasse mich kurz: Meine Fraktion, die

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 37

SPD, stimmt dem Antrag zu und auch dem Änderungsantrag von Grünen, Volt, CDU und der FDP.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Die Gesellschaft verändert sich, und das ist auch gut so! Als ich jung war, waren Transgendermensen nicht sichtbar. Wer anders war als die Mehrheit, hatte Glück, wenn er oder sie geduldet wurde. Meistens hatten Kinder und Jugendliche, die darunter fielen, nichts zu lachen. Das ändert sich gerade in immer mehr Feldern, und das unterstützen wir! Wir wollen keine Ausgrenzung. Jeder soll so sein können, wie er oder sie nun einmal ist. Das fängt für Transgenderkinder und -jugendliche zwar nicht erst in der Schule an, aber die Schule ist ein wichtiger Ort. Hier verbringen sie mindestens zehn Jahre ihres jungen Lebens. Unisex-Toiletten sind deswegen ganz wichtig, um allen zu zeigen, dass es normal ist, weder männlich noch weiblich zu sein. Kinder und Jugendliche sehen diese Toiletten von Anfang ihrer Schulzeit. Sie wachsen dadurch mit dem Wissen auf, dass es Geschlechter jenseits von Männern und Frauen gibt. Vielleicht ist das das entscheidende Erlebnis für sie. Vielleicht fängt ihr Weg, sich über ihr wahres Geschlecht bewusst zu werden, hier an. Vielleicht lernen sie hier, das auch selbstbewusst gegenüber ihrer Umwelt zu vertreten. Wir halten das Anrecht auf eine entsprechende Toilette für ein unveräußerliches Recht der Betroffenen.

Jetzt komme ich zu dem Änderungsantrag, den mehrere Fraktionen unterschrieben haben. Er kam sehr kurzfristig und wurde heute erst eingestellt, deswegen haben wir uns auch nicht so schnell damit so richtig befassen können. Wir als Fraktion können mit dem Änderungsantrag vom 03.02. mitgehen, wenn Punkt 1 gestrichen wird und unser Vorschlag, den ich noch einmal vorlesen möchte, dort ergänzt wird:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bei zukünftigen Neuplanungen von Schulen Unisex-Toiletten ... in das Raumprogramm aufzunehmen. Dabei ist darauf zu achten, dass alle Schüler sowohl eine

Unisex-Toilette als auch eine geschlechtergetrennte Toilette mit realistischem Zeitaufwand erreichen können. Bei größeren Schulen können deswegen auch mehrere Unisex-Toiletten vonnöten sein.

Alles Übrige von unserem Antrag kann gestrichen werden. Es geht nur darum, diesen Punkt als Punkt 1 zu ergänzen.

Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass es in Hamburg schon gelebt wird: In Hamburg werden Unisex-Toiletten obligatorisch in allen neuen Schulen eingebaut. Die Entscheidung trifft die Schulleitung mit dem Architektenbüro. Im September 2021 hatten sich bis dahin alle elf Schulen dafür entschieden. So kann auch die Kölner Schulverwaltung die Aufnahme von Unisex-Toiletten in das Raumprogramm vorsehen. Um das klarzustellen: zusätzlich zu geschlechtergetrennten Toiletten.

Wir würden uns freuen, wenn Sie unserem Ergänzungsantrag mit diesem einen Punkt nachfolgen würden. Zudem bitten wir darum, Frau Oberbürgermeisterin, die einzelnen Punkte separat abzustimmen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann hat jetzt Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen im Saal und diejenigen, die jetzt immer noch vor dem Stream sind! Wir möchten auch der FDP herzlich für diesen Vorstoß danken. Und ich möchte auch dem Kollegen von der SPD für die schöne Ausführung in seiner Rede danken. Das will ich auch gar nicht wiederholen. Ich möchte aber trotzdem ein paar Worte sagen, denn wie ihr wisst, ist für Volt das Thema Toiletten und besonders die Schaffung neuer Toiletten und zeitgemäßer Konzepte ein besonders wichtiges Anliegen.

Diese Neuerung kann gerade für nichtbinäre und intergeschlechtliche Menschen besonders im schulischen Umfeld eine enorme Verbesserung darstellen. Das hat, anders als im FDP-Antrag beschrieben, wenig mit Transmenschen zu tun. Das dritte Geschlecht und eine Transidentität sind un-

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 38

terschiedliche Dinge und sollte hier nicht vermischt werden; denn Transmänner benutzen Männertoiletten und Transfrauen Frauentoiletten.

Natürlich kann das Angebot einer Unisex-Toilette dennoch für Jugendliche, deren Transidentität vielleicht noch mit einigen Unsicherheiten behaftet ist, vielleicht auch noch ganz neu ist, oder die im Schulfeld unter Mobbing leiden, eine Erleichterung im Alltag darstellen - deshalb hier nicht ganz falsch.

Wir freuen uns, diesen Fortschritt heute gemeinsam mit euch auf den Weg zu bringen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, das wird eine komplizierte Abstimmung. - Ach so, das habe ich nicht gesehen. - Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich mache es mal hier vom Platz aus. Wir haben auch über den Antrag der FDP diskutiert und sind, ehrlich gesagt, nicht so recht zu einem Entschluss gekommen. Jetzt prasselten noch gefühlte 35 Änderungsanträge auf uns ein.

Wir haben uns überlegt: Wir würden das gerne verweisen lassen, und zwar in den Gleichstellungsausschuss und in den Ausschuss für Soziales und Senioren. Vorstellbar ist, dass es da noch einige „Stakeholder“ - um in FDP/Volt-Sprache zu sprechen - gibt, die da das eine oder andere Wörtchen mitreden wollen, und vorstellbar ist auch, dass sie in diesen Ausschüssen vertreten sind. Deswegen beantragen wir die Verweisung in den Gleichstellungsausschuss und den Ausschuss für Soziales und Senioren. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und welcher Ausschuss soll entscheiden, Herr Hock, wenn ich jetzt darüber abstimmen lasse?

Michael Hock (Die FRAKTION): Gleichstellungsausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine weitere Wortmeldung von Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Die Klimafreunde sind von diesem Antrag hellauf begeistert und danken für die Initiative und freuen sich erst recht, dass es jetzt nicht nur bei Schultoiletten bleibt. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich noch einmal, ob noch jemand das Wort wünscht. Wenn das nicht der Fall ist, erläutere ich Ihnen, wie ich beabsichtige abstimmen zu lassen: zunächst über den Antrag auf Verweisung in den Gleichstellungsausschuss und in den Sozialausschuss - entscheidendes Gremium: Gleichstellungsausschuss -, anschließend über den Änderungsantrag der LINKEN, dann über den gemeinsamen Änderungsantrag, und zwar Punkt 1 getrennt - so könnte man das ja machen -, Punkt 2 bis 4 zusammen und am Ende natürlich die Gesamtabstimmung. Also, es müsste dann so möglich sein, wie ich glaube, dass Sie beabsichtigen zu agieren.

(Zurufe: Ja!)

Zunächst der Verweisungsantrag: Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Dann ist das abgelehnt.

Dann lasse ich über den Änderungsantrag der LINKEN abstimmen: Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Von der Fraktion Die FRAKTION. Dann ist das nicht beschlossen, also abgelehnt.

Dann lasse ich über den gemeinsamen Änderungsantrag abstimmen, und zwar zunächst über Punkt 1. Gibt es Gegenstimmen? - Von der LINKEN und der AfD. Gibt es Enthaltungen? - Von der FRAKTION. Dann ist das angenommen.

Jetzt lasse ich über die Punkte 2 bis 4 abstimmen. Gibt es dazu Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Der FRAKTION.

Dann komme ich jetzt zur Gesamtabstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen?

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 39

- Der FRAKTION. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Dann komme ich jetzt zu den gemeinsam zu behandelnden Punkten, wie bei der Tagesordnung eben beschlossen:

**3.1.7 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Strategie für die Außengastronomie“
AN/0153/2022**

**Änderungsantrag von RM Zimmermann
(GUT Köln)
AN/0295/2022**

**3.1.8 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., FDP und von RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) betreffend „Verzicht auf Gebühren für Außengastronomien verlängern“
AN/0176/2022**

Als Erstes gebe ich Frau Karadag das Wort.

Derya Karadag (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Verehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Verwaltung! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Kölner Rat! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Meine Familie wohnt im Kölner Umland, und immer, wenn sie mich im schönen Belgischen Viertel besucht, kommt die Frage: Kann man denn bei dir gut parken? - Und meine Antwort ist immer: Nein, man kann hier nicht gut parken! Man kann hier aber sehr gut leben!

Zu diesem guten Leben trägt auch die Gastronomie in Köln bei - ganz maßgebend sogar. Die Gastronomie, eine Branche, die das ureigenste Bedürfnis der Kölnerinnen und Kölner nach Geselligkeit, nach Durst und nach Hunger stillt. All das macht die Gastronomie. Diese Branche kümmert sich seit Corona nicht mehr nur um die Bewirtung der Gäste. Diese Branche kümmert sich um Impfpässe, Abstandsregeln, Maskenpflicht, Coronaschutzverordnungen, Ordnungsamtkontrollen und all das. All das ist eine enorme Belastung für die Gastronomie.

Wir als Kölner Ratsbündnis aus Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt sehen diese herausfordernde Lage, und wir unterstützen die Branche mit unserem Antrag „Eine Strategie für die Außengastronomie“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Unsere Wirtschaftspolitik für Köln greift nicht zu kurz. Unsere Wirtschaftspolitik für Köln ist nachhaltig. Deswegen möchten wir mit unserem heutigen Antrag eine dauerhafte Nutzung der Außengastronomieflächen in Köln verankern und ein langfristiges Konzept gemeinsam mit allen Beteiligten erarbeiten.

Man könnte auch eine einfachere Lösung anbieten. Eine einfachere Lösung geht natürlich immer: Teilerlass, Erlass von Nutzungsgebühren. Das haben wir schon einmal gemacht. Das haben wir im Lockdown gemacht; zum Glück ist gerade kein Lockdown. In der Wirtschaft wird gewirtschaftet. Und aus Gleichbehandlungsgründen muss ich jetzt auch einmal auf andere Branchen hinweisen, denen es auch schlecht geht und die gerade gar nicht wirtschaften: Club- und Veranstaltungsbranche, Hotellerie. Die Stadtdirektorin hat in der aktuellen Stunde noch viel mehr aufgezählt.

Der Gebührenerlass war letztes Jahr richtig. Dieses Jahr brauchen wir keine Quick-and-dirty-Lösung ohne Perspektive. Dieses Jahr brauchen wir etwas, was nach vorne geht und unserer Wirtschaft aus Corona weiterhilft und dauerhaft hier verankert wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei Volt)

Unser Antrag bietet der Gastronomie ein Mehr an. Wir stellen das Wertvollste zur Verfügung, was wir in Köln haben: unsere knappe Ressource Grund und Boden. Wir wollen die neugewonnenen Außengastronomieflächen dauerhaft im Stadtbild integrieren. Und wer nutzt, der muss auch zahlen! Das ist allen Unternehmerinnen und Unternehmern klar, egal ob sie vor oder hinter der Theke wirtschaften. Klar ist aber auch, dass die Gastronomie hier ein ziemlich großes Stück vom städtischen Kuchen abbekommt und nicht nur einen kleinen Krümel, wie es zum Beispiel ein Gebührenerlass wäre. Aus diesem Grund bitten wir Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Damit wir in Köln nicht umsonst die „nördlichste Stadt Italiens“ genannt werden, wollen wir mehr Rom für Köln: Sitzen statt parken und leben statt parken, so wie wir Grüne es gerne machen. - Herzlichen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Volt)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 40

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, eines ist uns allen klar: Wir wollen die Gastronomie unterstützen, und das soll auch das Signal sein, das heute dieser Rat aussendet. Warum wollen wir das? Die Kollegin Karadag hat gerade schon eine Bestandsaufnahme gemacht. Ich kann mich dem nur anschließen: Köln ist ein Lebensgefühl, was sich insbesondere auch in der Gastronomie abspielt. Es hat eine wirtschaftliche Dimension - ganz klar. Wir sind eine Veranstaltungsstadt, wir sind eine Messestadt. Wir haben die Kölnarena, wo Konzerte stattfinden. Wir sind eine Stadt, die reich an Kultur ist. Das heißt, wenn hier Ausstellungen sind, kommen die Menschen gerne nach Köln, halten sich hier gerne auf, verbringen ein Wochenende hier, kaufen hier ein und nutzen natürlich auch unsere Gastronomie. Es ist auch völlig richtig, dass die Gastronomie in den letzten Monaten einiges an Belastungen schultern musste und im übrigen Jahr ganze Viertel versorgt bzw. sich auch die Viertel umgekehrt zur Gastronomie bekannt haben.

Wir verfolgen mit unserem Antrag eben keinen kurzfristigen Effekt, sondern eine nachhaltige, langfristige Lösung. Wir glauben, dass die Verwaltung bisher - so auch die Ausführungen im Finanzausschuss -, was das Thema Härtefallregelung betrifft und was das Thema Stundung bei der Gewerbesteuer betrifft, sehr lebensnah gehandelt hat. Und wir glauben auch, dass es möglich ist, dass man in diesem Fall bei den Außengastronomiegebühren über Stundung sprechen kann und dass es auch da ein lebensnahes Handeln unserer Verwaltung gibt.

Deswegen noch einmal ganz klar der Punkt: Nachhaltiges Handeln heißt, wir wollen in der Gastronomie denjenigen, die die Außenflächen benutzen und betreiben, und denjenigen, die sich Konzepte überlegt haben, die Möglichkeit geben, Einnahmeverluste dadurch auszugleichen, dass wir langfristig die Flächen zur Verfügung stellen. Da das teilweise aus der Not heraus geborene Situationen sind, die wir dauerhaft nicht so haben wollen, wollen wir gleichzeitig den öffentlichen Raum - das ist im Antrag unter dem Stichwort „Nutzungskonzept“ hinterlegt - aufwerten und

eine qualitativ hochwertige Möblierung des öffentlichen Raums haben.

Leider verfolgen die Kolleginnen und Kollegen, die rein auf die Gebührenseite gehen und diese betrachten und diese ändern wollen, nur einen kurzfristigen Ansatz. Leider liefern sie auch keinen Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Das ist einer der Gründe, liebe Kolleginnen und Kollegen, warum wir uns schwertun, diesem Antrag zu folgen, und warum wir ihn ablehnen. Ein solider Vorschlag enthält nach unserer Auffassung auch eine solide Gegenfinanzierung, und die bleiben Sie schuldig.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Ich fasse zusammen: Wir bekennen uns ganz klar zu unserer Gastronomie, die zu unserer Stadt gehört, und wir bekennen uns ganz klar zu einer Aufwertung des öffentlichen Raums, zu einer Unterstützung der Gastronomie und einer langfristigen nachhaltigen Lösung für unsere Gastronomie. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Steinmann das Wort.

Lisa Steinmann (SPD): Ich würde gerne genau diesen Moment einmal nutzen, hier vorne anzukommen wie an der Theke. Und darum geht es! - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, das Pult mutet ja so ein bisschen an wie eine Theke, und darum geht es: die Theke als Ort der Geselligkeit, als Ort der Zusammenkunft, als Raum für Humor in seiner relevanten Entlastungsfunktion, aber auch als Raum der Auseinandersetzung und der Konfrontationen von unterschiedlichen Meinungen.

Wie sehr uns genau diese Relevanz der Auseinandersetzung in der Gesellschaft abhandeln gekommen ist, vor allem in den letzten zwei Jahren, das sehen wir nicht zuletzt an vielen Spaziergängen an Montagabenden. Wie sehr aber der Austausch von unterschiedlichen Haltungen auch Bestandteil demokratischer Kultur und einer Ratskultur sein muss, möchte ich hier mahnen.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 41

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein offenes Wort an die Bündnispartner von Grünen, CDU und Volt, denn die Art und Weise, wie Sie hier mit einem wichtigen und relevanten Thema und Antrag umgehen, halte ich für relativ unkollegial, und ich war perplex. Ich sage Ihnen auch warum. Dazu fange ich bei der Genese an.

Als Mitte Januar die Gastronomiebetriebe seitens der Stadt Köln die ersten Schreiben bekamen und die Gebührenbescheide eintrafen, erreichten uns viele Hilferufe auch nichtorganisierter Kleinstbetriebe, nicht zuletzt auch der IG Kölner Gastro, über die Medien. Was haben wir gemacht? Verantwortungsvoll und direkt lösungsorientiert arbeitend haben wir uns als SPD-Fraktion in den ersten Tagen, am 12. Januar, sofort zusammengefunden und einen Antrag entworfen, der - da haben Sie Recht - ein kurzfristiger Lösungsansatz ist, aber nicht minderrelevant, weil er eine existenzielle Ausorientierung hat.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Warum sage ich Ihnen, dass ich perplex war, wie damit umgegangen wurde? Denn wir haben diesen Antrag unmittelbar den demokratischen Fraktionen zur gemeinsamen Fortentwicklung vorgelegt und nahezu eine Woche von Ihnen dazu nichts gehört. Wir sind dankbar, dass FDP, DIE LINKE und Frau Gabrysch da anders agiert und den Nabel der Zeit erkannt haben. Denn mit diesem Antrag haben wir immerhin - und das zeigt ja die heutige Debatte hier - den Stein ins Rollen gebracht, also wunderbar.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie aber dann machen - und deswegen bin ich gar nicht beleidigt, sondern im Gegenteil -: Sie kommen zeitgleich mit einer Absage der Existenzunterstützung einer möglichen Fortsetzung des Gebührenerlasses und kommen mit einem vermeintlichen Gegenentwurf, der ein solcher gar nicht ist. Und das am 20. Januar, also Wochen später! Sie überschreiben mit einer „Strategie“ etwas, wo das eine des anderen bedarf. Wir wissen aus der Gastronomie, und zwar auch aus den Kleinstbetrieben, wenn wir nicht auch weiterhin Soforthilfe leisten, dass viele dieser Betriebe Ihre Strategie und die auch von uns unterstützte, langfristige Entwicklung von Perspektiven überhaupt nicht mehr miterleben werden.

(Beifall bei der SPD)

Beides hilft und beides braucht die Gastronomie: den Gebührenerlass als Soforthilfe und die Perspektive als Planungssicherheit für die Gastronomie.

Möge der von Ihnen so genannte Konsultationskreis konstruktiv arbeiten und vielleicht in diesem Kontext auch langfristig Anwohner befrieden können und Bürger*innen auch Klarheit geben, wie nachhaltige Gestaltung des öffentlichen Raumes, insbesondere von Parkflächen, für alle einen Mehrwert gestalten kann und wie sehr es dieses Ganzheitliche braucht. Das hat auch die Umfrage der IHK bestätigt, bei der Mitglieder mit nahezu 85 Prozent beide Faktoren - auch den Gebührenerlass - bestätigen und fordern.

Und, liebe Bündnis-Fraktionen, wenn Sie wirklich ein Glanzstück in Richtung der organisierten Gastronomie und der Relevanz von Gastronomie nicht nur in diesen, sondern in den langfristigen Zeiten für Köln daraus machen wollen, dann stimmen Sie auch dem Antrag 3.1.8 zu und überwinden den Bann der Eitelkeiten und lassen uns gemeinsam beweisen: Köln macht nicht Symbolpolitik, sondern wir widmen uns der Realpolitik, und Köln kann Wirtschaftspolitik. Ich appelliere an Ihre Unterstützung! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorab: Wir werden den Antrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und Volt unterstützen, denn dieser geht in die richtige Richtung. Ich möchte gerne ausführen warum.

Wir halten die Annahme für richtig, dass sich die Außengastronomie in den nächsten Jahren vergrößern und eine immer wichtigere Rolle im Ausgehenverhalten der Kölnerinnen und Kölner spielen wird. Ein wichtiger Treiber ist mit Sicherheit die Coronapandemie, aber auch vorher war überall das Phänomen zu beobachten, dass sich das Zusammensitzen, Reden und Trinken von den Innenräumen nach außen verlagert hat. Zusammenkünfte, wie wir sie jetzt erleben, gab es vor zwanzig Jahren in dieser Form nicht. Jetzt werden es immer mehr. Wenn wir dem Bedürfnis

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 42

der Menschen, draußen zu sitzen, Rechnung tragen, lassen sich vielleicht auch im Vorfeld Nutzer*innen-Konflikte entschärfen, wie zum Beispiel zwischen Feierwilligen und Anwohner*innen. Deshalb ist es nur logisch, sich jetzt Gedanken darüber zu machen, wo der Raum für dieses Sitzen im Freien herkommen soll und wie die Gastronomen ihn gestalten müssen.

An einer Stelle, liebes Bündnis, sind Sie unserer Ansicht nach deutlich zu kurz gesprungen - Frau Steinmann hat das hier sehr ausführlich dargestellt -: Sie wollen die Sondernutzungsgebühren in gewohnter Höhe erheben, als hätten die Gastronomiebetriebe nicht verheerende zwei Jahre hinter sich, in denen an einen normalen Betrieb meist nicht zu denken war. Hier sind wir als LINKE mal mit der IHK einer Meinung - das kommt nicht so oft vor -, dass das die wenigsten Betriebe stemmen können. Sie müssen darauf achten, dass es noch eine Gastronomie in nennenswertem Umfang für Ihr Konzept gibt. Wir befürchten, dass zu viele Betriebe aufgeben werden müssen.

Ich möchte gerne noch einmal auf unseren Antrag eingehen. Zwei Punkte sind uns wichtig: Die Gastrobotriebe, um die es hier geht, sind keine großen Betriebe, aber sie schaffen viele Arbeitsplätze für Menschen, die keine so guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Deswegen sehen wir es als besonders wichtig an, auch diese Betriebe ausreichend zu unterstützen. Wir glauben, dass es hier eine Schieflage in der Wahrnehmung gibt, welches Unternehmen wie viel Unterstützung in der Pandemie braucht. Nicht nur die großen Unternehmen, von denen jedes einzelne viele, gut qualifizierte Arbeitsplätze bereithält, brauchen ausreichende Unterstützung, auch die vielen Gastrobotriebe mit insgesamt ebenfalls vielen Arbeitsplätzen müssen mehr gefördert werden, denn für sie ist es noch ein langer Weg zum Normalbetrieb, während sich im produzierenden Gewerbe schon vieles normalisiert hat - was ja gut ist!

Der zweite Punkt ist, dass sich die Ausgehgewohnheiten der Menschen verändert haben. Viele sind vorsichtiger geworden. Sie fühlen sich in beengten, geschlossenen Räumen unwohl. Deswegen ist es richtig, die Außengastronomie auszubauen. Mehr Sitzplätze draußen heißt aber für die Betriebe noch lange nicht, Umsätze wie vor Corona erzielen zu können.

(Beifall bei der LINKEN und von Lisa Steinmann [SPD])

Weil es in einer Übergangszeit für viele auch weiterhin schwer sein wird zu überleben, wollen wir für eine begrenzte Zeit auf Gebühren verzichten. Es mag ein kleiner Baustein sein, aber wir halten diesen Baustein für dermaßen wichtig, dass wir diesen Antrag heute gemeinsam gestellt haben, und wir werben dafür, dass Sie diesen Antrag heute mittragen, denn wir tragen auch Ihren Antrag mit. Wir halten auch Ihren Antrag für wichtig. Beide Anträge gemeinsam würden den Gastrobotrieben strategisch am besten helfen.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Der Verzicht der Gebühren noch für dieses eine Jahr ist wichtig für eine Stadt wie Köln, die für ihre Kneipenkultur bekannt ist, denn sonst, meine Damen und Herren, gibt es bald keine mehr! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, auch insbesondere diejenigen, die zugeschaltet sind und vielleicht selbst Gastronomen sind! Um es zuvor zu sagen: Wir stimmen dem Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt auch zu. Das ist gar keine Frage.

Ich dachte heute - aber das ist Köln und auch unsere Kölner CDU anscheinend -, es geht so schnell: Heute noch im „Stadt-Anzeiger“ ein großer Bericht mit Interview des CDU-Mannes, Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, dass er dafür arbeitet, dass diese beiden Anträge zusammengeführt werden. Und da dachte ich: Das schafft er auch! Was darf ich da lesen? Ich zitiere den Vorsitzenden unseres Wirtschaftsausschusses des Rates Dirk Michel:

Wir sollten Gebühren erst dann erheben, wenn auch Einnahmen da sind!

Recht hat der Mann! Recht hat der Mann! Dann soll er uns auch zustimmen!

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 43

Und derselbe Mann wird jetzt hier gleich den Antrag ablehnen. Das ist eine Logik, die ich nicht nachvollziehen kann. Ich glaube, das können auch die vielen Gastronomen, DEHOGA und die IHK nicht. Denen können Sie, Herr Michel, dann antworten. Unsere Antwort ist ganz klar: Wir wollen die Gebühren bei der Situation ein Jahr nicht weiter erheben!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Denn wir müssen alles für unsere Kölner Gastronomie tun, um sie da herauszuholen.

Im Finanzausschuss erhalten wir, durch die Verwaltung hervorragend aufbereitet - noch einmal vielen Dank, Frau Kämmerin -, die Zahlen der Gewerbesteuerentwicklung in Köln. In dieser Aufarbeitung erhalten wir auch das Gewerbesteueraufkommen nach Branchen und die Vergleiche der Einnahmen in den Vorjahren. Hierzu muss man wissen, dass die Gewerbesteuer ein Indikator par excellence für die Konjunktur ist. 2019, also vor Corona, betrug das Gewerbesteueraufkommen bei der Kölner Gastronomie 25,85 Millionen Euro. 2020 - ich sage nur „Lockdown“ - fiel das Gewerbesteueraufkommen auf 7,8 Millionen Euro ab. Das ist ein Verlust von 70 Prozent für die Stadt, aber gleichzeitig auch der Umsatzrückgang in der Kölner Gastronomie. 2021, trotz Lockerungen im Sommer, kommen wir auf ein Aufkommen in der Gastronomie bei der Gewerbesteuer von nur 10,42 Millionen Euro. Das ist immer noch ein Rückgang um 60 Prozent im Vergleich vor Corona. Und die aktuellen Prognosen 2022 sehen auch nicht besser aus.

Hinter diesem dramatischen Umsatzrückgang stehen Schicksale von Menschen, Mitarbeitern, Gastronomen, Unternehmen, Zulieferern wie auch unseren Kölsch-Brauereien und deren Mitarbeitern und ihren Familien. Stellen Sie sich einmal vor, Ihre Gehaltszahlung würde für zwei Jahre zunächst um 70 Prozent und dann um 60 Prozent gekürzt. Da geht es wirklich ums Eingemachte! Die soziale Marktwirtschaft federt das mit Kurzarbeitergeld und Hilfen für Selbständige ab, aber es bleiben schmerzhaft Einbußen. Und da sagt das Ratsbündnis jetzt hier: Ach nein, bei den Gebühren wollen wir nichts machen, wenn wir diese Zahlen sehen.

Wir müssen jetzt die Not lindern, meine Kolleginnen und Kollegen, denn die Kölner Gastronomie leidet Not! Darum bitten wir eindringlich darum,

unserem Antrag auf Gebührenverzicht für die Außenrestaurants zuzustimmen. Denn helfen wir jetzt den Kölner Gastronomen und kommen sie wieder auf die Beine, danken sie es mit steigenden Gewerbesteuerereinnahmen für unsere Stadt. Herr Kienitz, das ist nachhaltige Finanzpolitik! Und das werden die Gastronomen nicht nur uns danken, sondern wir bekommen auch wieder mehr Einnahmen! Und das ist unser Deckungsvorschlag! - Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Liebe Zuschauer*innen hier und zuhause! Ich möchte meinen Ratskollegen Manuel Jeschka, der heute leider nicht hier sein kann, zitieren:

Mit diesem Vorstoß werden nicht nur die Gastronomiebetriebe unterstützt. Durch mehr Leben im öffentlichen Raum wird auch das Stadtbild schöner und die Lebensqualität in Köln verbessert.

Das Bündnis legt hier einen Antrag vor, mit dem die Menschen, die es betrifft, zufrieden sind. Die anderen Fraktionen sind anscheinend immer noch nicht glücklich: Jetzt möchten sie Geld aus einem Haushalt ausgeben, den sie vor zwei Monaten gar nicht haben wollten, und legen zudem noch nicht einmal einen Deckungsvorschlag vor!

(Beifall bei Vlt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Woher kommt das Geld, das Sie so gerne ausgeben möchten?

Wir sind deshalb froh, dass wir hier pragmatisch und im Austausch mit den Interessenvertretern der Gastro diesen Antrag vorlegen können. Der wichtigste Punkt hierbei ist sicherlich die Planungssicherheit, die die Gastro erhält: Getätigte Investitionen verfallen nicht wieder nach ein paar Monaten, weil man wieder alles zurückbauen muss.

Die Zeiten der Übergangslösungen nach zwei Jahren Pandemie sollten jetzt eigentlich vorbei

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 44

sein, weshalb wir eine langfristige Perspektive wollen. Denn in Köln arbeiten über 14 000 Menschen in der Gastro. Bis 2023 ist jetzt Zeit, ein vernünftiges Konzept mit allen Beteiligten zu erarbeiten. Verstehen Sie diese knappen zwei Jahre aber bitte nicht so, dass man erst auf den letzten Drücker anfängt und dann den Zeitplan nicht mehr einhalten kann. Daher ist unser Wunsch, das Thema nur noch einmal auf der Tagesordnung zu sehen, nämlich dann, wenn wir dem ausgearbeiteten Konzept zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabrysch das Wort.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Zum Antrag des Bündnisses: Ihr könnt euch ja vorstellen, dass die KLIMA FREUNDE ihn sehr begrüßen. Die KLIMA FREUNDE sind schließlich großer Fan von Umwidmungen von Straßenraum, der sonst für den MIV genutzt wird, für die Menschen. Das finden wir ganz toll! Was wir nicht so erfreulich finden, ist, dass es solche Probleme mit unserem Antrag gibt; denn da stimme ich meinen Vorredner*innen voll zu und eben auch dem seitens der FDP soeben genannten Deckungsvorschlag. - Danke.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

(Zuruf von der AfD)

- Gibt es noch eine zweite Runde?

(Zuruf von der AfD: Die erste Runde ist noch nicht fertig!)

- Das ist mir bewusst! Das ist mir schon ganz klar. War das Ihr Zwischenruf oder wünschen Sie das Wort? Ich kann Sie leider nicht verstehen.

(Christer Cremer [AfD]: Ich wünsche auch noch das Wort! Nach Herrn Zimmermann!)

- Danke für Ihr Verständnis.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren im Saal und auch an den Bildschirmen! Es war im Juni 2021 ein Antrag unserer ehemaligen Ratsgruppe GUT, der damals beantragt hatte, dass die Sonderflächen auf den Parkplätzen auch 2022 wieder den Gastronomen zur Verfügung gestellt werden. Diesem Antrag ist der Rat damals mit sehr großer Mehrheit gefolgt. Das war natürlich sehr, sehr schön. Unser Antrag bestand aber auch noch aus einem weiteren Teil. Das war die Gebührenbefreiung, dass auch diese für die Parkplätze im Jahr 2022 fortgesetzt wird. Und es waren die Grünen, die beantragt haben, diesen Passus zu streichen - mit der Bemerkung: Das wäre jetzt noch zu früh, das zu entscheiden. Man wolle sich das anschauen etc. - Das kann man im Wortprotokoll nachlesen.

Der Rat ist dann leider diesem Antrag mit Mehrheit gefolgt, den Passus zu streichen, und so hatte die Verwaltung natürlich den Auftrag, die Gebühren wieder zu erheben. Wir hatten das Thema dann noch einmal im November auf der Tagesordnung, und es waren nur die LINKEN und ich, die jeweils einen Antrag zu den Gebühren hatten. Auch wir haben dazu gesprochen. Es hat sonst keine einzige Fraktion zu diesem heute anscheinend doch relevanten Thema gesprochen. Unsere Anträge wurden damals leider auch abgelehnt.

Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Das ist ganz klar! Die Gastronomie leidet auch weiterhin unter den im Volksmund so genannten „Maßnahmen“. Das fängt damit an, dass ja schlicht ein Teil der ehemaligen Gäste - aus eigener Dummheit, sage ich mal - die gastronomischen Betriebe nicht mehr besuchen dürfen. Es geht weiter mit Maskenpflicht auf dem Weg zum Tisch etc. Manche Menschen haben aus berechtigten Sorgen kein Interesse daran, eine Kneipe oder ein Restaurant zu besuchen. Natürlich gibt es - Herr Breite hat es dargestellt - weiterhin sehr große Umsatzeinbußen. Für die Gastronomie ist die Pandemie auch im Jahr 2022 noch längst nicht vorbei. Und es ist auch in unserem Interesse, dass wir mehr Außen- und gastronomieflächen zur Verfügung stellen. Das ist auch unbestritten. Das ist auch im Antrag des Mehrheitsbündnisses so enthalten.

Das Interesse liegt nicht nur darin begründet, den Gastronomen mehr Einnahmen zu beschaffen, sondern es liegt auch darin begründet, dass es draußen sicherer ist als drinnen; ganz einfach. Daher sollte unser aller großes Interesse sein,

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 45

möglichst viele außergastronomische Flächen zu schaffen. Wenn wir nun aber wieder Gebühren erheben, widersprechen wir diesem Ansinnen, da manche Gastronomen vielleicht keine Anträge stellen werden, weil sie nicht wissen, ob sich das rechnet, oder weil es ihnen zu aufwändig ist oder weil es ihnen schlicht zu teuer ist.

Zur Gegenfinanzierung und zur Nichtnachhaltigkeit: Mein Antrag hat eine Gegenfinanzierung, und diese ist auch ganz einfach. Ich beantrage jetzt nicht - wie das andere Oppositionsbündnis - eine völlige Gebührenbefreiung, sondern ich beantrage, auf 50 Prozent zu reduzieren. Und da wende ich mich jetzt auch an unsere Kämmerin Frau Dr. Diemert. Ich bin jetzt nicht der Haushalts-Experte, aber wenn wir mehr Sondernutzungsflächen für Außergastronomie schaffen und dafür normale Gebühren erheben, dann sehe ich das so, dass Sie mehr Einnahmen generieren werden und dass Sie sich sozusagen „auf Kosten der Wirte“ - ja, ich will jetzt nicht „bereichern“ sagen, aber Sie werden mehr Einnahmen generieren, weil wir mehr Flächen haben. Wenn wir nun aber nur 50 Prozent der Gebühren nehmen und mehr Flächen dadurch zur Verfügung gestellt werden, weil viel mehr Gastwirte Außergastronomieflächen beantragen, dann müsste sich das doch irgendwo auch wieder ausgleichen. Insofern halte ich meinen Vorschlag durchaus für nachhaltig.

Wenn zudem die Grünen, die CDU und Volt einmal richtig lesen würden: Mein Antrag greift euren Antrag ja im Sinne von Nachhaltigkeit und Strategieplanung überhaupt nicht an, sondern er will ihn nur um einen vierten Punkt ergänzen, und das ist eben die Reduzierung auf diese 50 Prozent. Deshalb halte ich das eindeutig für einen Weg, den wir gehen sollten. Wir brauchen mehr Außergastronomieflächen - nicht nur, um die Gastronomie zu unterstützen, sondern auch, um sichere Plätze zum Konsumieren zu schaffen. Und wenn am Ende der Gastwirt dabei mehr verdient, dann sei es ihm gegönnt. Wenn die Kämmerin am Ende auf die gleiche Summe kommt wie vorher, ist das auch gut. Mehr sollten wir nicht verdienen wollen. Und wer das Thema ausführlich nachlesen möchte, den lade ich gerne ein, auf meinen Blog zu schauen unter: „thorzimmermann.koeln“. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Zuschauer! Beide Anträge sind sicherlich irgendwo sinnvoll. Wir wissen, was die Gastronomie in den letzten Wochen und Monaten und Jahren durchgemacht hat. Ich habe auch heute schon in meiner Rede zum Kölner Karneval angesprochen, dass wir alles daransetzen müssen, die Strukturen der Gastronomie zu erhalten und zu schützen. Es ist sicherlich sinnvoll, eine langfristige Strategie zu machen, und es ist auch sinnvoll, die Gebühren zu erlassen. Jedoch - und das fehlt mir hier komplett - räumen wir hier nur die Scherben weg, die eigentlich nicht auf dem Boden liegen müssten. Ich spreche von der verfehlten Corona-Politik.

Wir haben durch 2G+, 2G - es blickt ja auch schon keiner mehr durch - viele Menschen vom Besuch einer Kneipe abgehalten, selbst wenn sie getestet sind. Das sollte eigentlich reichen: Wenn ich also keine Infektion habe, kann ich hineingehen. Das ist alles schon ausgesprochen worden. Wir reden hier nicht über die Ursache, sondern wir versuchen hier nur mit Geld etwas zu heilen, was an anderer Stelle verfehlt wurde.

Herr Breite, Sie haben sicherlich recht: Das Beste ist, wenn die Gastronomie wieder gut verdient, dann wird auch wieder ordentlich Gewerbesteuer gezahlt. Dann mache ich Ihnen einen Vorschlag: Sie haben ein Mitglied der Landesregierung in Ihrem Kreisverband. Wenden Sie sich doch einmal an sie, dann soll sie eine zügige Öffnungsstrategie für die Wirtschaft und für die Bereiche, die immer noch unter dem Lockdown leiden, in NRW einleiten. Ich glaube, das ist das Beste, was passieren kann. Gerade auch deshalb sollte der Karneval, wie ich es heute schon sagte, ohne Wenn und Aber stattfinden, weil die Gastronomie nur so Geld verdienen, Gewerbesteuer zahlen, Menschen Arbeit geben und auch Bier konsumieren kann, sodass unsere Kölsch-Brauereien in ihrer einzigartigen Struktur erhalten bleiben. Deswegen werden wir den Anträgen zustimmen.

Nichtsdestotrotz sollte man hier nicht über die eigentlichen Ursachen schweigen. Das ist eine völlig verfehlte Corona-Politik in den letzten zwei Jahren, wo man sich vielmehr auf den Schutz der Risikogruppen hätte fokussieren sollen und nicht auf die Gängelung einer ganzen Volkswirtschaft. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 46

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Keine zweite Rederunde, ich habe das eben vergessen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann wäre auch Frau Steinmann erst dran, aber sie ist heute großzügig und verzichtet auf die Stelle, nicht auf die Rede. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank. - Genau, ich habe vergessen: Ich würde gerne noch einen kleinen Änderungsantrag stellen. Es geht darum, in dem Antrag des Bündnisses in dem zweiten Abschnitt an den Satz noch etwas anzuhängen:

In diesem Konzept sollen zusätzliche Flächen zur Nutzung von Außengastronomie ausgewiesen werden sowie die Barrierefreiheit von Gehwegen garantiert werden.

Darum würde ich bitten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, könnten Sie uns das bitte schriftlich geben oder noch einmal langsam diktieren? Sonst können wir es nicht aufnehmen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, es geht also darum, dass beispielsweise in Nippes auf der Viersener Straße, wo die Außengastronomie weite Teile der Gehwege belegt, solche Situationen verhindert werden sollen. Ich kann es gern auch noch schriftlich geben, aber auch gerne den Satz noch einmal vorlesen:

In diesem Konzept sollen zusätzliche Flächen zur Nutzung von Außengastronomie ausgewiesen werden

- das ist der ursprüngliche Satz, und ich würde diesen gerne durch den Zusatz ergänzen -

sowie die Barrierefreiheit von Gehwegen garantiert werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sagen Sie mir jetzt noch, zu welchem Antrag Sie diesen Änderungsantrag stellen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Zum Antrag des Bündnisses.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zu 3.1.7?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, und zwar unter Punkt 2 der letzte Satz.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Danke sehr.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lisa Steinmann.

Lisa Steinmann (SPD): Herzlichen Dank. - Ich will jetzt nicht das große Fass noch einmal aufmachen, aber es ist ja an Aktualität kaum zu unterbieten, nicht nur nach den Printmedien, sondern wenn man es auf Facebook verfolgt: Ich habe jetzt ein Posting über Stephan Keller, Ihren langjährigen Stadtdirektor, bekommen: Die Stadt Düsseldorf - und manches Mal sollte man auch von der Landeshauptstadt lernen - hat heute im Rat der Stadt Düsseldorf einstimmig die komplette Weiterführung eines Gebührenerlasses beschlossen, als auch die Fortführung - -

(Beifall bei der SPD und der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich freue mich natürlich, dass der Oberbürgermeister von Düsseldorf mal Stadtdirektor von Köln war, dann kennt er den Unterschied zwischen Düsseldorf und einer Millionenstadt.

(Beifall)

Und zweitens möchte ich Ihnen sagen, dass auch ich heute von der IHK angeschrieben wurde, dass dort die Verwaltung eine solche Vorlage gemacht

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 47

hat. Ich halte mich an die Ratsbeschlüsse, die mir bisher vorliegen, und da wurde entschieden, dass wir das genauso machen, wie wir es auch als Verwaltung machen. Wir können Düsseldorf manchmal nachfolgen, aber nicht immer.

Lisa Steinmann (SPD): Aber, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, ich mahne nicht Sie und nicht die Verwaltung, sondern ich appelliere einfach noch einmal: Liebes Bündnis, liebes Gestaltungsbündnis, bleibt nicht auf dem falschen Auge blind!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke sehr. - Gibt es weitere Wortmeldungen in dem Austausch zu den Tagesordnungspunkten 3.1.7/3.1.8? - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauerende! Ich mache es ganz kurz hier vom Platz aus: Die FRAKTION begrüßt beide Anträge sehr, weil wir das nicht nur als große Hilfe für die Gastronomie und für Köln sehen, sondern auch als einen guten Vorstoß in Richtung autofreie Innenstadt; denn wir wollen gerne auf den Parkplätzen mehr Menschen sehen, als sie je in einen SUV passen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn ich jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr habe, beabsichtige ich, über die Anträge getrennt abstimmen zu lassen. Das ist klar. Und ich beginne mit 3.1.7., mit dem mündlichen Änderungsantrag von Frau Gabrysch. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag von Herrn Zimmermann. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Herr Zimmermann, DIE LINKE und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Das ist

nicht der Fall. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Dann lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen. Wer stimmt dagegen?

(Zurufe: Welchen?)

- Wir sind immer noch bei TOP 3.1.7. Dort gibt es zwei Änderungsanträge und einen Ursprungsantrag.

Ich trete noch einmal in die Abstimmung ein: Gibt es Gegenstimmen gegen den Antrag 3.1.7? - Gibt es Enthaltungen? - Herr Zimmermann enthält sich. Dann ist diesem Antrag zugestimmt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Jetzt, meine Damen und Herren, lasse ich abstimmen über TOP 3.1.8. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion, die Fraktion Die FRAKTION, die AfD, Herr Zimmermann, Frau Gabrysch und DIE LINKE. Wer enthält sich? - Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Fehlentscheidungen zum Frischezentrum Marsdorf korrigieren“ AN/0193/2022

Das Wort hat Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und draußen an den Bildschirmen! Es ist in der Tat ein etwas ungewöhnlicher Vorgang, dass wir mittels eines Antrages ein Thema, das in der letzten Ratssitzung eine gewichtige Rolle gespielt hat, noch einmal auf die Tagesordnung setzen. Und seien Sie gewiss, das wird keine Übung werden und auch nicht regelmäßig wiederholt, aber wir hielten diesen Vorgang dann doch für zu bedeutsam und die Reaktionen in der Öffentlichkeit und von den betroffenen Bereichen doch zu klar und zu eindeutig, um nicht in dieser Ratssitzung noch einmal konkret darauf zurückzukommen.

Am 14. Dezember, also in der letzten Ratssitzung, haben wir eine Vorlage der Verwaltung gehabt,

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 48

die in Marsdorf eine Änderung des Flächennutzungsplans vorgesehen hat, die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung im Bebauungsplanverfahren einbezogen hat und eine klare Richtung ausgewiesen hat. Das ist nämlich die Richtung, die wir hier in diesem Rat seit vielen Jahren verfolgen und mit der wir die Verwaltung zusammen mit einer ganzen Reihe von Gruppierungen, unter anderem auch der IG Großmarkt, über ein Jahr beschäftigt haben, sowohl baulich, räumlich als auch im Rahmen einer funktionalen Machbarkeitsstudie, um das Frischezentrum Köln in Marsdorf auf das Gleis zu setzen.

Die im Dezember beschlossenen Änderungen dieser beiden Verwaltungsvorlagen Ihrer Verwaltung, liebes Bündnis, führten letztendlich dazu - und das haben die Reaktionen ja noch einmal sehr klar gezeigt -, dass eben diese Projekte an dem Großmarkt hängen und die natürlich auch bei Ihnen mit intendiert waren, ganz klar, und zwar dem FC hier sozusagen eine Heimstätte zuzuweisen, die er weder haben will noch kann, sowie gleichzeitig die Verlagerung des Großmarkts zu verhindern oder zumindest über lange Zeit zu blockieren und damit auch die weitere Entwicklung der Parkstadt Süd infrage zu stellen und auf den Sankt-Nimmerleins-Tag zu schieben. Das alles sind schon sehr gewichtige Vorgänge, und deswegen müssen wir heute noch einmal miteinander sprechen.

Denn - ich will noch einmal besonders betonen, welche Player sich in diesem Zusammenhang noch einmal sehr klar und sehr deutlich zu Wort gemeldet haben - ich zitiere die IHK-Präsidentin Nicole Grünewald:

Es gibt eine Lösung, die auf Wunsch der Politik von Verwaltung und Händlern gemeinsam erarbeitet wurde. Anstatt den Experten zu folgen, machen Grüne und CDU jetzt eine Rolle rückwärts. Damit ist nicht nur die Zukunft des Frischemarkts in akuter Gefahr, sondern die Glaubwürdigkeit der Politik insgesamt.

Und die IHK sagt weiter:

[D]er Prozess [beginnt] bei null. Das Frischezentrum bleibt damit eine weitere „Unendliche Geschichte“ in unserer Stadt. Das schadet unseren Händlern, der Entwicklung der Parkstadt Süd und dem gesamten Wirtschaftsstandort Köln.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, das ist an Klarheit nicht zu überbieten. Ich zitiere den Präsidenten des 1. FC Köln, Dr. Werner Wolf:

Der neue Marsdorf-Vorschlag von Grünen und CDU ist ein weiterer hilfloser Versuch, auf Zeit zu spielen. ... Wir können nicht noch einmal sechs oder sieben Jahre warten. Die Grünen und vor allem die CDU müssen endlich die Wirklichkeit akzeptieren und zu den verbindlichen politischen Beschlüssen des Stadtrats und der Verwaltung stehen.

(Beifall bei der SPD)

Auch das ist an Klarheit nicht zu überbieten.

Und wer ist der Anwalt der Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt, die am Ende auch in der Parkstadt Süd Wohnraum finden könnten? - Der Mieterverein. Auch hier der Vorsitzende des Mietervereins, das CDU-Mitglied Franz-Xaver Corneth:

Ganz klar: Die Parkstadt Süd muss so schnell wie möglich realisiert werden, um den Kölner Wohnungsmarkt zu entlasten. Alles, was da Geschwindigkeit rausnimmt, ist schädlich für die Mieterinnen und Mieter in dieser Stadt.

Auch hier: ein klares Votum, eine klare Botschaft.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Bündnisses, ich finde, man kann drei so gewichtige und mitgliederstarke Organisationen unserer Stadt nicht einfach ignorieren und sagen, das ist alles nichts wert. Hier geht es darum, die Zukunft von Köln zu verspielen, wenn wir bei diesen von Ihnen damals im Dezember gefassten Beschlüssen bleiben.

Wir wollen heute Ihnen und dem ganzen Rat die Chance geben, noch einmal auch im Bewusstsein dieser Reaktionen und der Tragweite dieser Entscheidungen über die damaligen Beschlüsse abzustimmen. Sie haben also heute die einmalige Chance, das noch einmal zu revidieren und damit wieder auf einen klaren Zukunftskurs für Köln zu kommen, für den Wirtschaftsstandort, für Mieterinnen und Mieter, aber natürlich auch für den 1. FC Köln als einem der wichtigsten Aushängeschilder unserer Stadt.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 49

Ich glaube, Sie tun sich selbst einen Gefallen und Sie tun vor allem Köln einen Gefallen, wenn Sie heute unserem Antrag hier zustimmen. Dafür werbe ich ganz ausdrücklich und nachdrücklich im Interesse sehr vieler Menschen hier in Köln. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte anwesende Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Saal und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Weiter geht es also mit einer Runde Großmarkt.

Um es gleich vorwegzunehmen: Der eigentliche Zweck, den die SPD mit diesem Antrag verfolgt, erschloss sich uns nicht. Christian Joisten hat es jetzt erklärt: Sie wollen uns eine Chance geben. - Danke nein, liebe SPD, wir werden eurem Antrag nicht zustimmen.

Ich werde gleich gern noch einmal die Faktenlage erläutern, vorher möchte ich aber zwei Behauptungen aus dem SPD-Antrag widerlegen.

Erste Behauptung: Der gesamte Wohnungsentwicklungsprozess für die Parkstadt Süd kommt für längere Zeit zum Erliegen. - Nein, die Planungen für die Parkstadt Süd laufen natürlich unvermindert weiter, und gebaut wird dann zuerst dort, wo nicht der Großmarkt ist; es wird ja nicht alles auf einmal gebaut. Der Großmarkt ist im Übrigen auch nicht an seinen jetzigen Standort auf dem Gelände in Raderberg gebunden, sondern er kann auch für ein Interim weiter nach Nordwesten verlegt werden, bis dann das neue Frischezentrum in Marsdorf fertig ist.

Zweite Behauptung: Der gefasste Beschluss ist nicht geeignet, dem 1. FC Köln die dringend benötigte Entwicklungsmöglichkeit zu geben. - Doch! Marsdorf war von Anfang an eine Alternative, auch im Bebauungsplanverfahren. Wenn man sich damals schon für Marsdorf entschieden hätte, würde der FC jetzt nicht in der Luft hängen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Und, nur einmal so am Rande, lieber Christian Joisten: Auch eure Behauptung in den sozialen Medien, wir würden den FC aus der Stadt vertreiben, ist hanebüchen. Das ist so, als würde ich sagen: Die SPD will, dass der Dom abgerissen wird. - Niemand möchte, dass der FC Köln verlässt!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Niemand möchte das, und wir werden dafür sorgen, dass der FC sein Trainingsgelände erweitern kann - nur nicht auf der Gleueler Wiese.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und nun, wie angekündigt, noch einmal zur Faktenlage:

1. Die Parkstadt Süd wird gebaut.
2. Der Großmarkt muss deshalb von seinem jetzigen Standort weichen.
3. Ein neues Frischezentrum soll in Marsdorf entstehen, denn Köln braucht einen Ort, an dem frische, vor allem regionale Lebensmittel für Händler und Gastronomen angeboten werden.
4. Gleichzeitig möchte der 1. FC Köln sein Trainingsgelände vergrößern.
5. Er möchte das im äußeren Grüngürtel tun und darf das laut Ratsbeschluss von 2019 auch.
6. Dieser Ratsbeschluss wird aktuell von Kölner Bürgerinnen und Bürgern beklagt.
7. Falls dies zu Gunsten der Kläger ausgeht, braucht der 1. FC eine Alternative.
8. Diese Alternative könnte in Marsdorf sein.
9. Hier ist, wenn wir das Frischezentrum in einer angemessenen Größe planen, für beides Platz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Köln braucht kein 27 Hektar großes Frischezentrum, keine Stadt braucht das. München plant gerade einen Großmarkt mit kleinerer Fläche - übrigens mit Sportplätzen auf dem Dach der Halle. Statt bei diesem Thema immer weiter herumzulaufieren und sich an utopische Pläne zu klammern, sollten wir lieber einmal innovativ denken - im Sinne der Stadt, im Sinne der Großmarkthändler, im Sinne des FC und nicht zuletzt im Sinne einer

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 50

effizienten Flächennutzung. - Herzlichen Dank fürs Zuhören.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Lassen Sie eine Zwischenfrage zu, Frau Martin?

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Natürlich, sehr gern.

Christian Joisten (SPD): Liebe Christiane Martin, eine Zwischenfrage: Ist dir bekannt, dass in der vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung Rodenkirchen die Verwaltung ausdrücklich gesagt hat, dass alle Betriebe, die heute zum Großmarkt gehören, auf der jetzt verkleinerten Fläche keinen Raum in Marsdorf finden? Das ist meine Frage, da es ja eine Frage sein muss. - Danke.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Nein, das ist mir nicht bekannt.

(Christian Joisten [SPD]: Dann macht euch schlau!)

- Dazu sage ich nichts. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer hier im Raum und auch im Livestream! Wenn man alten Wein in neue Schläuche packt, wird er dadurch nicht besser. Das gilt natürlich auch für alte SPD-Anträge.

(Beifall bei der CDU)

Und hätten Sie im Dezember einmal unserer Rede zugehört, Herr Kollege, dann hätten Sie auch die Argumente, die Sie heute vorgetragen haben, nicht noch einmal aufgewärmt.

Erstens - die Vorrednerin hat das ja in Teilen schon ausgeführt - noch einmal zu der Groß-

markfläche: Wir sind mit 27 Hektar gestartet, inklusive frischezentrumsaffinen Flächen. Da kommen wir zu dem entscheidenden Punkt: Diese Flächen nehmen wir jetzt raus, weil sie durchaus auch an anderer Stelle dargestellt werden. Man muss ja auch sehen: Was ist denn in den letzten Jahren passiert? - Alle großen Betreiber auf dem Großmarkt haben zwischenzeitlich eigene Zentren aufgebaut. Das gehört ja zur Ehrlichkeit dazu. Und wir haben heute auf dem Großmarkt sehr viele Betriebe, die gar nicht mehr zu Großmarktaktivitäten gehören. Auch das gehört bei dieser gesamten Untervermietungskette, die wir dort haben, mit dazu.

(Beifall bei Teilen der CDU - Widerspruch von der SPD)

Ich würde einmal in den Fachausschuss gehen: Ich erinnere an die Anfrage des Kollegen im Rechnungsprüfungsausschuss, dass das noch einmal transparent dargelegt wird. Das ist der erste Punkt, also die Fläche in Marsdorf für den Großmarkt. Die Händler haben 5 Hektar angemeldet, sie bekommen 11 Hektar. Also, wenn das nicht reichen soll, dann weiß ich es auch nicht.

Der zweite Punkt - und auch das hätten Sie schon einmal mitbekommen, hätten Sie meiner Rede richtig zugehört -: Die Fläche für den FC ist der Plan B. Das heißt, wir machen ein Angebot. Der FC hat in seinen Argumentationen immer gesagt: Wir haben auf Kölner Grund und Boden überhaupt keine Alternative zur Gleueler Wiese, deshalb müssen wir dorthin. - So, und wir alle wissen das nicht, und da kann ich Sie auch nur einladen, liebe Sozialdemokratie, einen Plan B zu unterstützen. Denn was passiert denn, wenn die Klagen, die zurzeit schon angelaufen sind, am Ende zu dem Ergebnis kommen, dass der FC an der Stelle seine Pläne gar nicht weiterverfolgen kann? Was machen wir denn dann? Wenn wir gar nichts haben, dann ist das im Prinzip ein Totalschaden. Wir haben jetzt eine Alternative. Die Gerichte werden entscheiden, was dort herauskommt. Und es ist doch wichtig, dass wir hier eine vernünftige Alternative aufzeigen.

Der letzten Punkt - da kommen wir dann noch einmal zu dem Großmarkt zurück - ist die Diskussion, die ja geführt wird: Wir wissen nach wie vor nicht, wie das beihilferechtlich aussieht. Wir wissen nicht, ob die Händler dort überhaupt die Möglichkeit haben. Und ich habe in meiner letzten Rede schon einmal gesagt: Wenn wir hier eine überdi-

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 51

mensionierte Planung haben, ist die Wahrscheinlichkeit, dass das überhaupt realisiert werden kann, relativ klein. Und jetzt schaffen wir eine zusätzliche Chance, dass das Projekt überhaupt realisiert werden kann.

Zum allerletzten Punkt bezüglich der Realisierbarkeit des neuen Wohnungsraums, Herr Kollege: Gehen Sie doch bitte einmal vor die Tür! Da haben wir die erste Baustufe der Parkstadt Süd. Die Planungen der GAG liegen da nämlich aus, die beschließen wir heute, die werden umgesetzt. Das heißt, wir sind bereits mitten im Prozess und werden das für die anderen Teile auch noch machen.

Insoweit gab es heute viel heiße Luft von der SPD-Seite. Der Landtagswahlkampf hat begonnen. Wir haben heute durch Fakten gezeigt, dass das, was im Dezember Quatsch war, heute genauso Quatsch ist. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Joisten zu?

Bernd Petelkau (CDU): Nein, das brauchen wir nicht. Das können wir angesichts der fortgeschrittenen Redezeit auch hinterher bilateral klären. - Danke schön.

(Zurufe von der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Dann hat jetzt Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich lege mein Redemanuskript einmal zur Seite und gehe jetzt ein bisschen auf die aktuelle Diskussion ein.

Herr Petelkau, Ihr Angebot „Marsdorf für den FC“ ist abgelehnt worden. Ganz einfach. Der FC hat gesagt: Da gehen wir nicht hin! Aus und vorbei!

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Das müssen Sie doch auch einmal respektieren, dass der FC ganz klar sagt: Nein, das machen wir nicht!

Dann, Frau Martin, das war einer Ihrer Punkte, dass Sie gesagt haben: Die Menschen aus dem Großmarkt gehen aus der Großmarkthalle heraus. Aber: Sie werden nicht aus der Großmarkthalle herausgehen. Das haben wir schon mit ihnen besprochen. Sie werden dort bleiben, und die Großmarkthalle wird umgebaut und saniert mit den Menschen des Großmarkts in der Großmarkthalle. Zudem werden wir fordern, dass die Verträge nicht nur bis 2025 verlängert werden, sondern sogar bis 2028.

Und liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich verstehe gar nicht, warum Sie gerade ein Eigentor schießen. Der Ernährungsrat Köln fordert einen Food-Hub, und er sagt, wir können einen Food-Hub im Frischemarkt, im Großmarkt schaffen. Das heißt doch Folgendes - nur einmal ein Beispiel -: Die größte Bio-Mensa in Köln ist die HDI, also die Versicherung HDI Gerling. Die haben eine Großküche mit 800 Essen pro Tag, und die liefern jeden Tag 200 Gramm frisches Gemüse auf den Teller. Da können Sie sich überlegen, was das in Kilogramm in der Woche usw. usf. ist. Wenn wir uns einig sind, wir wollen frisches Gemüse, wir wollen frische Produkte auf dem Tisch haben in den Mensen, in den Schulen, in den Kitas. Dann ist doch ganz klar, dass das nicht transportiert werden kann mit der Biokiste vom Landwirt. Das ist nicht machbar. Das sagt auch der Ernährungsrat. Er sagt auch: Wir brauchen im Großmarkt einen Bio-Bereich. Das ist doch der Weg, den wir gehen müssen. Deswegen haben wir von vornherein gesagt: Wir wollen keine Reduzierung der Großmarktfäche.

Und Frau Martin, es ging nicht um 27 Hektar, sondern es ging um das Verhältnis von 11 zu 14 Hektar. Es waren, um genau zu sein, 14,5 Hektar vorgesehen, und das haben Sie reduziert auf 10 Hektar. Da haben wir gesagt: Das wollen wir nicht. Und dann haben Sie auch den Standort gedreht. Sie haben einen Standort genommen, der sozusagen überhaupt nicht erweiterbar ist.

Ich sage: Wenn wir einen Großmarkt wollen, wenn wir gesunde Ernährung wollen, wenn wir Bio-Produkte auf dem Großmarkt haben wollen, dann brauchen wir Erweiterungsfläche, zum Beispiel, wenn man frisches Gemüse täglich in den Mensen anliefern will. Man muss das Gemüse

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 52

waschen, man muss Kartoffeln schälen. Das ist so.

Und dann ist die Frage: Wenn man frisches Gemüse liefern will, dann kommt man nicht drum herum, das EU-Beihilfeverfahren positiv zu lösen. Wir hatten vor 100 Jahren kommunale Schlachthöfe. Selbst DIE LINKE würde nicht darauf kommen, zu sagen, wir brauchen jetzt wieder kommunale Schlachthöfe. Aber wir brauchen einen kommunalen Großmarkt, der gesunde Produkte, Gemüse usw., in die Mensen liefert. Das ist der neue Gedanke der Daseinsvorsorge, und der wird sich auch entwickeln: ein Großmarkt in Daseinsvorsorge mit gesundem Gemüse aus der Region. Das muss unser Weg sein.

Und Herr Petelkau, ich widerspreche: Wir brauchen ein EU-Beihilferecht bei dieser ganzen Sache. Ohne Beihilferecht wird der Großmarkt nicht funktionieren.

Und wissen Sie was: Ich habe den Eindruck, dass die Verwaltung viel weiter ist als das, was wir hier diskutieren. Die Verwaltung prüft das gerade, und die werden neue Standorte bekommen, und dann werden die CDU und die Grünen alt aussehen, weil nämlich ganz andere Grundstücke in die Diskussion kommen werden. Ich hoffe, dass die Verwaltung ihre Arbeit gut machen wird. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich möchte jetzt einmal einige Dinge aufgreifen.

Herr Kollege Detjen, ich wäre froh, wenn ich Ihren Optimismus in dieser Frage teilen könnte, aber es ist ja einerseits der Versuch der SPD, hier das etwas beratungsresistente Bündnis von der Position vom Dezember abzubringen. Man sieht ja dann auch, welche Folgen es gehabt hat, dass das Bündnis das hier in einer Nacht-und-Nebel-Aktion gemacht hat.

Mein Kollege Volker Görzel hat das ja in der letzten Ratssitzung entsprechend beschrieben, dass die Verhandlungen zwischen den Fraktionen ganz

anders gelaufen sind und man dann plötzlich mit dem entsprechenden Vorschlag kam. Es ist deswegen immer gut - das zeigt auch die heutige Ratssitzung zum Beispiel in Sachen Mietspiegel -, wenn man einmal mit den Betroffenen spricht und nicht einfach im Hinterzimmer irgendwelche Dinge verhandelt zwischen den Bündnispartnern, bar jeder Sachkenntnis, bar derjenigen, die da entsprechend betroffen sind.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Und Volker Görzel hat das schon gesagt: Die Entscheidung von Dezember hinterlässt nur Verlierer. Sie hinterlässt Verlierer bei den Markthändlern. Und da muss ich sagen, das, was Bernd Petelkau da gesagt hat, das muss man sich und das können sich auch die Markthändler vielleicht nachher noch einmal genau durchlesen: Da ist aus meiner Sicht im Grunde der Weg schon vorgezeichnet, dass einfach am Ende das ganze Projekt vor die Wand gefahren wird und es keine vernünftige Alternative für die Markthändler gibt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Die stehen nachher mit leeren Händen da, und dabei geht es um Existenzen und um die Aspekte, die auch Herr Detjen gerade genannt hat. Es geht um Existenzen, und damit wird aus meiner Sicht aus Machtkalkül sehr leichtfertig umgegangen. Es geht um den Verlierer FC, der hier mit seinen Belangen nicht weiterkommt, und es geht um die Parkstadt Süd.

Da kann man, liebe Christiane Martin, natürlich sagen: „Wir fangen irgendwo anders an!“, aber der Kollege Joisten hat ja die aktuelle Stunde in der Bezirksvertretung Rodenkirchen angesprochen, und da muss ich sagen, Herr Detjen, da bin ich vollkommen fern von Ihrem Optimismus, weil die Verwaltung dort gesagt hat, dass es noch überhaupt nichts in der Richtung gibt. Es gibt noch keinen Zeitplan für das Projekt. Es könne Monate und Jahre dauern, hat der „Kölner Stadt-Anzeiger“ aus dieser aktuellen Stunde berichtet. Und ich habe auch keinen Widerspruch von der Verwaltung gehört. Es könne Monate und Jahre dauern!

Und das wissen wir doch, wenn in so einer Phase dann solche Änderungen kommen - und der Großmarkt ist ja wirklich schon lange verzögert worden und ist auch gerade bei der Verwaltung nicht mit Priorität gesehen worden -, dann wird bei der Verwaltung alles noch einmal auf null gestellt,

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 53

dann geht die Maschine ganz von vorne los. Und das kann wirklich Monate oder Jahre dauern.

Für die Händler tut es mir am meisten leid. Das ist das Horrorszenario, weil es dort um Existenzen geht. Das Vertrauen in die Politik oder - ich muss es ja sagen - das Vertrauen in das Bündnis insbesondere von CDU und Grünen, die ja mit den Händlern dort kurz vor der Sitzung im Dezember zusammengesessen haben, ist entsprechend zerrüttet. Das tut mir leid.

Deswegen: Schön, dass Sie von der SPD versucht haben, diese Chance hier zu geben. Sie wissen, dass wir als FDP Ihrem Antrag trotzdem heute nicht zustimmen können, weil wir natürlich mit dem Standort Marsdorf für den Großmarkt unsere grundsätzlichen Probleme haben. Aber dass hier keine Planungssicherheit gegeben wird, dass hier insbesondere für die Händler keine Perspektive aufgezeigt wird, das ist der Skandal, der heute noch einmal aus der Ratssitzung vom Dezember bestätigt wird. Deswegen bin ich gespannt, wie die Sache weitergeht. Sie wird uns wahrscheinlich in dieser Ratsperiode und darüber hinaus noch beschäftigen. Ich hoffe, dass es insbesondere für die Markthändler ein Happy End gibt, aber den Optimismus, den auch Herr Detjen hier an den Tag gelegt hat, den teile ich leider nicht. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Da sind tatsächlich ein, zwei vielleicht auch noch zuhause.

Liebe SPD, ich finde es sehr spannend, dass wir das jetzt noch einmal diskutieren. Ich weiß noch nicht ganz genau, was ich davon halten soll. Aber wir verhalten uns natürlich auch konsistent dazu, wie wir das damals vor sechs Wochen im Dezember auch schon gemacht haben. Deswegen würden wir Teilen dieses Antrags zustimmen, wenn es nur um das Frischezentrum ginge. Das geht es aber eben nicht.

Mit dem Ratsantrag von Bündnis 90/Die Grünen und CDU aus der letzten Sitzung geht eben teilweise auch eine Verzögerung von Frischezentrum und Parkstadt Süd einher. Davon sind wir nicht begeistert und haben deswegen auch im Dezember schon nicht zugestimmt und uns enthalten. Das werden wir auch heute wieder tun. Denn wir stecken in diesem Dilemma, das noch auf den Ausgang des schon angesprochenen Verfahrens im Münsterland gewartet wird, und wir wollen dem FC die Alternativen auf Kölner Boden noch nicht wegstimmen.

Wir betonen auch hier noch einmal, dass den Akteur*innen des Großmarktes weiterhin ermöglicht werden soll, in die Prozesse eingebunden zu werden.

Ich möchte aber auch wie Frau Martin die Gelegenheit nutzen und zu diesem Zeitpunkt noch einmal auf die letzte Planung des Frischezentrums aufmerksam machen, und dass wir da nicht mit allem ganz glücklich sind.

Aktuell ist geplant, 1 600 Parkplätze auf einer Ebene zu errichten. 1 600 Parkplätze auf einer großen, versiegelten Fläche! Das können wir doch im Jahr 2022 niemandem mehr erzählen.

(Beifall von Nicolín Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Hier bitten wir inständig um die vielleicht nochmalige Prüfung einer mehrgeschossigen Lösung mit PV auf dem Dach und Grün an den Wänden, wie man es von einem Gebäude, für das im Jahr 2022 noch gar kein Grundstein liegt, erwarten sollte.

(Beifall von Nicolín Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Auf Kommentare zu weiteren Feinheiten des Baus verzichte ich. Wir haben, wie gesagt, die Diskussion ja vor sechs Wochen schon einmal gehört. Ich übergebe an den Nächsten oder die Nächste. - Vielen Dank.

(Beifall bei Vlt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Zuschauer hier im Gürzenich und

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 54

im Livestream! Wir haben vor sechs Wochen gesagt: Der FC gehört nach Sülz, denn dort ist er gegründet, und wir stehen für Tradition, deswegen bleibt er auch bitte in Sülz.

Das Marsdorf-Ding ist von denen schon verworfen worden. Deswegen sollten wir alles daran setzen, dass sie in Sülz bleiben, und auch gar nicht erst versuchen, das zu hintertreiben. Ich fand die Aussage von Ihnen - ich weiß nicht, ob Sie sie wirklich so getroffen haben, Frau Oberbürgermeisterin - zum FC nicht gut. Wir sollten hier einem solchen Aushängeschild für die Stadt alles ermöglichen, dass der FC seine Tradition in Sülz weiterleben kann. Alles andere wird nämlich dazu führen, dass der Verein aus der Stadt vertrieben wird.

(Beifall bei der AfD)

Es kommt ja nicht oft vor, dass ich einmal mit der Linkspartei, der SPD und auch der FDP einer Meinung bin, aber wir brauchen Planungssicherheit in Köln, und ich glaube, so geht man nicht mit den Markthändlern um, wie hier mit ihnen umgegangen wird. Das ist reines Machtkalkül.

Wir wollen und müssen auch als Stadt ein Signal der Sicherheit für diese Menschen senden. So geht man nicht mit ihnen um, daran hängen Existenzen. Wir hatten heute auch das Thema Gastronomie. Ich gehe davon aus, dass auch am Großmarkt der eine oder andere schwierige Zeiten infolge von Corona durchlebt hat. Deswegen sollten wir hier zügig eine vernünftige Lösung haben.

Die SPD hat sicherlich gut daran getan, dieses Thema noch einmal in den Kölner Stadtrat zu bringen. Hier sehen die FC-Fans und auch die FC-Mitglieder - das sind über 100 000 Menschen -, wer zu ihrem Verein steht, wer diesen Verein wertschätzt. Zumindest das ist in dieser Debatte klar geworden. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich jetzt über den Antrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE und die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? - Volt. Dann ist der Antrag abgelehnt.

(Christian Joisten [SPD]: Chance vertan!)

Tagesordnungspunkt

**3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von den RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) und Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Köln ist solidarisch: Gemeinsam aus der Pandemie“
AN/0304/2022**

Ich gebe Frau von Bülow das Wort.

Brigitta von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen jetzt zu einem völlig anderen Thema. Das ist schon wieder so ein Switch in diese Sitzung, die Thematik aber korrespondiert mit dem Anfang unserer Sitzung. Da ging es ja um die Frage: Reden wir überhaupt heute zu diesem Dringlichkeitsantrag, zu dieser Resolution? Ich denke, die Sitzung hat gezeigt, wie notwendig es ist, gerade heute an diesem Tag auch über diese Resolution und über diesen Dringlichkeitsantrag zu sprechen. Ich bin froh, dass wir ihn hier heute auf dieser Tagesordnung haben.

Ich freue mich sehr, dass wir als Rat gemeinsam eine Resolution verabschieden, denn der Stadtrat positioniert sich, um Spaltungen in dieser Stadt zu überwinden und deutlich zu machen: Nur gemeinsam und solidarisch gibt es einen Weg aus der Pandemie!

(Beifall)

Der Rat der Stadt macht damit deutlich, dass er in diesen Zeiten seine Aufgabe wahrnimmt und ernst nimmt, nämlich einzutreten für ein vielfältiges, demokratisches und solidarisches Köln.

Mit Sorge beobachten wir den Fortgang der Corona-Pandemie, und mit Sorge verfolgen wir eine zunehmende Radikalisierung der Teilnehmenden von Corona-Spaziergängen bundesweit. Wichtig ist es, dem entgegenzutreten unter dem Stichwort der solidarischen Bekämpfung der Pandemie, wie das heute mit dieser Resolution geschieht. Die Überschrift „Geschlossen für Demokratie“ im Kommentar des heutigen „Kölner Stadt-Anzeigers“ beschreibt unser Ziel zutreffend.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 55

Um eines vorwegzuschicken: Ich bin froh, dass sich viele Kölnerinnen und Kölner haben impfen lassen. Viele sind schon zum dritten Mal und vollständig geimpft. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass sich die Pandemie langfristig zurückdrängen lässt. Nicht nur die Pandemie wird dadurch bekämpft, sondern damit wird das öffentliche gemeinsame Leben in Freiheit erst wieder ermöglicht. Darauf warten und hoffen wir alle. Viele Beispiele haben wir heute schon gesehen. Vor allem das Beispiel des Karnevals zeigt, was wir eigentlich erhoffen, was wir eigentlich erträumen.

Ich bin froh und dankbar, dass sich die Mehrheit der Stadtgesellschaft einig darin ist, die Maßnahmen, die zur Bekämpfung der Pandemie ergriffen werden, mitzutragen, auch wenn uns diese viel abverlangen.

Der Rat macht heute noch einmal deutlich, dass er die Einhaltung aller durch wissenschaftliche Analysen empfohlenen Maßnahmen für eine wirkungsvolle Bekämpfung der Pandemie, wie Impfen, die Masken- und Testpflicht sowie temporär notwendige Beschränkungen, für unabdingbar hält. Denn diese nicht einzuhalten, ist unsolidarisch und beeinträchtigt die Gesundheit vieler und die Freiheit aller.

Der Rat unterstützt uneingeschränkt die städtische Verwaltung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ihrer Arbeit und ihren Aktivitäten gegen die Ausbreitung des Coronavirus. Allen, die im Gesundheitssektor und insgesamt in vielen Bereichen der kritischen Infrastruktur an der Bekämpfung der Pandemie arbeiten, gilt unser Dank.

Einer provokativen Verweigerung von Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung, wie zum Beispiel der Maskenpflicht, sowie allen verbalen und tätlichen Übergriffen gegen Menschen im Gesundheitswesen und gegen Mitarbeiter*innen von Ordnungsamt und Polizei, die die Umsetzung dieser Maßnahmen verantworten müssen, erteilt der Rat eine deutliche Absage. Denn diese dürfen nicht sein, nicht nur weil das Funktionieren unserer Gesellschaft damit auf dem Spiel steht.

Der Rat wendet sich gegen eine Diffamierung der Presse und der öffentlich-rechtlichen Medien und setzt sich nachdrücklich für die Presse- und Meinungsfreiheit ein. Er lehnt jede Form von esoterischen und antisemitischen Verschwörungstheorien entschieden ab.

(Beifall)

Köln steht für ein friedliches, demokratisches Zusammenleben in Vielfalt. Das ist ein hohes Gut. Dazu gehört es auch, seine Meinung frei äußern zu können. Dieses Kernstück der Demokratie - die Meinungs- und Versammlungsfreiheit - erleben wir derzeit, wenn an den Montagen jeweils zwei Demonstrationen durch diese Stadt ziehen: Corona-Spaziergänger und „Köln ist solidarisch“.

Allerdings zeigen sich Grenzen der Meinungsfreiheit, wo wissenschaftliche Erkenntnisse aufgegeben werden, wo antisemitische Verschwörungstheorien vertreten oder menschenfeindliche Äußerungen getätigt werden. Grenzen zeigen sich, wo die Pressefreiheit infrage steht und wo demokratisch entschiedene Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung verweigert werden. Sie zeigen sich, wenn Übergriffe stattfinden, wenn Politiker*innen, Journalist*innen, Ärzt*innen, Wissenschaftler*innen bedroht werden.

Der Rat der Stadt fordert alle Corona-Spazierenden auf, die ihre Meinung öffentlich demonstrieren wollen, sich energisch und entschieden von Nazis und rechten Populisten, die ihre Proteste für ihre nationalistischen und rassistischen Ziele instrumentalisieren wollen, zu distanzieren und nicht gemeinsam mit ihnen auf die Straße zu gehen.

(Beifall)

Denn es geht ihnen, den rechten Populisten, nicht um Freiheit und nicht um Corona, sondern sie hetzen gezielt gegen Menschen mit dem Ziel der Bekämpfung unserer Demokratie.

(Beifall)

Der Rat der Stadt steht für ein Köln, das solidarisch miteinander umgeht. Er steht an der Seite derer, die sich gemeinsam dafür einsetzen, solidarisch aus der Pandemie zu kommen. Denn wie eingangs gesagt: Der Rat steht für ein friedliches Zusammenleben, für Demokratie, für Freiheit und für eine soziale, solidarische und bunte Gesellschaft. - Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen?

(Zuruf von der AfD: Ja!)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 56

- Bitte.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Mitglieder des Rates! Geschätztes Publikum vor dem Livestream! Ich zitiere nachfolgend und zur Erinnerung aus dem Grundgesetz. In Artikel 8 Absatz 1 steht:

Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

Eigentlich dürfte dies schon allein für sich sprechen, aber Ihre Ausführungen erfordern weitere Kommentare meinerseits.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, wir haben in der letzten Ratssitzung zum Beispiel einen neuen Ansatz vorgestellt: Wir wollten 1G - also getestet - zur Diskussion stellen und mit Ihnen zusammen um die beste Lösung für diese Stadt ringen. Aber meine Damen und Herren, unser Antrag ist weder beachtet noch diskutiert worden.

Ich kann Ihnen aber auch in einigen Punkten, auch Ihren Aussagen, Frau von Bülow, und Ihrem Antrag zustimmen und muss keine Angst haben, dass ich mein Gesicht dabei verliere. Denn ja, auch wir sprechen uns unter anderem gegen alle Formen von esoterischen und antisemitischen Verschwörungstheorien aus. Und ich habe das in den vergangenen Ratssitzungen schon oft betont: In Köln gibt es keinen Platz für Antisemitismus!

Meine Damen und Herren, der überwiegende Großteil der Spaziergänger besteht aus ganz normalen, mündigen Bürgern, die Ihre Wissenschaft nicht akzeptieren oder auch verstehen können.

Vorab dazu: Ich bin selbst dreifach geimpft. Also, was Sie in Ihren Ausführungen uns da unterstellen wollen, das ist schon einmal Humbug.

Und wieso muss man zum Beispiel draußen Maske tragen, wenn es doch Studien gibt, die genau dort die geringste Ansteckung sehen? Wieso kapitulieren die Schulen und hängen weiße Fahnen an die Fenster? Kinder verstehen nicht, warum sie ihre Großeltern nicht mehr sehen sollen. Was muss denn da in so einer Kinderseele vorgehen? Und wieso soll es denn jetzt auch noch die allgemeine Impfpflicht geben? Gerade diejenigen,

die uns durch die Anfangszeit der Pandemie gerettet haben, leiden jetzt genau darunter, dass viele Ihrer Fraktionen im Bundestag diese allgemeine Impfpflicht fast schon obsessiv fordern.

Die Johns-Hopkins-Universität sagt in einer Studie zum Beispiel auch, dass staatlich verhängte Lockdowns gerade in der ersten Coronawelle keine großen Auswirkungen auf die Sterblichkeitsrate hatten. Man muss die Menschen anders erreichen. Ein Vorschlag war, zum Beispiel, das auf freiwillige Verhaltensveränderungen gesetzt werden muss. Das heißt, die Politik muss mit ihren Maßnahmen immer glaubwürdig sein. Jetzt ist das wichtiger als je zuvor. Menschen brauchen Hoffnung, und zwar die Hoffnung, dass es bald ein Ende geben wird.

Verzeihen Sie mir den letzten Satz, denn Ihr Antrag ist meiner Meinung nach aber auch erst daraus erwachsen, dass es Gruppierungen in Köln gibt, die nicht verstehen können oder wollen, wieso Menschen eine „Kein Veedel für Rassismus“-Fahne auf einem solchen Spaziergang getragen haben.

Wir sind der Meinung, Menschen können weiterhin für ihre Freiheit und für ihre Vorstellung von Freiheit auf die Straße gehen. Und nur, weil Menschen nicht Ihrer Meinung sind, sind sie noch lange nicht radikal. Ich schlage Ihnen daher vor, dass Sie erst einmal mit den Menschen reden, anstatt über sie zu urteilen. Wir lehnen deswegen Ihren Antrag ab!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich über den Dringlichkeitsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist dieser Antrag beschlossen. Ich bedanke mich vielmals bei Ihnen.

(Beifall)

Wie ich in Aussicht gestellt hatte, wünscht Herr Boyens eine persönliche Erklärung abzugeben. - Herr Boyens hat das Wort.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 57

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Sie haben direkt im Anschluss an meine Haushaltsrede am 9. November im Rat erklärt - Zitat -:

Wir werden selbstverständlich prüfen, welche Ihrer Aussagen justiziabel sind.

Und schon in Ihrer Formulierung schwingt eine gewisse Vorverurteilung mit, denn korrekt hätten Sie formulieren müssen: „Wir werden prüfen, ob Ihre Aussagen justiziabel sind.“

Und als Volljuristin und politisch erfahrene Person wussten Sie ganz genau, dass keine meiner Aussagen justiziabel war. Sie haben sich aber zu dieser Aussage hinreißen lassen, weil Sie das letzte Wort behalten wollten und sich darüber geärgert haben, dass ich in der Rede pointiert meinen Punkt gemacht habe und mir Ihre Unterbrechungen immer dann, wenn es für Sie und Ihr Ratsbündnis unangenehm wird, nicht habe bieten lassen.

Ende November hat das Rechtsamt der Stadt Köln die Aussagen meiner Haushaltsrede untersucht und ist, wie nicht anders zu erwarten, zu dem Schluss gekommen - Zitat -:

Im Ergebnis ist jedoch von einer Strafanzeige und einem Strafantrag abzuraten.

(Beifall bei der AfD)

Wir haben in dieser Sache Akteneinsicht genommen.

Meine Damen und Herren, wir haben genau diese Woche im Finanzausschuss die Stellungnahme der Bezirksregierung zu unserem frisch aufgestellten Haushalt erhalten. Unter anderem wurden dort zwei Punkte durch die Kommunalaufsicht angesprochen: erstens der fortgesetzte Eigenkapitalverzehr dieser Stadt, und zweitens wurde ein Abbaupfad zum Thema Liquiditätskredite eingefordert. Beide Punkte habe ich in meiner Haushaltsrede - und wenn ich das richtig sehe, als einziger Redner - angesprochen. Sachliche Kritik oder Gegenargumente zu meinen Ausführungen - Fehlanzeige. Stattdessen hatte die Kollegin Schneeloch von den Grünen nichts Besseres zu tun, als über Twitter ihre nicht haltbare Aussage direkt noch einmal in die Welt hinauszuposaunen. Und dann erhält sie dafür von der Frau Oberbürgermeisterin ein Herzchen. Henriette Reker gefällt das. Na wunderbar!

(Beifall bei der AfD)

So geht hier Politik.

In der Dezembersitzung wurden die Behauptungen dann von der angeblichen Strafbarkeit meiner Ausführungen von Herrn Joisten wiederholt und explizit von Frau Glashagen in einer Rede thematisiert. Schon damals wäre Gelegenheit gewesen, Frau Oberbürgermeisterin, aufgrund des Gutachtens des Rechtsamtes der Stadt Köln in diesem Punkt den Sachverhalt richtigzustellen. Das haben Sie aber unterlassen. Ich fordere Sie daher auf, hier und heute dieses nachzuholen

(Beifall bei der AfD)

und klarzustellen, dass aufgrund des Rechtsamtes Ihrer Organisation, Ihrer Verwaltung meine Aussagen in der Haushaltsrede nicht justiziabel waren und das Rechtsamt von einer Einreichung einer Anzeige absieht!

Die Bühne gehört Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme Ihre persönliche Erklärung zur Kenntnis und gehe zum nächsten Tagesordnungspunkt über.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „CoronaCarnavalColonia - Where is my Wert!“ AN/2677/2021

Antwort der Verwaltung vom 28.01.2022 4308/2021

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.2 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Sachstand Heliosgelande 2022“

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 58**AN/0201/2022****Antwort der Verwaltung vom 03.02.2022
0334/2022**

Hierzu gibt es eine Nachfrage. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Recht herzlichen Dank für die zügige Beantwortung meiner Anfrage. In Punkt 4 bin ich allerdings, glaube ich, falschverstanden worden. Es geht mir um die Durchwegung des Heliosgeländes. Es geht mir nicht nur um den Aspekt des eigentlichen Schulgeländes. Das Heliosgelände ist ja wesentlich größer. Es geht um die Durchwegung des gesamten Geländes.

Wird also sichergestellt, dass die Schüler, sobald die Schule öffnet, auch das übrige Gelände durchqueren können, um zur Schule zu kommen? Darauf wünsche ich mir eine Antwort. Ich habe auch in den Fluren schon anderes gehört. Das wäre die eine Nachfrage.

Die andere Nachfrage hat auch direkt damit zu tun. In der Bürgerbeteiligung und in diesem ganzen Prozess ist ja auch von den Bürgern gewünscht und beschlossen worden, ein innovatives Verkehrskonzept rund um das Heliosgelände zu entwickeln. Da geht es speziell auch um die Heliosstraße. Dazu würde ich gern wissen, ob in der Verwaltung sozusagen mit bedacht wird, dass dort ein Shared Space bzw. verkehrsberuhigter Bereich angedacht ist. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können Sie das bitte schriftlich einreichen?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Das kann ich gerne machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke.

Tagesordnungspunkt

4.3 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend "86 unbegleitete minderjährige Ausländer (UMA) in Köln spurlos verschwunden"
AN/0263/2022

**Antwort der Verwaltung vom 03.02.2022
0363/2022**

Auch hierzu liegt eine Antwort der Verwaltung vor. Nachfragen? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Entschuldigung, da liegt keine Antwort vor, Frau Oberbürgermeisterin. Deswegen würde ich gern § 4 Absatz 6 Satz 2 zitieren:

In von der Verwaltung zu begründenden Ausnahmefällen erfolgt die Beantwortung in einer späteren Sitzung.

Nach meinem Kenntnisstand liegt die Beantwortung nicht vor. Deswegen hätten wir gern die Begründung dafür. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da ich sie selbst unterschrieben habe, muss die Antwort vorliegen.

Matthias Büschges (AfD): Ich schaue jetzt noch einmal. Wenn die Antwort vorliegt, nehme ich das natürlich zurück. Aber wenn nicht, dann hätten wir gerne eine Begründung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Antwort der Verwaltung ist als Tischvorlage umgedruckt worden, höre ich gerade. Sie sei auch im System. Ich kann das jetzt nur wiederholen. Aus eigener Kenntnis weiß ich nur, dass wir sie gemacht haben, aber nicht, ob sie jetzt im System ist. Aber es wird mir so mitgeteilt. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Die Antwort ist vorhanden. Dann nehme ich das zurück, Frau Reker.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay, danke.

Tagesordnungspunkt

4.4 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend „Leistungszentrum 1. FC Köln“
AN/0275/2022

**Antwort der Verwaltung vom 03.02.2022
0388/2022**

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 59

Auch hierzu liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt

4.5 Anfrage der AfD-Fraktion betreffend „Neutralität der Verwaltung“ AN/0274/2022

Antwort der Verwaltung vom 03.02.2022 0383/2022

Die Antwort der Verwaltung liegt vor. Gibt es Nachfragen? - Herr Cremer.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank für die Antwort, Frau Oberbürgermeisterin! Ich sage gleich vorweg: Ich halte sie in Teilen für mangelhaft. Hier werden keine konkreten Zahlen, Daten etc. genannt.

Nichtsdestotrotz haben wir ja auch in unserer Anfrage einen sehr konkreten Fall mit Blick auf die Frage 1 genannt. Zum Beispiel in der Bezirksvertretung Mülheim - uns ist dort mindestens ein Fall bekannt, wo die Verwaltung einen Antrag ausgearbeitet hat, den alle Fraktionen und Mitglieder der Bezirksvertretungen haben stellen dürfen außer von einer, von unserer Partei.

Halten Sie das für zulässig, dass die Verwaltung für Teile eines Gremiums Verwaltungsvorlagen ausarbeitet und sie die dann als eigene Anträge einreichen dürfen? Ich kann Ihnen auch gerne den Vorgang in Schriftform zukommen lassen, dass Sie es sehen. Dazu würde mich einmal Ihre Meinung interessieren. Mich würde auch interessieren, ob wir hier noch konkretere Antworten insbesondere zu den Fragen 1 und 2 bekommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde Sie bitten, auch diese Nachfragen schriftlich einzureichen. Sie werden kurzfristig beantwortet. - Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Wir würden dann bitte beide Anfragen noch einmal in die nächste Ratssitzung nehmen, weil, wie gesagt, keine Tischvorlage vorliegt. Es ist zwar jetzt im System eingepflegt - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, wir beantworten die Nachfragen schriftlich.

Philipp Busch (AfD): Ja, das tun wir. Aber wir würden trotzdem gerne beide Anfragen mit in die nächste Ratssitzung nehmen, weil sie so kurzfristig waren.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie können sie gerne mitnehmen, aber wir werden sie nicht auf die Tagesordnung nehmen. Also, mitnehmen kann man hier in die Ratssitzung bis auf verbotene Gegenstände alles.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe jetzt keine weiteren Anfragen.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht**6.1 Satzungen**

Tagesordnungspunkt

6.1.1 Änderung der Hauptsatzung, hier: Anregung der Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik zu Sachverständigen für seniorenpolitische Fragen in den Bezirksvertretungen 3260/2021

Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und Ähnliches**6.2.1 Änderung der Luftrettungssatzung der Stadt Köln 4354/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 60**6.2.2 Honorarordnung für die Familienberatung und den Schulpsychologischen Dienst der Stadt Köln
3095/2021**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE. Dann ist es so beschlossen. Danke.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates**7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin / den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2021 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2020/21
0295/2022**

Das ist eine Kenntnisnahme. Wünscht jemand, das nicht zur Kenntnis zu nehmen? - Das ist nicht der Fall. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhung nach § 25 Abs. 2 KommHVO**7.2.1 Mehrkosten für den Neubau der Fuß- und Radwegbrücke über die Weinsbergstraße in Köln Ehrenfeld
2807/2021**

Das ist auch eine Kenntnisnahme. Gibt es dazu Redebedarf? - Das ist nicht der Fall.

8 Überplanmäßige Auswendungen**8.1 Überplanmäßiger Aufwand im Teilergebnisplan 0403 - Römisch-Germanisches Museum
4254/2021**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt.

**Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021**

**Änderungsantrag der Fraktionen CDU und FDP
AN/2666/2021**

Ich gebe Herrn Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die jetzt hier noch im Saal sind und auch an den Bildschirmen. Es hat sich ein bisschen gelichtet, aber wir alle sind mit dem Herzen dabei.

Wir haben ja jetzt die Verwaltungsvorlage, die auf einer charmanten Idee der FDP-Fraktion beruht, die - um es mal etwas historisch zu nennen - schon in den Jahren 2015, 2016, 2017, 2018 diese Idee entwickelt hat, dass die etwas technokratischen Bezirksnamen in der Innenstadt ein bisschen lebendiger und bürgernäher benannt werden.

Die Idee fanden wir 2019 auch charmant, als wir das mit beschlossen haben, weil wir auch dachten, wenn es aufwandsarm geht, dann: Warum nicht? Warum nicht von diesen technokratischen Namen wie „Neustadt-Nord“, „Altstadt-Süd“ in vierzehn kleinteilige Namensnennungen gehen?

Das haben wir beschlossen, und diese Prüfung ist dann im Mai 2021 vorgelegt worden mit der klaren Aussage, dass die wirklich charmante Idee leider an der Realität zerschellt ist. Warum?

(Ulrich Breite [FDP]: Eine einzige Absage!)

Lieber Uli, guck dir Anlage 2 an, und dann lass einmal wirken, was die Auswirkung wäre auf das Verwaltungshandeln und dann mittelbar auch auf die Bürgerinnen und Bürger in dieser Innenstadt linksrheinisch!

Das fängt an beim Wahlamt, es sind ja neue Stimmbezirke. Gut, das ist nicht schlimm, das haben wir schon oft gemacht. Weiterspielen.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 61

Beim zweiten Punkt wird es schon interessant: Das Kataster und die Geobasisdaten müssten komplett neu gemacht werden, ganze Kartenwerke müssten neu gemacht werden. Nur, damit im Personalausweis dann das entsprechende Viertel drinsteht und man darauf schaut und sagt: Ui, jetzt fühle ich mich wohl.

Oder drittens: In der integrierten Jugendhilfe und Schulentwicklungsplanung müsste eine vollständige Überarbeitung aller Planungen, aller Daten, aller vorgestellten Sozialräume erfolgen.

Oder im Statistik- und Informationsmanagement: Änderung sämtlicher räumlicher Geometrien und Raumbezugssysteme. Ich erspare uns jetzt Bauaufsicht, Finanzamt, Behörden usw.

Und wenn wir diese vielen Änderungen kosten- und personalmäßig abwägen und es in Abgleich stellen zur Personalausweisänderung und zu der Idee „Ich fühle mich besser, wenn ich da hineinschaue“, dann passt das nicht mehr, und das wisst ihr auch.

Deswegen löst euch bitte von der Idee und stimmt der Verwaltungsvorlage zu. Wir wissen doch alle, dass die Menschen sich wohlfühlen im Agnes-Viertel, im Belgischen Viertel, weil sie Nachbarschaft haben, Gastronomie, kulturelle Punkte. Deswegen haben sie Heimatgefühl, und nicht, weil etwas im Ausweis steht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Deswegen werden wir hier klar dem Verwaltungshauptvorschlag zustimmen, dass wir das nicht umsetzen und dass die Einteilung so bleibt. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weber das Wort.

Florian Weber (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Wir haben das aus einer etwas anderen, weniger emotionalen Perspektive und nicht bezogen auf den Personalausweis betrachtet, sondern haben eigentlich die Frage gestellt: Sind wir als Millionenstadt noch nah genug an der

Lebensrealität unserer Bürger dran, wenn wir unsere Innenstadt - und darum geht es ja - mit mehr als 130 000 Einwohnern lediglich in fünf Stadtteile einteilen, von denen vier - Innenstadt Nord, Innenstadt Süd, Altstadt Nord und Süd - relative Allgemeinplätze sind? Die findet man in jeder Stadt. Lediglich Deutz sticht da natürlich heraus mit einem gewachsenen Veedel und einer kraftvollen Bedeutung im Rechtsrheinischen.

Deswegen rücken wir mit unserem Änderungsantrag die gelebte Realität der Menschen in der Kölner Innenstadt noch deutlicher in den Fokus des Verwaltungshandelns. Es stehen also nicht nur die Reisepässe bzw. die Personalausweise für uns dort im Kern dieser Anfrage, sondern das Verwaltungshandeln und auch unser politisches Handeln. Wir wollen den Veedeln und ihren Menschen mehr Aufmerksamkeit geben - Veedel, die sich teilweise über Jahrhunderte herausgebildet haben und die bis heute ein Gemeinschaftsgefühl und ein Verantwortungsbewusstsein bei den Menschen erzeugen. Welch ein Glück ist das eigentlich für unsere internationale Stadt, in der natürlich die Menschen kommen und gehen, und zwar gerade in der Zeit, in der der Trend des Nur-an-sich-selbst-Denkens immer stärker wird?

Mit unserem Beschlussvorschlag benennen wir 15 Veedel in der Innenstadt - vom Agnes-Veedel über Deutz bis hin zum Rathenau-Veedel - und machen sie zum offiziellen Bestandteil der Satzung der Stadt Köln. Ein notwendiger Schritt, um das Verwaltungshandeln noch deutlicher an diesen Veedeln auszurichten.

An dieser Stelle sei der Verwaltung für ihren Entwurf einer Neueinteilung in zwölf Veedel gedankt, den sie grundsätzlich - so heißt es in der Beschlussvorlage - als umsetzbar einstuft.

Uns war es wichtig, mit unserem Änderungsantrag zwei Anpassungen vorzunehmen: erstens, dass wir das Eigelstein-Viertel hervorheben, und zweitens, dass wir in der Altstadt noch einmal eine bessere Unterscheidung hinbekommen.

Lassen Sie mich zum Abschluss - das wurde ja eben auch schon erwähnt - noch kurz den Bogen zu den Redebeiträgen im Dezember 2019 spannen. Damals war ich selbst noch nicht hier, aber damals wurde mit großer Mehrheit von SPD, CDU, Grünen und FDP die Verwaltung gebeten, die uns heute vorliegende Beschlussvorlage anzufertigen.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 62

(Zuruf von Christian Joisten [SPD])

Mehrere Beiträge, Herr Joisten, betonten damals die Kraft der Veedel, auf die Menschen integrierend und identitätsstiftend zu wirken. Das ist richtig und wichtig. Aber ebenso wichtig ist - ich hoffe, das wurde heute in unserem Redebeitrag deutlich -, dass das Handeln der Verwaltung und auch der Politik noch stärker an den Gegebenheiten und den Bedürfnissen vor Ort ausgerichtet wird.

(Niklas Kienitz [CDU]: Die SPD ist da ganz anders unterwegs!)

Mit der Festschreibung der 15 Veedel für den Stadtbezirk Innenstadt könnten wir heute den nötigen Schritt gehen. Bitte geben Sie diesen Veedeln heute Ihre Stimme, indem Sie unseren Antrag unterstützen! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Weber sprach es bereits an: Am 12. Dezember 2019 begab es sich, dass auf Antrag von CDU, Grünen, FDP und GUT tatsächlich schon einmal darüber debattiert wurde, ob eine solche Veedelsumbenennung Sinn machen könnte.

(Niklas Kienitz [CDU]: Absolut!)

Wir haben damals beschlossen, auch mit den Stimmen von uns als SPD, einen Vorschlag erarbeiten zu lassen, in dem insbesondere der damit verbundene Aufwand dargestellt werden soll. Ich habe schon damals in einer Rede sehr kritisch angemerkt, dass wir schauen werden, welchen Verwaltungsaufwand das Ganze verursacht.

Dieser Beschlussvorschlag der Verwaltung oder Entwurf mit der Darstellung des Aufwands sollte bis Ostern 2020 - so der Antrag damals - vorliegen. Jetzt ist es ein bisschen später geworden.

(Zuruf von Niklas Kienitz [CDU])

- Ein ganz kleines bisschen später.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein, die Vorlage ist mehrfach geschoben worden!)

- Ja, aber nicht seit Ostern 2020.

Zurück geht das Ganze übrigens - Ehre, wem Ehre gebührt! - immer wieder auf Initiativen der FDP-Fraktion, die diesen Ball sogar schon 2009 und 2011 gespielt hat. Da wollen wir euch auch gerne das Urheberrecht lassen.

Wie gesagt, haben wir am 12. Dezember 2019 der Aufforderung an die Verwaltung zugestimmt: Macht einen Vorschlag, und stellt uns dar, wie der Verwaltungsaufwand ist. - Ausdrücklich haben wir betont, dass wir uns den Verwaltungsaufwand sehr genau ansehen.

Jetzt liegt eine Beschlussvorlage der Verwaltung vor, die im Hauptvorschlag sagt, es solle keine Umbenennung stattfinden, die aber auch den Aufwand darstellt, wenn ein Alternativvorschlag der Verwaltung umgesetzt würde und eine Umbenennung in zwölf Veedel erfolgte.

Nach Ansicht der Verwaltung würde damit ein erheblicher Ressourceneinsatz einhergehen; man könne noch gar nicht absehen, welche finanziellen und personellen Aufwendungen dafür nötig sind. Aber es erscheint ja recht logisch, dass zum Beispiel ein Neuzuschnitt der Stimmbezirke Aufwand mit sich bringt. Auch Änderungen der Geobasisdaten, der integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung, des Baukatasters und weiterer Dinge wären damit verbunden.

Jetzt ist also genau das gemacht worden, was damals gefordert wurde: Die Verwaltung hat uns den Aufwand dargestellt.

Dann gehen CDU und FDP hin und sagen: Ihr habt uns jetzt den Aufwand für zwölf Veedel dargestellt. Da scheint ja ganz ordentlich was zu tun zu sein. Wisst ihr was? Wir machen 15 Veedel.

(Heiterkeit bei der SPD)

Damit ist dann eine Dialektik erreicht, bei der ich nicht mehr mitkomme.

By the way, nur als kleiner Hinweis an CDU und FDP: In der Karte habt ihr die 15 Veedel dargestellt. In eurem Beschlussvorschlag, dem eigentlichen Text, der in der Hauptsatzung geändert werden soll, habt ihr aber nur 14 Veedel benannt. Da fehlt nämlich Deutz.

(Heiterkeit bei der SPD)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 63

Deutz ist ja mal als Kastell gegründet worden. Das ist ein wehrhaftes Völkchen. Vielleicht korrigiert ihr das lieber noch.

(Beifall bei der SPD sowie bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Denn die Deutzer finden das, glaube ich, gar nicht so witzig.

Die Conclusio für uns ist aber folgende: Der Verwaltungsaufwand ist, wie die Verwaltung uns dargestellt hat, schon bei zwölf Veedeln erheblich und zu erheblich. Daher werden wir 15 Veedel erst recht nicht machen. Wir werden aber auch die zwölf Veedel nicht machen.

Wir werden in diesem Fall dem Hauptvorschlag der Verwaltung zustimmen, weil wir der Meinung sind - da waren wir uns übrigens am 12. Dezember 2019 auch einig -: Köln hat wahrhaft noch größere Probleme.

Ich kann euch sagen: Wenn der Wohnungsbau in Köln läuft, wenn dann wirklich Erhaltungssatzungen überall dort ausgerollt wurden, wo sie nötig sind, um den Leuten im Veedel die Sicherheit zu geben, dass sie da bleiben können, und wenn die Verkehrsprobleme in dieser Stadt gelöst sind - ich würde sagen: mit einer Ost-West-U-Bahn; das werden die Grünen anders sehen; aber es wäre meine Meinung -, dann könnt ihr gerne noch mal anrufen, und dann können wir uns darüber unterhalten, ob wir auch diesen Punkt angehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich fürchte nur: Bei den Prämissen, die ich gerade genannt habe, werde dann nicht mehr ich ans Telefon gehen, sondern ein Nachnachsfolger oder eine Nachnachsfolgerin. Aber ihr könnt euch dann auf mich berufen. Und dann sind wir, glaube ich, auch dabei.

In diesem Sinne stimmen wir dem Hauptvorschlag der Verwaltung zu. Er sieht ja immerhin vor, dass die historischen Namen sichtbar werden.

Seht es einmal so, liebe Freunde von der FDP: Ich kann den Vorschlag verstehen. Ich will ihn auch gar nicht ins Lächerliche ziehen. Es gibt da draußen sicherlich auch Leute, die darauf großen Wert legen würden. Aber die Idee bleibt euch vermutlich - so schätze ich die Mehrheiten heute ein - zumindest erhalten. Das ist ja auch etwas.

Wir stimmen dem Hauptvorschlag zu.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann keine so lebendige Rede wie Herr Krupp halten. Ich dachte nicht, dass es jetzt zu dieser Zeit noch Reden gibt, die dann so emotional geführt werden. Ich wollte dazu gar nicht sprechen, möchte aber kurz Folgendes mitteilen:

Diese Vorlage wurde ja mehrfach geschoben. Wir als LINKE haben uns gefragt, warum. Denn wir finden, dass die Verwaltung gut dargestellt hat, mit welchem Aufwand das verbunden ist. Jeder sollte sich die Anlage 2 genau anschauen und zu Gemüte führen. Ich zitiere nur einen Punkt daraus:

Gesamte Verwaltung

In der Summe erheblicher Aufwand durch kleinere und mittlere Änderungsbedarfe sowie Einschränkungen an vielen Stellen der Verwaltung

Ich glaube - Herr Krupp hat es ja gesagt; ich wiederhole es nur -, dass die Verwaltung mit Wohnungspolitik und Verkehrspolitik genug zu tun hat. Wir sollten sie mit so etwas nicht aufhalten.

Entsprechend werden wir dann dem Hauptvorschlag der Verwaltung folgen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lino Hammer, der im Moment leider nicht hier vorne sitzt, war am Sonntag im Agnesviertel unterwegs. Woher weiß ich das? Er hat das bei Instagram gepostet.

(Christian Joisten [SPD]: Stalkst du ihn?)

- Nein. Aber das ist mir angezeigt worden.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 64

Ich habe den Ort auch direkt erkannt. Im Hintergrund war das Fronthaus am Neusser Platz zu sehen. Man konnte also sehen, dass Lino im Agnesviertel ist.

Instagram hat aber auch angezeigt, dass das Foto im Agnesviertel gemacht wurde. Da fragt man sich ja: Woher weiß Instagram das denn? Wenn Sie sich Google anschauen, wenn Sie sich Apple anschauen oder wenn Sie sich Instagram anschauen, sehen Sie, dass dort die Viertel alle angezeigt werden. Die kennen die Viertel in der Stadt. Schauen Sie einmal auf Ihr Handy. Ich habe das gerade getan. Wir sind im Martinsviertel, sagt mein Handy. Und woran liegt das?

Wie eben bereits gesagt worden ist, läuft die Aktion ja schon etwas länger. Vor Jahren haben sie einmal bei uns angefragt und haben gesagt: Ihr habt so tolle Veedel eingerichtet. Dürfen wir die übernehmen? Die technischen Bezeichnungen sind uns zu weit weg.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] betritt den Saal)

- Da ist ja der Lino aus dem Agnesviertel. - Dann haben sie das in ihre Daten entsprechend übernommen.

Das, was im Internet gelebt wird, und das, auf das die Leute draußen stolz sind, kennt die städtische Hauptsatzung leider noch nicht. Sie kennt nur die preußische Einteilung: Altstadt und Neustadt, jeweils Nord und Süd.

Uli Breite hat auch die erste historische Erwähnung gefunden. In dem Buch „Köln im Kaiserreich“ der Historischen Gesellschaft Köln gibt es eine Karte von 1909, auf der diese Einteilung das erste Mal zu sehen ist. Es war also noch nicht einmal Adenauer, sondern schon in der Kaiserzeit wurde die Innenstadt hier von den Preußen einmal so eingeteilt.

Wir sind der Meinung, dass es nach 113 Jahren einmal Zeit wird, diese preußische Einteilung gegen die Realität auszutauschen und das hier entsprechend anzupassen.

Die Innenstadt hat eine genauso kleinteilige Einteilung verdient, wie sie zum Beispiel ein Stadtbezirk wie Porz hat. Porz hat 16 Stadtteile - das ist ja auch richtig so -, und zwar bis hin zu kleinsten Dörfern; das kleinste Dorf ist Libur. Das gilt natürlich auch für die Innenstadt.

Ich bin Herrn Krupp sehr dankbar. Sie haben recht; da sind wir wirklich galoppiert. Deswegen ändern wir unseren Änderungsantrag direkt ab. Natürlich kommt Deutz - in richtiger alphabetischer Reihenfolge - mit dazu.

Lieber Manfred Richter, ich wusste natürlich, dass dann irgendeiner kommt und sagt: Das ist doch alles viel zu aufwendig. Schaut nur in die Anlage 2. Da steht es ja entsprechend drin.

Das ist natürlich das, was die Kölner Stadtverwaltung am allerbesten kann - mit Verlaub, Frau Oberbürgermeisterin. Da werden immer die Probleme gesehen. Da wird immer gesagt, was alles nicht geht - egal, ob man ein Haus oder einen Radschnellweg baut.

Ich kann mir gut vorstellen, wie das abläuft. Wenn Frau Scholz als Amtsleiterin in den Ämtern anfragt: „Freunde, der Stadtrat will noch zehn neue Stadtteile einrichten. Was sagt ihr denn dazu?“, sagt der Beamte: „Oh Gott, oh Gott, oh Gott! Wir sind ja schon mit den 86 Stadtteilen überfordert. Wie sollen wir denn noch zehn weitere bewältigen?“ Dann kommen tausend Sachen von tausend Bedenkenträgern, die aufzeigen, was alles angeblich nicht geht.

So arbeitet die Kölner Stadtverwaltung leider. Frau Oberbürgermeisterin, wenn Sie es im Rahmen Ihrer Verwaltungsreform schaffen, da einen Lösungsansatz bei der Verwaltung hinzubekommen, wäre hier schon viel erreicht.

Ich möchte den jüngeren Kollegen, die noch nicht so lange dabei sind, auch gerade der Grünenfraktion, ein bisschen Mut machen.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

- Auch wenn wir heute keine Mehrheit bekommen, kann ich Ihnen Mut machen, Frau Kollegin.

Wir haben vor 20 Jahren mit Grünen und FDP das Niederflernetz in dieser Stadt ausgeweitet - gegen massiven Widerstand der Stadtverwaltung und der KVB. Dort, wo heute die Linien 12 und 15 fahren, sollten alle Bahnsteige auf 90 Zentimeter angehoben werden. Das sollte einen dreistelligen Millionenbetrag kosten. Da haben wir gesagt: Das kann ja nicht wahr sein. Die 90 Zentimeter sind doch die alte Technik bei der Stadtbahn. Wir müssen doch Niederflur machen. - Es gab massive Widerstände. Die KVB hat gesagt: Wir haben die Bahnen schon bestellt; wenn wir das ändern, kostet es bei Bombardier 50 Millionen Vertragsstrafe.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 65

Das haben Grüne und FDP gemacht. Barbara Moritz, „Berti“ Waddey, Christtraut Kirchmeyer und Ralph Sterck haben gesagt: Wir machen das trotzdem. - Heute sind bei der Stadtverwaltung und bei der KVB alle glücklich.

(Niklas Kienitz [CDU]: Da muss ja noch ein Dritter dabei gewesen sein!)

- Die CDU war dabei; Entschuldigung. Die CDU war dabei; um Gottes willen.

Wenn Sie sich immer von den Bedenkenträgern in der Stadt bremsen lassen, kriegen Sie hier gar nichts bewegt.

Nach den Reden, die ich gehört habe, glaube ich nicht, dass wir heute hier eine Mehrheit hinbekommen. Das ist schade. Aber das bin ich auch ein bisschen gewohnt. Beim Deutzer Hafen mussten wir, glaube ich, drei Anträge stellen. Bei Kreuzfeld waren es auch drei. Beim Haus des Jugendrechts haben wir mal mit der CDU, mal mit der SPD gestimmt und nie eine Mehrheit dafür bekommen. Heute sind alle glücklich.

Irgendwann bekommen wir auch für diesen Antrag eine Mehrheit. Ich bin einmal gespannt, ob die preußische Einteilung ihren 120. Geburtstag erlebt. Ich kämpfe dafür, dass sie das nicht tut. Wenn es nicht heute klappt, klappt es hoffentlich beim nächsten Mal. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt frage ich, ob weiter das Wort gewünscht wird. - Ich sehe Herrn Bezirksbürgermeister Hupke, der schon nach vorne sprintet.

Bezirksbürgermeister Andreas Hupke (Innenstadt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mich hierzu nicht zu Wort gemeldet hätte, wäre das von mir ja auch ein bisschen schofelig gewesen. Aber ich halte es kurz.

Ich vertrete den Beschluss, den die BV gefasst hat. Er ist so gewesen, dass die BV mehrheitlich gesagt hat: Wir folgen der Meinung der Verwaltung und auch der Vorgabe der Verwaltung.

Ich will aber auch noch zur Kenntnis geben, dass das immerhin eine sehr spannende Diskussion war, die auch emotional war - auch in unserer

Fraktion, der ich angehöre, der Grünenfraktion. Wir haben sogar die Abstimmung freigegeben. Und dann ist es so beschieden worden, wie wir es beschieden haben. Die Stimmung, muss ich sagen, ist auch noch gekippt. Dabei spielten zwei, drei Punkte eine Rolle.

Zum Beispiel - ich trage das nur vor; ich bin der Bote der Nachricht; ich sage ganz offen, dass ich mich enthalten habe; da mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube - darf so etwas nicht von oben, also vom Rat, kommen. Das darf ich jetzt auch einmal sagen. Es muss von unten kommen. Es muss von den Bürgerinnen und Bürgern kommen. Es muss von den Initiativen kommen. Da muss natürlich auch die BV mit dabei sein.

Wir haben es aber jetzt so lange diskutiert. Und auch bei mir persönlich war das dann so: Auf einmal haben wir ein Zülpicher Viertel, seit dem 11.11., was es nie gegeben hat. Dann haben viele auch zu mir gesagt: Da siehst du, für was du eintrittst, usw. usf. - Dann kommen die, dann kommt der, und dann kommt der. Dann ist es jetzt so, wie hier die Mehrheit das beschließt. Und dann müssen wir da noch einmal überlegen und diskutieren.

Ich bin aber auch froh über das, was ich jetzt auch hier sehe. Das Vertreten der Beschlüsse der Bezirksvertretung bringt jetzt erst einmal Ruhe und Frieden hinein. Und dann diskutieren wir alle weiter, wenn wir in Pension sind. Da bin ich aber übrigens schon drin, also im Ruhestand.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag von CDU und FDP in der von Herrn Sterck mündlich geänderten Fassung, in der Deutz mit dabei ist, und anschließend über die Vorlage abstimmen.

Wer wünscht dem Änderungsantrag von CDU und FDP zuzustimmen? - Das sind die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und Herr Zimmermann. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist er abgelehnt.

Nun komme ich zur Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 66

AfD-Fraktion und von Herrn Zimmermann. Enthaltungen? - Keine. Dann ist sie beschlossen. - Danke sehr.

Tagesordnungspunkt

10.2 Bedarfsfeststellungs-, Planungs- und Baubeschluss für die Sicherungsmaßnahmen Römerturm 3852/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Abbruch Bezirksrathaus Rodenkirchen, Hauptstraße 85, 50996 Köln 3890/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Feststellung des Jahresabschlusses der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zum 31.12.2020 4349/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Bedarfsfeststellungsbeschluss für die Vergabe der externen Ingenieur- und Dienstleistungen (HOAI, Leistungsphasen 1 bis 9) zur Realisierung der Maßnahme „Umgestaltung Dorfspange Rondorf“ mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen 2808/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Einrichtung eines kommunalen Medienzentrums 3926/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Erweiterungsbau Mensa an der Henry-Ford-Realschule, Karl-Marx-Allee 43 in 50769 Köln-Chorweiler - Baubeschluss 2545/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich mache es kurz. - Unserer Meinung nach muss der Neubau öffentlicher Gebäude grundsätzlich so erfolgen, dass die Planung und Durchführung so klimaneutral wie nur irgend möglich stattfindet.

Deswegen stellen die KLIMA FREUNDE einen Änderungsantrag. Wir möchten gerne den Text wie folgt ergänzen:

Um die Klimaschädlichkeit des Neubaus so gering wie möglich zu halten, muss bei der Submission eine möglichst klimafreundliche Bauweise eingefordert werden.

Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Würden Sie uns den Wortlaut bitte noch geben oder per Mail schicken? - Danke.

Dann lasse ich zunächst über den mündlichen Änderungsantrag abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und die Fraktion Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das leider nicht so beschlossen.

Nun lasse ich über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Stadtautobahn B 55a/Zoobrücke Los Z1 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die Erneuerung der innenliegenden Brückenentwässerungsleitung sowie der Licht- und Stromversorgungsanlage 3156/2021

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 67

Gibt es Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Bedarfsfeststellungs- und Baubeschluss für die grundhafte Erneuerung von Brückenbelägen und Verschleißschichten auf den Flächen des Individualverkehrs auf der Nordseite der Deutzer Brücke 3213/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Ich lasse abstimmen wie Vorlage und Verkehrsausschuss.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gesamtschulgebäudes für den Stadtbezirk Kalk 3871/2021

Dazu habe ich mehrere Wortmeldungen vorliegen. Zunächst Frau Gabrysch, bitte.

(Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE]:
Ein Änderungsantrag! Das Gleiche!)

- Bitte schicken Sie uns das dann auch zu diesem Tagesordnungspunkt.

Dann gibt es eine Nachfrage von Herrn Wortmann zu TOP 10.10. Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Ich habe nur eine Frage zum System. Können Sie mir oder kann mir jemand aus der Verwaltung den Unterschied zwischen dem hier dargestellten Modell und den ja in Köln existierenden PPP-Modellen beim Schulbau erklären? - Das kann gegebenenfalls auch schriftlich beantwortet werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, wir beantworten es gerne schriftlich.

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich zunächst über den mündlichen Änderungsantrag von Frau Gabrysch und dann über die Vorlage, und zwar wie Schulausschuss, abstimmen.

Wer dem mündlichen Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe)

- Das ist der gleiche Änderungsantrag wie eben. - Würden Sie ihn bitte noch einmal vorlesen?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Auch in diesem Fall wünschen sich die KLIMA FREUNDE, dass die Vorlage um folgenden Text ergänzt wird:

Um die Klimaschädlichkeit des Neubaus so gering wie möglich zu halten, muss bei der Submission eine möglichst klimafreundliche Bauweise eingefordert werden.

Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wissen wir jetzt, worüber wir abstimmen? - Gut.

Wer diesem mündlichen Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Frau Gabrysch und Herr Zimmermann. Weitere Zustimmung sehe ich nicht. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt lasse ich über die Vorlage abstimmen, und zwar wie Schulausschuss, Anlage 1, Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Anlage 2, und Finanzausschuss, Anlage 4.

Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen von der LINKEN und Frau Gabrysch. Enthaltungen? - Es enthält sich Die FRAKTION. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.11 Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse - Linie 1
hier: Einrichtung eines politischen Begeleitremiums
3997/2021**

Ich gebe Herrn Hammer das Wort.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 68

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir zu dieser Vorlage und dem Begleitgremium dann doch einige Worte, um vielleicht auch ein bisschen mit Mythen, die in Bezug auf solche Gremien gerade gebildet werden, aufzuräumen.

Warum benötigen wir so ein Gremium? Warum halten wir auch die Besetzung des Gremiums in dieser Zusammensetzung für sinnvoll?

Die Ost-West-Achse ist ein Jahrhundertprojekt. Wir werden damit die Stadt, glaube ich, über sehr lange Zeit prägen und auf Trab halten, bis dieses Projekt - -

(Zuruf von Michael Weisenstein [DIE LINKE])

- Wir haben ja vor einigen Jahren die beiden Planungen beauftragt. Die Ergebnisse müssen natürlich auch entsprechend bewertet werden. Wenn man sich dann in einem solchen Gremium mit den politischen Vertreterinnen und Vertretern solche Pläne angeguckt, hat das auch nichts mit Geheimhaltung oder so etwas zu tun.

In diesem Gremium werden keine Entscheidungen, welcher Art auch immer, gefällt. Davon kann sich jeder, der sich die Geschäftsordnung dieses Gremiums anschaut, auch selber überzeugen. Es geht letztlich darum, sich Dinge vorstellen zu lassen und vorzubereiten.

Selbstverständlich wird es auch eine breit angelegte Bürger*innenbeteiligung geben. Vielleicht kann die Verwaltung dann auch noch einige Sätze zur weiteren Bürgerbeteiligung sagen.

Letztendlich ist es auch so, dass die Entscheidung, für welche Variante - ich weiß schon, für welche Variante die grüne Fraktion am Ende wahrscheinlich sein wird - sich dieser Rat entscheiden wird, von den 90 Ratsmitglieder hier getroffen wird. Der Rat ist auch das Gremium, in das eine solche Entscheidung gehört. Sie gehört nicht in ein Begleitgremium und nicht in Beiräte, sondern hier im Rat muss diese Entscheidung final getroffen werden.

Daher ist aus unserer Sicht dieses Gremium in der Form dann auch zustimmungsfähig. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt steht Frau Tokyürek auf meiner Rednerliste.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Uns ist es wichtig, hier zu erläutern, aus welchen Gründen wir dieser Beschlussvorlage heute nicht folgen können.

Bereits im Verkehrsausschuss haben wir mit den KLIMA FREUNDEN zusammen einen Änderungsantrag gestellt und beantragt, dass das politische Begleitgremium öffentlich tagen soll

(Beifall bei der LINKEN)

und dass die Verkehrs- und Umweltinitiativen sowie weitere Akteure der Stadtgesellschaft zu beteiligen sind -

(Beifall bei der LINKEN)

und das, meine Damen und Herren, nicht in einem noch gesondert einzusetzenden Gremium - denn dieses Gremium gibt es noch gar nicht - und nicht an einem Katzentisch. Es geht darum, dass nicht noch ein anderes Gremium gegründet wird, in dem dann die Umweltinitiativen und die Verkehrsinitiativen sitzen. Das kann es wirklich nicht sein.

Leider haben das Bündnis, SPD und FDP es versäumt, im Verkehrsausschuss Transparenz zu schaffen, indem man auch die Stadtgesellschaft von Anfang an einbindet.

Es gibt wirklich keinen sachlichen Grund - einen solchen Grund habe ich auch im Verkehrsausschuss nicht vernommen -, warum dieses politische Begleitgremium nichtöffentlich zu tagen hat - es sei denn, dass man die Bürgerschaft ausschließen möchte, weil man einfach Diskussionen vermeiden will.

Diese Vermutung hat man ja, wenn man darüber nachdenkt, aus welchen Gründen denn die Bürgerschaft nicht mit in dieses politische Begleitgremium hineingenommen werden soll.

Der Vorlage ist nämlich zu entnehmen - das ist sehr interessant -:

Die geplante Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse ist ein Projekt, das für die Stadtgesellschaft von großem Interesse und hoher Bedeutung ist.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 69

Man höre: große Bedeutung für die Stadtgesellschaft - die man im gleichen Atemzug am Katzentisch Platz nehmen lässt. Das kann es nicht sein, meine Damen und Herren. Man muss sich einfach auch noch einmal vergegenwärtigen, was man da wirklich beschlossen hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn in diesem Begleitgremium geht es um Vorschläge. Anregungen insbesondere auch zu Planungsalternativen sollen in dieses Gremium eingebracht werden. Da wäre es doch gut, dass man sich anhört, was Umweltinitiativen sagen, und dass man sich anhört, was Verkehrsinitiativen sagen, wenn es um Varianten geht. Wenn es um bestimmte Vorschläge geht, können wir doch die Stadtgesellschaft nicht außen vor lassen.

Da hilft es auch überhaupt nichts, darauf zu verweisen, dass in der Beschlussvorlage in einem Satz steht, dass man den anderen Akteuren in einem anderen Gremium, das regelmäßig tagen soll, die Gelegenheit geben möchte. Das ist unzureichend. Denn das Begleitgremium soll die Transparenz der laufenden Prozesse gewährleisten. Das tut es nicht, wenn es nichtöffentlich tagt.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wie passt das denn zusammen? Transparenz; große Bedeutung für die Stadt; Riesenprojekt; man möchte die Menschen und die Stadtgesellschaft mitnehmen. Und dann macht man so etwas?

Dieser Vorschlag schließt sich nahtlos an das Vorgehen der Verwaltung im letzten Jahr an. Einer Ausschreibung für eine Kommunikationsagentur war zu entnehmen, dass Grundsatzdebatten und Störfeuer gegen das Projekt vermieden werden sollten. Und jetzt kommt diese Beschlussvorlage. Man schließt die Stadtgesellschaft nicht aus, aber bittet, dass die Stadtgesellschaft an einem anderen Tisch Platz nimmt.

Das ist nicht der richtige Weg, denke ich. Nach diesem Desaster mit der Kommunikationsagentur oder nach dem, was da mitgeteilt worden ist oder beschrieben worden ist, ist es nicht der richtige Weg.

Ich möchte noch auf zwei Punkte eingehen, die wichtig sind.

Erstens verweise ich darauf - das können Sie auch einer Anlage zur Beschlussvorlage entnehmen -, dass die Bezirksvertretung Kalk mehrheitlich den, wie ich finde, wirklich klugen Beschluss gefasst hat, öffentliche Sitzungen und Beteiligung von Initiativen und Verbänden in diesem politischen Gremium vorzusehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hat die BV Kalk mehrheitlich beschlossen - auch mit den Stimmen der Grünen.

Zweitens. Dem Arbeitsprogramm des Verwaltungsvorstands der Stadt Köln im Jahr 2022 ist Folgendes zu entnehmen:

Im zweiten Halbjahr beginnt die Projektarbeit zur Erstellung des Sustainable Urban Mobility Plan mit ersten Terminen mit der Öffentlichkeit. Eine breite Öffentlichkeitsbeteiligung wird durch den zu gründenden Mobilitätsrat herbeigeführt. Dieser soll sich aus ca. 25 - 30 Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung, Region, Verkehrsbranche, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Verbänden und Vereinen zusammensetzen und als beratendes Gremium für die Stadtverwaltung sowie Politik tätig sein.

Man höre, was dort möglich ist! Es ist gut - das tragen wir natürlich mit -, dass es einen Mobilitätsrat gibt.

Wenn man da weitere Maßnahmen vornimmt, dann sollte man doch dasselbe bei einem politischen Begleitgremium dieser Art tun, bei dem es wirklich um ein Riesenprojekt geht. Hier sollte man die Gesellschaft mitnehmen. Wie wir aus der Stadtgesellschaft mitbekommen haben, herrscht nach dieser Sache mit der Kommunikationsagentur ja unglaublich viel Unmut. Jetzt kommt noch dieses dazu.

Die Stadtgesellschaft, die wirklich daran arbeitet, hat doch Interesse an dieser ganzen Thematik. Sie wollen doch die Menschen mitnehmen. Wir machen doch Politik für die Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann kann man sie nicht einfach an einem Katzentisch Platz nehmen lassen. Man muss sie mit einbinden.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 70

Seien Sie doch nicht so ängstlich. Laden Sie diese Menschen dazu ein. Ich glaube, dass das etwas Großes werden kann, wenn man das macht. Das müssen wir gemeinsam schaffen - mit der Stadtgesellschaft, mit den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt Köln. - Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch und dann Herr Zimmermann.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Keine Sorge; das ist das letzte Mal für heute. Ich muss nämlich dringend zu meinem Sohn nach Hause. Als alleinerziehende Mutti kann ich das hier nicht immer alles so lange mitmachen.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat vom Bündnis Verkehrswende Köln:

Uns schwant nichts Gutes, wenn der Verkehrsausschuss sich selbst entmachtete und die Vorentscheidung zu diesem zentralen und kostspieligen Projekt einem sogenannten Begleitgremium aus Politik und Verwaltung überlässt, das hinter verschlossenen Türen und ohne Einbeziehung der Zivilgesellschaft tagt.

Die große Frage ist also: Warum dieses Gremium ohne Bürger*innenbeteiligung? Warum diese Hinterzimmerpolitik?

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Ja, es wird halt ein paralleles Gremium geben, wie gerade schon gesagt wurde.

(Zuruf: Dann haben Sie es nicht verstanden!)

- Ja, gut; dann haben wir es vielleicht nicht verstanden.

Aber dann komme ich gleich zu meinem nächsten Punkt. Wenn selbst wir das nicht verstehen, die wir uns intensiv damit befassen, indem wir die Sachen lesen, ist es doch kein Wunder, dass die Bevölkerung dieser Stadt und die Menschen, die sich da draußen ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen, es auch nicht verstehen.

Das ist doch genau der Punkt: fehlende Kommunikation, fehlende Transparenz. - Was meint ihr, warum Tausende Leute jeden Montag hier auf der Straße sind und sich darüber beschweren, wie das mit Corona gelaufen ist?

(Niklas Kienitz [CDU]: Aber doch nicht deswegen!)

- Das ist so. Nicht wegen des Tunnels, aber weil sie - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Was ist das denn für eine Vermengung, Frau Kollegin?)

- Ja, das ist eine Vermengung. Denn das ist genau das, was schief läuft. Die Bevölkerung wird nicht mitgenommen. Die Menschen fühlen sich nicht gehört und nicht berücksichtigt.

(Niklas Kienitz [CDU]: Nein! Es ist eine Unverschämtheit, das hier zu vermischen! - Weitere Zurufe)

- Ja, es mag sein, dass sich hier manche darüber aufregen, dass ich das miteinander vermische. Mein Punkt ist jedenfalls - - Ich kann auch gerne das Thema Klima noch mit auf den Tisch bringen; deswegen stehe ich nämlich heute hier. Die ganzen Menschen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen, fühlen sich nämlich auch nicht gehört und nicht mitgenommen und nicht berücksichtigt. Das ist so.

Ich rede jetzt aber bitte einmal weiter. Sonst ist nämlich gleich meine Redezeit um. Und wenn ich heute wenigstens einmal einen richtigen Redebeitrag mache, möchte ich gerne auch meinen Text hier vortragen. - Danke.

Thema Kosten: Die Ausgaben für diese Kommunikationsstrategie - wir haben es gerade schon gehört - sind unserer Meinung nach verschwendetes Geld. Zu nennen sind außerdem die Zeit, die Kraft und das Geld, was es kostet, an diesen beiden Optionen weiter festzuhalten, und die Tatsache, dass die Klimafolgekosten offensichtlich überhaupt nicht mitberücksichtigt werden. Ich frage mich, wie das im Jahr 2022 nach allem, was wir mittlerweile darüber wissen, was klimamäßig auf uns zukommt, immer noch sein kann.

Ich möchte mich auf ein Gutachten beziehen. Das ist ein Gemeinschaftswerk des Mathematikers und ehemaligen Bahn-Konzernstrategen Frank Geraets, des pensionierten Bahnplaners der Berliner Verkehrsverwaltung Axel Schwipps und des

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 71

Sprechers der Landesarbeitsgemeinschaft Mobilität der Berliner Grünen Matthias Dittmer.

Anhand fünf konkreter Berliner Projekte haben die Autoren berechnet, dass der Klimaschaden durch den Bau neuer U-Bahn-Tunnel sich im Durchschnitt erst nach 139 Jahren amortisiert.

Hauptgrund für den enormen Klimaeffekt ist die nach wie vor extrem CO₂-intensive Zementherstellung. Aber auch der Bedarf an Stahl, der dem Beton die nötige Stabilität gibt, trägt viel zur Gesamtemission bei, selbst wenn er teilweise aus recyceltem Schrott gewonnen wurde.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, es tut mir jetzt wirklich leid, aber es ist noch nicht entschieden, ob es eine Tunnellösung gibt. Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ja, genau. Aber es geht ja darum, dass es Geld kostet und Zeit kostet, die beiden Optionen offenzuhalten.

Ich fordere daher von den Vertreter*innen der Bürger*innen unserer Stadt: Liebe Kolleg*innen, kommt eurer Verantwortung für die Menschen in dieser Stadt nach, haltet euch an die Wissenschaft, sorgt für schnellstmöglichen, umfassenden und konsequenten Klimaschutz, und lasst endlich von euren unökologischen, unverantwortlichen Tunnelfantasien ab. Sonst bleibt mir nichts anderes übrig, als Greta Thunberg zu zitieren: How dare you?

Ich weiß nicht, ob das jetzt so viel bringt. Eigentlich würde ich natürlich gerne einen Änderungsantrag zu der Vorlage stellen, in dem so etwas wie „Der Rat benennt zusätzlich Vertreter*innen aus den Umweltverbänden und den Bürger*innenverkehrsverbänden als Mitglieder des Begleitgremiums“ steht. Aber ich habe ja gerade schon gehört, dass das nach Meinung von besser informierten Menschen nicht nötig ist. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird der Änderungsantrag gestellt oder nicht?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich glaube, dass das ja keinen Sinn macht; denn er würde vom Bündnis ohnehin nicht akzeptiert werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Sie entscheiden das, Frau Gabrysch. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da ich kein Mitglied des Verkehrsausschusses bin, habe ich von diesem Begleitgremium und der Debatte dazu erst im Stadtentwicklungsausschuss bei der Tagesordnung erfahren. Es hat mich doch schon etwas erstaunt, dass dieses Begleitgremium nichtöffentlich tagen soll. Nichts gegen das Begleitgremium! Es ist natürlich gut, dass es bei einem solchen Jahrhundertprojekt eingerichtet wird. Aber dass es nichtöffentlich tagt, findet nicht meine Zustimmung.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir hatten im Stadtentwicklungsausschuss eine kurze Debatte dazu. Da wurde allerdings auch immer auf den Verkehrsausschuss verwiesen und gesagt, dass wir dort schon alles diskutiert hätten.

Was aber hängen geblieben ist, ist, dass es um die Arbeitsfähigkeit dieses Gremiums ging. Was mir dort nicht erläutert werden konnte, ist, warum ein öffentlich tagendes Gremium nicht arbeitsfähig sein sollte.

Wir haben in der Stadt, also im Rat und in seinen Ausschüssen, unzählige Gremien. Die allerallermeisten tagen öffentlich und können ganz normal arbeiten. Dort werden Projekte der Verwaltung vorgestellt, diskutiert und debattiert. Die Öffentlichkeit kann dazukommen. Sie hat allerdings kein Rederecht. Ich habe das schon ganz oft beantragt. Es wird dann meistens abgelehnt. Dafür gibt es auch Gründe. Aber diese Beratungen werden von der Öffentlichkeit in nahezu 99,99 Prozent der Fälle nicht gestört.

Dann wird oft der Begriff „geschützter Raum“ ins Spiel gebracht. Natürlich kann ich mir vorstellen, dass die Verwaltung das eine oder andere Projekt oder die Idee, wenn es erst einmal nur um Ideen geht, nicht gleich morgen in der Presse lesen möchte und das Ganze daher in einem nichtöffentlichen Gremium vorstellen möchte. Ich kann

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 72

mir auch vorstellen, dass die Parteien und Fraktionen untereinander auch einfach einmal offen debattieren wollen, ohne dass das gleich in der Öffentlichkeit zerrissen wird.

Aber dafür hat jedes Gremium oder fast jedes Gremium auch schlicht und einfach einen nichtöffentlichen Teil. Da können die Verwaltung und die Politik das machen. Der Rest der Sitzung ist dann ganz normal öffentlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Es handelt sich bei diesem Gremium letztendlich um ein Gremium des Rates. Wir werden es hier gleich einrichten. Dieses Gremium unterliegt dadurch meines Erachtens auch den ganz normalen Spielregeln, die wir hier haben. Die erste Spielregel ist, dass in der Regel alle Gremien öffentlich tagen.

Das andere sind dann mehr informelle Sachen - zum Beispiel, dass wir uns Transparenz auf die Fahne schreiben. Transparenz ist manchmal nur noch eine hohle Floskel. Jeder fordert sie. Aber versuchen wir einmal ganz kurz, uns zu vergegenwärtigen, was Transparenz eigentlich bedeutet und warum wir sie wollen. In erster Linie dient sie doch dazu, einer Mythenbildung, lieber Lino, entgegenzuwirken.

(Beifall bei der LINKEN)

Es soll eben nicht im Raum spekuliert werden und nicht gerübelt werden: Was hecken die da aus?

Wenn wir dieses Gremium aber grundsätzlich nichtöffentlich tagen lassen, dann fördert ihr - tut mir leid - doch genau so eine Mythenbildung, die Lino in seinem Eingangsstatement hier eigentlich widerlegen wollte.

(Beifall bei der LINKEN)

Daher werde ich diese Vorlage ablehnen. Ich werde auch keinen Änderungsantrag stellen, da die Mehrheitslage ja klar ist.

Aber ich finde es ein Unding, dass ein städtisches Gremium grundsätzlich nichtöffentlich tagt. Ich hätte mir gewünscht, dass wir ganz normal einen öffentlichen Teil und einen nichtöffentlichen Teil haben würden. Im nichtöffentlichen Teil könnte man dann alle Dinge besprechen, die man nicht morgen in der Presse lesen möchte. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort und dann Herr Busch.

(Zuruf von Philipp Busch [AfD])

- Ich habe Herrn Hock als Ersten gesehen, Herr Busch. Wenn ich Sie als Ersten gesehen hätte, hätte ich Sie drangenommen.

(Philipp Busch [AfD]: Alles gut!)

Es gibt hier im Übrigen eine Rednerliste. Da kann man sich anmelden. Dann wären Sie nämlich auch schon vor Frau Gabrysch und Herrn Zimmermann an der Reihe gewesen. - Herr Hock, Sie haben das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Frau Reker! Meine Damen und Herren!

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Busch, ich würde Sie gerne einladen, wieder Platz zu nehmen - wie alle anderen auch.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Hock (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Wir hatten eigentlich nicht geplant, dazu zu reden. Aber jetzt kommen doch noch kurz einige Worte auch von uns.

Ich erinnere mich noch gut an das, was Frau Tokyürek auch erwähnt hat. Das war eine der ersten Sachen, die uns beschäftigt hat, damals noch als Ratsgruppe Die PARTEI. Damals wurde eine PR-Agentur - anfangs mit dem Ziel, Störfeuer aus der Zivilgesellschaft zu unterbinden - beauftragt, dieses Projekt quasi zu kommunizieren. Das Misstrauen, das wir damals äußerten, war: Warum soll eine Entscheidung, die letztlich - Lino sagte es vorhin - vom Rat getroffen werden soll, von einer PR-Agentur für teuer Geld noch einmal kommuniziert werden?

Wir gipfelten in der Aufforderung, für unseren Antrag zu stimmen, dass diese PR-Agentur nicht beauftragt werden soll, und damit dafür zu sorgen, dass wir, Die PARTEI, auf lange Sicht abgewählt werden; denn das, was uns die Stimmen zutreibt,

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 73

ist, dass man Misstrauen gegenüber der etablierten Politik hat. Das ist nicht passiert. Wir haben uns natürlich gefreut, dass die Mehrheit des Rates uns nicht abwählen wollte.

Aber wir sind heute wieder genau an dieser Stelle. Dazu müssen wir auch kurz etwas sagen. Vorhin wurde ja behauptet, damit wolle man einer Mythenbildung entgegenwirken. Das passiert doch nicht. Genau das Gegenteil ist der Fall. Es ist halt nicht öffentlich. Natürlich sind diejenigen nicht stimmberechtigt. Wir haben uns das angeschaut. Deswegen haben wir es auch nicht so hoch gehalten. Aber man muss doch auf der anderen Seite sagen: Wenn man sich einmal anschaut, wie viele Lobbyisten beispielsweise in Brüssel nicht stimmberechtigt sind und wie viel Geld trotzdem dahin fließt, dann versteht man, wie solche Gremien funktionieren.

Man sieht auch, dass diese PR-Agentur, die damals beauftragt worden ist, offensichtlich schon ihre Arbeit aufgenommen hat. Es wird nämlich mit genau solchen Strategien versucht, mit Sachargumenten, die vielleicht sehr einseitig sind, Einfluss zu nehmen, um nachher die Abstimmung des Rates zu beeinflussen.

Wir sind also aus Transparenzgründen dagegen. Wir sind dagegen, weil es die Stadtgesellschaft nicht mitnimmt und nicht abholt. Wir hatten im Ausschuss einen Änderungsantrag gestellt und werden ihn hier nicht noch einmal stellen. Er ist abgelehnt worden. Wir können uns vorstellen, wie die Abstimmung heute ausgehen würde. Jedenfalls werden wir aus den genannten Gründen auch definitiv dagegenstimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Mit Ihrer Zustimmung würde ich das von hier aus machen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Natürlich.

Philipp Busch (AfD): Gerne. - Frau Oberbürgermeisterin, auch wir lehnen diese Beschlussvorlage der Verwaltung ab. Eines wurde nämlich bis dato noch nicht erwähnt. Herr Hammer hat zwar gesagt, dass der Rat das Beschlussgremium ist. Aber dass über 10 Prozent des Rates dann gar nicht in diesem Begleitgremium vertreten sind, wird vergessen. Wir erheben höchste rechtliche Bedenken dagegen, dass das so abgestimmt wird und dass dementsprechend diese über 10 Prozent - 11,11 Prozent - dann in diesem Gremium gar nicht vertreten wären.

Das würde ich gerne bei der Abstimmung zu bedenken geben. Eine Zustimmung könnte eventuell dazu führen, dass dieses Gremium aufgrund dieser Tatsache gar nicht rechtskräftig entstehen kann. - Ich bedanke mich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich abstimmen - wie Vorlage, wie Verkehrsausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Es gibt Gegenstimmen von den LINKEN, Frau Gabrysch, Herrn Zimmermann, der FRAKTION und der AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Schulrechtliche Erweiterung der Inklusiven Offenen Ganztagschule Kretzerstraße, GGS Kretzerstraße 5-7, 50733 Köln-Nippes von zwei auf drei Züge zum Schuljahr 2023/24 gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW 4156/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 Bedarfsfeststellung zur Neubeschaffung eines Datenerfassungssystems im Kölner Rettungsdienst und Abschluss eines Fünf-Jahres-Rahmenliefervertrages 3346/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 74

Tagesordnungspunkt

10.14 „Integrationsbudget“ - Verteilung der Finanzmittel in 2022 3815/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.15 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2020 für die Bühnen der Stadt Köln 3429/2021

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Sicherung und Beendigung des Bühneninterims (Oper/Schauspiel/Tanz) bis 2024 - Interim V 3953/2021

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Rückgabe der Benin-Bronzen aus dem Rautenstrauch-Joest-Museum an die Bundesrepublik Nigeria 0004/2022

Hierzu hat Herr Michalak als Erster das Wort.

Mario Michalak (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Verwaltung! Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuschauer*innen und vor allen Dingen liebe Menschen aus Nigeria! Ich freue mich außerordentlich, meine erste Rede im Rat zu dieser klugen und weisen Beschlussvorlage halten zu dürfen. Denn diese Entscheidung ist überfällig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Vorbereitung der Rückgabe der Benin-Hofkunstwerke, der sogenannten Benin-Bronzen, in Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und der Staatsministerin für Kultur und Medien entspricht

dem zeitgemäßen Umgang mit unserem kolonialen Erbe. Geraubtes Kulturgut bleibt geraubt, auch wenn es später rechtmäßig erworben worden ist. Ein offener und transparenter Umgang mit diesem Sachverhalt zeigt den angemessenen Respekt vor den ehemals Beraubten, dem Königreich Benin, jetzt ein Teil der Bundesrepublik Nigeria.

Unsere heutige Entscheidung ist der Anfang eines Prozesses, der nicht nur die Rückgabe der Exponate betrifft. Er ist auch der Anfang eines Heilungsprozesses im Verhältnis zwischen den früheren Kolonialmächten aus Europa und den ehemaligen Kolonien in Afrika oder auch der ganzen Welt.

Diese Kolonien wurden gnadenlos ausgeplündert, beherrscht, ihrer eigenen kulturellen Identität beraubt und mit willkürlichen Grenzziehungen zurückgelassen. Es entstanden Staaten mit vielen unterschiedlichen Ethnien und Sprachen.

Allein in Nigeria leben 250 Ethnien. Eine davon sind die Nachfahren des Königreiches Benin.

Das Königreich Benin war ein sehr dominantes und prägendes im heutigen Staatsgebiet von Nigeria. Die Benin-Bronzen sind Zeugnis einer Hochkultur, die sich über Jahrhunderte entwickelt hat.

Durch die britische Kolonialmacht wurde hier nicht nur ein bestehendes Königreich mitsamt seiner kulturellen Schätze zerschlagen. Es wurde auch die gesamte kulturelle Identität einer hoch entwickelten Gesellschaft zerstört.

Was würde es mit uns machen, wenn Köln fast komplett zerstört werden würde, der Dom in Schutt und Asche liegen würde, der ebenfalls geraubte Dreikönigenschrein weg wäre und auch alle anderen Dinge, in denen sich unsere Identität manifestiert, aus Kirchen, Museen und privaten Häusern weg wären?

Diese Dinge lagern seit über 100 Jahren in fernen Ländern in Museen. Ja, sie lagern dort. Von den 96 Benin-Bronzen, die sich in Köln befinden, lagern seit Jahrzehnten sage und schreibe 93 in Schubladen. Ich wiederhole: 93. Ganze drei Exponate wurden der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Erst zu der vor einem Monat beendeten Ausstellung RESIST! wurden die Benin-Bronzen jetzt gezeigt. Die kuratierende nigerianische Künstlerin

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 75

stellte sie genau so aus: gut geschützt in ihren passgenauen Schaumstofffassungen in den Schubladen, wie sie seit Jahrzehnten gelagert waren. Unglaublich!

Da darf man sich schon einmal die Sinnfrage stellen. Wenn wir die Bronzen schon nicht zeigen, warum behalten wir sie dann?

Oder schämen wir uns des Besitzes? Eine Diskussion über den Besitz ist hier angezeigt und wird ja auch seit einigen Jahren geführt.

Als Europäer steht es uns gut an, mit den Folgen des Kolonialzeitalters adäquat und auf Augenhöhe handelnd umzugehen. Es ist unsere Pflicht, den Menschen aus Nigeria endlich einen Teil ihrer kulturellen Identität zurückzugeben.

(Beifall)

Der Kunst- und Kulturausschuss empfiehlt dem Rat, und zwar einstimmig, dieser Beschlussvorlage zuzustimmen, weil sie klug und weise ist. - Ich danke euch für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Akude das Wort.

Dr. John Akude (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen hier im Saal und zu Hause! Das hier ist ein historischer Moment. Ich bin zutiefst bewegt, dass ich das selbst miterleben darf. Es ist für mich im Moment sehr emotional. Das, was man aus meinem Geburtsland mit Gewalt weggenommen hat, findet nach über 120 Jahren endlich wieder den Weg nach Hause.

(Beifall)

Das finde ich toll. Ich bedanke mich sehr, Frau Oberbürgermeisterin, für diese Initiative.

Nachdem ich das gesagt habe, muss ich auch sagen, dass wir trotz aller Euphorie über diese Entscheidung in der Politik immer unseren Kopf einschalten müssen. Politik ist nicht einfach - und das Land Nigeria erst recht nicht.

Wie gesagt, warne ich, bei der ganzen Durchführung vorsichtig zu sein. Diese Warnung möchte ich an drei Punkten festmachen:

- Das Erste ist die Frage des Eigentums.
- Das Zweite ist die Frage der Sicherheit.
- Das Dritte ist die Frage: Was ist eigentlich das Interesse der Nigerianer? Wenn ich das sage, meine ich die einfachen Nigerianer und Nigerianerinnen, nicht die Politiker und Politikerinnen.

Erstens. Beim Punkt Eigentum gibt es zwei Dimensionen, nämlich das Internationale und das Nationale.

Was das Internationale angeht, will ich gar nicht viel sagen und nur der Verwaltung in Erinnerung rufen, dass diese Dinge vorsichtig abgewickelt werden müssen. Denn es bringt uns nichts, wenn wir heute jubeln, dass wir hier diese Entscheidung getroffen haben, und danach einer der Stakeholder vor Gericht zieht und das Gericht unsere Entscheidung kassiert. Deshalb sollte man das Ganze gerichtsfest durchführen.

Ich möchte aber in puncto nationales Eigentum etwas sagen. Seit dem es aktuell geworden ist oder zum Thema geworden ist, dass diese Kunstobjekte an Nigeria zurückgegeben werden sollten - man muss auch anerkennen, dass es nicht nur um die Kunstobjekte geht, die sich in Deutschland befinden, sondern auch um Kunstobjekte in anderen Teilen des Westens; sprich: Großbritannien, USA -, ist ein Konflikt zwischen dem König des Benin-Reiches und dem Gouverneur des nigerianischen Bundeslandes Edo mit Hauptsitz in Benin entstanden.

Wir müssen uns Folgendes in Erinnerung rufen: Als diese Kunstobjekte aus dem Benin-Reich geraubt worden sind, gab es das Land Nigeria nicht, aber das Benin-Reich schon, und zwar seit Hunderten von Jahren. Um nur ein Beispiel zu nennen: Um 1491 herum hat der König des Benin-Reiches mit dem König von Portugal hier in Europa Botschafter ausgetauscht.

Jetzt ist es umgekehrt. Das Benin-Reich existiert nicht mehr als politisches Gebilde, aber Nigeria gibt es. Die Konsequenz ist, dass Deutschland bzw. die Museen in Deutschland Verhandlungen mit Nigeria führen.

Das ist die Krux dieses Konfliktes zwischen dem Gouverneur des Bundeslandes Edo mit Hauptsitz

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 76

in Benin und dem König des Benin-Reiches. Der König von Benin besteht zu Recht darauf, dass diese Kunstobjekte dem Königreich zurückgegeben werden. Aber politisch existiert dieses Königreich sowohl national als auch international nicht mehr. Der Gouverneur besteht darauf, dass sie in die Hände des Bundeslandes gegeben werden.

Man ist schon so weit gegangen, ein Museum dafür aufzubauen. Mit finanzieller Unterstützung von Großbritannien und anderen westlichen Ländern werden derzeit Museen aufgebaut, in die diese Kunstobjekte zurückgebracht werden sollen.

Wenn wir hier die Entscheidung treffen, dass es jetzt vonstattengehen soll, werden wir diesen Konflikt in eine Richtung beeinflussen - in eine Richtung, die ich nicht unbedingt für richtig halte. Aber das sollte jeder für sich entscheiden.

Zweitens: der Punkt Sicherheit. Wir wissen alle, wie es um diesen Punkt in Nigeria bestellt ist. Nigeria ist nicht unbedingt ein sicheres Land. Es gibt sogar Befürchtungen, was den weiteren Bestand dieses Landes angeht. Ich gebe nur ein Beispiel: Letzte Woche hat der nigerianische Verkehrsminister Rotimi Amaechi gesagt, dass China sich jetzt weigert, Nigeria weiterhin Kredit zu geben.

Jeder, der internationale Politik versteht, sollte die Tragweite dieser Entscheidung von China nachvollziehen können. Wir wissen, dass China eine Politik der Rekolonisierung Afrikas durch Kreditvergabe führt. Wenn China das nicht mehr macht, gibt mir das wirklich zu denken. Dann ist es vielleicht doch ernster, als wir dachten, was den weiteren Bestand des Landes Nigeria angeht.

Dritter Punkt: Was ist eigentlich das Interesse der einfachen Nigerianer und Nigerianerinnen? Ich würde mir wünschen, dass man, da diese Kunstobjekte schon seit Langem hier gewesen sind - auch wenn sie nicht immer gezeigt worden waren, aber drei davon schon, wie ich gehört habe -, vielleicht die Erlöse aus diesen mehr als 100 Jahren einsetzen könnte, um das eine oder andere im Bereich der Entwicklungspolitik für die armen Menschen dort zu tun.

Als ehemaliger Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Bonn weiß ich, dass dieses Ministerium für deutsche Kommunalpolitik, die Interesse daran hat, im Ausland entwicklungspolitisch tätig zu werden, Möglichkeiten vorsieht.

(Zuruf: Die Redezeit!)

Eine davon ist ein Programm, das man Servicestelle Kommunen in der Einen Welt nennt. Zweitens gibt es das Konzept der Städtepartnerschaften. Diese beiden Instrumente können wir einsetzen, um den Menschen dort zu helfen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, dem Bündnis 90/Die Grünen und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Dr. Akude.

(Zuruf: Das geht nicht, Frau Reker!)

- Ich denke, dass es uns allen schwerfallen würde, einen solchen Vortrag nicht in unserer Muttersprache zu halten.

(Beifall)

Deswegen habe ich jetzt wirklich nicht genau auf die Uhr geguckt. - Vielen herzlichen Dank.

Ich gehe weiter in der Rednerliste und bitte Frau Ruffen um ihren Beitrag.

(Stefanie Ruffen [FDP]: Ich verzichte!)

Frau Ruffen verzichtet. Dann Frau Venturini, bitte.

(Elfi Scho-Antwerpes [SPD]: Frau Helmis hat sich gerade gemeldet!)

- Sie steht leider nicht auf der Rednerliste. Insofern würde ich sie bitten, dann nach Frau Venturini zu sprechen.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Ratsmitglieder! Ich möchte es auch ganz kurz halten; denn alles Richtige und Wichtige wurde bereits gesagt.

Wir begrüßen diese Beschlussvorlage ebenfalls und bedanken uns herzlich bei der Verwaltung, möchten aber auch anmerken, dass die Auseinandersetzung mit Deutschlands kolonialer Vergangenheit hiermit jedoch noch lange nicht vollbracht ist.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Daher begrüßen wir es auch, dass die Verwaltung sich zum Ziel gesetzt hat, das koloniale Erbe Kölns weiterhin umfassend und konsequent mit

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 77

Politik und Stadtgesellschaft aufzuarbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Herzlichen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Sehr geehrter Herr Akude, vielen Dank für diesen Appell, der zeigt, dass die heutige Frage nicht, wie so oft, nur aus eurozentristischer Perspektive und nur aus unserer Monoperspektive betrachtet werden sollte. Vielen Dank dafür.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Denn Restitution bedeutet Wiedergutmachung. 90 Prozent der nigerianischen Bevölkerung konnten noch keinen Blick auf auch nur eine einzige der Bronzen aus dem zerstörten Königspalast werfen.

Im Bestand unseres Rautenstrauch-Joest-Museums befinden sich ebenfalls 96 Benin-Hofkunstwerke, wie bereits mehrfach erwähnt wurde. Ihr Besitz ist legal, aber nicht legitim. Denn diese Stücke sind Raubkunst. An ihnen klebt nachweislich Blut.

Es schockiert, wie viele kritische Stimmen es bezüglich einer notwendigen Rückgabe auch heute noch gerade aus der stinkenden rechten Ecke gibt.

Wir als demokratische Fraktionen sind auch gerade in der Frage der europäischen Verantwortung gefragt, uns entschlossen Faktenverdreherei und Geschichtsvergessenheit entgegenzustellen.

Doch im Zuge eines immer spannender und differenzierter werdenden nationalen Diskurses werden diese geschichtsvergessenen Stimmen merklich weniger.

Nanette Snoep vom Rautenstrauch-Joest-Museum und ihr gesamtes Team haben in diesem Diskurs einen wichtigen Beitrag geleistet. Wir alle wollen ihnen sicherlich an dieser Stelle dafür noch einmal ausdrücklich danken.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Nun geht es darum, diesen Diskurs in die gesamte Stadtgesellschaft hineinzutragen, aufzuklären, zu sensibilisieren und alle Akteur*innen mitzunehmen. Hier sollten auch besonders die Akteur*innen des kürzlich gestarteten Prozesses zur Aufarbeitung des kolonialen Erbes der Stadt Köln als Expert*innen einbezogen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Restitution bedeutet nicht nur Wiedergutmachung, sondern auch die Übernahme von Verantwortung. Ich hoffe auf ein eindeutiges Zeichen unseres Parlaments, dass wir uns dieser Verantwortung, der Verantwortung für unser postkoloniales Erbe, stellen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Zusätzliche Hilfen für obdachlose Menschen - Förderprogramm „Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit“ 0299/2022

Dazu hat als Erster Herr Bauer-Dahm das Wort.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer! Wir alle machen uns viele Gedanken über Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Das merkt man an den zahlreichen Anträgen und Anfragen im Rat und in den Ausschüssen. Wir haben lange und viel über die Lebenssituationen von obdachlosen Menschen gesprochen. Wir haben ihre Bedürfnisse immer wieder mit der Verwaltung beraten. Wir haben hier über den Ausbau der Winterhilfe mit zusätzlichem Streetwork diskutiert. Wir sprachen über Rund-um-die-Uhr-Aufenthaltsmöglichkeiten und zusätzliche Räume. Wir sind

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 78

uns nicht immer einig über den Weg. Aber eine Sache ist klar: Wir alle wollen den Menschen helfen und sie unterstützen.

Nach vielen Unterhaltungen können wir die Überlegungen nun auf die Straße bringen. Wir beraten heute das Förderprogramm „Weiterentwicklung der Kölner Hilfen für Menschen im Kontext Obdachlosigkeit“.

Ich möchte hier zunächst der Verwaltung herzlich danken. Die Beschlussvorlage ist sehr gut geworden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mit dem Förderprogramm ergänzen wir die bestehenden Hilfen. Wir probieren neue Unterstützungsansätze aus. Gute Maßnahmen sind nicht diejenigen, die schön klingen; gute Maßnahmen müssen helfen.

Dazu gehört es auch, selbstkritisch und ehrlich zu sein. Wer ausprobiert, kann Fehler machen. Danach sind wir aber immer schlauer.

Mit dem Förderprogramm werden wir die aufsuchende und dezentrale Hilfe ausbauen. Das bedeutet: Wir werden die Unterstützung da, wo viele Obdachlose sind, erweitern.

Wir denken aber gleichzeitig ganz Köln mit. Was heißt das? Wir bezahlen mehr medizinische und psychiatrische Versorgung. Wir bezahlen mehr aufsuchende Streetwork. Das heißt, dass die Sozialarbeiter zu den Menschen gehen. Wir fördern neue Beratungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten. Das Programm ist so geschrieben, dass allen Menschen geholfen wird.

Einzelne Gruppen werden bisher häufig nicht erreicht, zum Beispiel obdachlose Menschen mit Hunden. Deswegen gibt es extra Angebote für Menschen mit Hunden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Köln ist eine soziale Stadt. Viele Initiativen, Vereine und Gruppen unterstützen obdachlose Menschen. Dafür möchte ich ihnen allen herzlich danken. Ihre Arbeit in ganz Köln werden wir weiterhin unterstützen. Deswegen wird es auch extra Geld für kleinteilige Projekte geben.

Gestartet ist dieser Prozess schon im vergangenen Jahr mit dem Haushaltsbegleitbeschluss,

also bei der Verteilung von Geld der Stadt für dieses Jahr. Diese Versprechen aus dem Herbst lösen wir nun ein. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche, es möglichst kurz zu machen.

Auch wir möchten uns recht herzlich bei der Verwaltung für diese sehr durchdachte Vorlage bedanken. Sie entspricht genau der Beschlusslage und auch den Haushaltsbegleitbeschlüssen des Bündnisses. Sie ist das Ergebnis der Beratungen in der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik und der von dieser eingerichteten Task Force Wohnungslosenpolitik in Kooperation mit dem Fachkreis „Plätze mit besonderem Handlungsbedarf“.

Wichtiges Element für den Erfolg wird die bereits begonnene, über alle Ämter hinweg greifende Zusammenarbeit sein.

Wertvolle Impulse durch strategische Vorschläge kamen aus der Liga der Wohlfahrtsverbände und verschiedenen Kölner Initiativen.

Das Programm ist eine Weiterentwicklung der kommunalen Hilfen, neben den sozial- und ordnungsrechtlichen Pflichtleistungen. Dabei ist es ganz breit angelegt. Es werden nicht nur zentrale Hotspots berücksichtigt, sondern auch dezentrale Problemlagen ins Auge gefasst. Das Programm ist breit angelegt, wie mein Vorredner schon im Einzelnen dargestellt hat; das möchte ich nicht wiederholen.

Abschließend möchte ich aber noch einmal betonen: Nicht nur die Verwaltung, die Verbände und die Initiativen, sondern alle, die an den Hilfsmaßnahmen beteiligt sind, nicht zuletzt die wohnungslosen Menschen, sollen und können das Programm gestalten und weiterentwickeln. Es ist Soforthilfe und zugleich ein lernendes System, das wir evaluieren werden, um es bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. - Vielen Dank.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 79

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Paetzold das Wort.

Michael Paetzold (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Sehr geehrter Herr Dr. Rau, ich bin ganz dankbar für den Beschlussvorschlag, den Ihr Dezernat ja federführend verantwortet. Dass er arg, aber nun wirklich sehr arg verfristet ist: Geschenkt! Ich bin ja froh, dass er überhaupt kommt.

Dass es aber erst eines Beschlusses des Sozialausschusses bedurfte, dass wir heute diese Beschlussvorlage bekommen, finde ich dagegen wirklich bedauerlich. Denn - es wurde gerade schon erwähnt - der entsprechende Beschluss zur Haushaltssatzung wurde am 4. Oktober 2021 gefasst. Das ist lange her. Insofern hätte die heutige Beschlussvorlage locker zur Ratssitzung vom 14. Dezember 2021 kommen können.

Das ist sie aber nicht. In der gleichen Ratssitzung wurde auch ein Antrag von LINKEN, SPD und FDP, der genau in die gleiche Richtung ging, von der Mehrheit in den Sozialausschuss verschoben, weil das ja alles nicht so eilig ist. Seitdem ist viel Zeit vergangen, und es gab so manche kalte Nacht.

Aber sei es drum! Jetzt ist der Beschlussvorschlag nun endlich da, und wir werden ihm zustimmen.

Aber, lieber Herr Dr. Rau, erlauben Sie mir einige Worte zum Inhalt.

Mir gefällt es gut, dass im Förderprogramm etwas über neue Handlungsansätze steht, die in Kooperation mit den Expert*innen in eigener Sache erarbeitet werden können. Wir fordern schon lange, dass wir nicht nur über die Leute reden, die auf der Straße sind, sondern mit den Menschen. Das gefällt mir wirklich gut.

(Beifall bei der SPD)

Der Beschlussvorschlag enthält viel Gutes. Es haben sich alle, die am Diskussionsprozess beteiligt waren, ja auch viel Mühe gegeben. Die ganzen guten Sachen haben meine Vorredner ja schon

erwähnt. Wir hoffen aber auch sehr, dass der Beschluss auch Gutes bewirkt. Da sind wir eigentlich sogar relativ sicher.

Aber die geplanten Maßnahmen werden wohl nur die Symptome lindern. Zugegebenermaßen ist das allerdings schon eine Menge; viel mehr können wir als Ärzt*innen oft auch nicht. Wichtige Ursachen von Obdachlosigkeit heilt das Programm nämlich nicht.

Im Beschluss des Sozialausschusses stand, dass die Verwaltung kurzfristig die Unterbringungskapazitäten erhöhen sollte, damit man weg von Mehrbettzimmern hin zu Einzelzimmern mit 24-Stunden-Verweilmöglichkeit kommen kann. Dann könnte man nämlich auch, wie wir jetzt erfahren haben, in der Vorgebirgsstraße die Türen wieder einhängen. Wenn nur einer in einem Zimmer wohnt, kann er die Tür hinter sich zumachen. Dass das bei zwei Personen in einem Zimmer gefährlich werden kann, hat uns der SKM eindrucksvoll erzählt; das können wir nachvollziehen. Auch deswegen brauchen wir Einbettzimmer.

Das ist nun leider nicht passiert. Auch im Förderprogramm findet sich dazu kein einziges Wort - und leider auch kein Wort zu Wohnungen, die die Obdachlosigkeit nämlich wirklich heilen könnten.

Leider gibt es dort auch kein Wort zu Housing First. Bleiben wir in der Medizinersprache: Housing First ist sicher kein Allheilmittel gegen Obdachlosigkeit, aber manchmal ein probates Mittel. Es hätte sich in einem Förderprogramm, das ja Modellcharakter haben soll, ganz gut gemacht; denn es sollen - darauf wurde eben hingewiesen - gerade auch kleine Initiativen angesprochen werden, die vielleicht nur eine Wohnung betrieben hätten.

(Beifall bei der SPD)

Aber es ist nun so, wie es ist. Besser den Spatz in der Hand als die Taube auf dem Dach! Deshalb stimmen wir zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, auf meiner Rednerliste steht jetzt Frau Glashagen. Wird von der FDP das Wort gewünscht?

(Jörg Detjen [DIE LINKE] meldet sich zu Wort)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 80

- Ach, Herr Detjen. Entschuldigung. Herr Detjen, selbstverständlich.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Oberbürgermeisterin! Wir werden dem zustimmen, aber zähneknirschend, weil es in der Stadtgesellschaft im letzten Vierteljahr eine breite Debatte über die Obdachlosigkeit gegeben hat. Dass wir mit der FDP ins Bündnis gegangen sind, war zum Beispiel ein Ausdruck in dieser ganzen Frage. Wir haben nämlich gesagt: Es muss ein Weg gefunden werden, wie wir aus dieser Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit herauskommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, Sie heben immer das Housing First hervor. In den Vorlagen gibt es dieses Wort nicht. Es findet sich dort nicht wieder.

Es gibt, Herr Dr. Rau, kein Gesamtkonzept. Das ist das, was wir einfordern. Wir brauchen ein Gesamtkonzept.

Frau Oberbürgermeisterin, ich verstehe gar nicht - das ist doch Ihr Thema -, dass Sie als Oberbürgermeisterin - - Wir haben Ihnen doch den Weg gebahnt: Task Force mit der Oberbürgermeisterin. Wir haben Ihnen ja den Vorschlag hingelegt, zu sagen: So könnte man es machen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass es ein Bündnis Innenstadt gibt, das am 18. Januar 2022, also erst vor Kurzem, eine Erklärung herausgegeben hat. Dieses Bündnis wird jetzt verschiedene Veranstaltungen durchführen. In seiner Erklärung finden wir genau die Forderungen, die FDP, SPD und LINKE gemeinsam in ihrem Antrag formuliert hatten und die jetzt in dieser Vorlage fehlen. Darin stehen der Masterplan Obdachlosigkeit, die Task Force Wohnungslosenpolitik und Housing First. Die Stadtgesellschaft ist in dieser Diskussion also viel weiter, als es sich in dieser Vorlage widerspiegelt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Teilen der SPD)

Das finde ich schade. In dieser Frage müsste man gemeinsam diskutieren. Da sind wir im Rat einfach nicht auf der Höhe der Zeit. Danke.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ja, was Herr Detjen sagt, ist traurig. Wir hätten das alles schon ein bisschen früher haben können. Es gab einen sehr umfassenden Antrag. Aber wir sind froh, dass wir jetzt den Spatz in der Hand haben.

Es ist gut, dass es in dieser Stadt noch so viel bürgerschaftliches Engagement gibt und dass viele zusammenarbeiten, um hier etwas auf die Beine zu bringen.

Aber es wird Zeit, dass die Stadt da intensiver hinterher ist. Deswegen werden wir hier mitmachen.

Aber das hätte man, wie gesagt, früher haben können. Das hätte man auch allumfassender haben können. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Glashagen.

Jennifer Glashagen (Vot): Guten Abend! Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich wollte ich den Redebeitrag zu Protokoll geben. Das werde ich auch tun. Aber ich möchte noch einige Dinge sagen.

Liebe Kollegen und Kolleginnen, die gerade geredet haben, das hier ist das Förderprogramm. Darin werden der Masterplan Obdachlosigkeit und auch die konzeptionelle Ausarbeitung erwähnt. Das ist aber nicht Teil eines Förderprogramms. Vielmehr soll damit die direkte Arbeit am Menschen, nämlich an diesen Menschen, die auf der Platte leben, wie man im Volksmund sagt, gestärkt werden.

Auch genau dieses ehrenamtliche Engagement, Frau Ruffen, das Sie gerade angesprochen haben, wird damit finanziert, ausgebaut und auf eine Grundlage gestellt. Damit schaffen wir Handlungssicherheit für die Menschen, die dort insbesondere ehrenamtlich tätig sind.

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 81

Deshalb sage ich: Bitte lest das Förderprogramm erneut, und bitte seht, dass es ein Förderprogramm ist und dass der Masterplan Obdachlosigkeit sich in einer gemeinschaftlichen Ausarbeitung befindet.

Herzlichen Dank übrigens an die Fachverwaltung dafür, dass es so schnell ging. Nehmen Sie das bitte mit, auch wenn ich den Rest meiner Rede gleich zu Protokoll gebe. Aber ich finde es super, dass da schon geschrieben wird, dass diese Konzepte kommen. Dass wir jetzt bald ein Hitze- und Kältekonzept haben, weil - oh Wunder! - jedes Jahr Sommer kommt und jedes Jahr auch Winter kommt, finde ich wirklich beachtenswert. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann lasse ich jetzt über das Förderprogramm abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, Herr Zimmermann, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.19 Kostenfortschreibung und Freigabe investiver Mittel betreffend Interim Kölnisches Stadtmuseum im ehemaligen Haus Sauer 3969/2021

Ich bitte um Wortmeldungen. - Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch bei diesem Punkt möchten wir, wie schon bei anderen, ähnlichen Interimslösungen, nochmals darauf hinweisen, dass uns sehr daran gelegen ist, dieses Interim so einzurichten, dass die Ausstattung, die dort verwendet wird, hinterher in anderen Projekten wiederverwendet werden kann, wie das beispielsweise bei der Neuen Mitte auch im Beschluss steht.

Darüber habe ich mit der Verwaltung auch schon gesprochen. Das wurde mir auch schon zugesichert. Trotzdem möchte ich diese Bitte hier noch einmal öffentlich äußern. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. - Herr Homann hat das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Vorlage wurde gestern in Session eingestellt, und wir haben uns seit gestern damit befassen können. Nun reden wir hier über fast 2,4 Millionen Euro, über die wir von gestern auf heute entscheiden sollen.

Ich würde eigentlich gerne einen Vertagungsantrag stellen, möchte aber selbstverständlich der Verwaltung die Möglichkeit geben, diese Vorlage vielleicht noch einmal zu erläutern, damit wir da ein bisschen mehr Einblick haben.

Insbesondere sind hier in dem Vergleich der konsumtiven Planung 2018 zu 2021 Dinge - zum Beispiel „Werbung und Fassadengestaltung“ in Höhe von 140 000 Euro und „Herrichtung Büros, Werkstätten, Bibliothek, Graphische Sammlung, Ausstellung, nutzerspezifische technische Anlagen“ in Höhe von 890 000 Euro - enthalten, die vorher gar nicht kalkuliert waren.

Dass es zwischen 2018 und 2021 eine Kostensteigerung gibt, ist völlig normal. Da wären wir auch d'accord. Es ist zwar bedauerlich, dass die Preise derart anziehen; aber es ist nun einmal so, wie es ist. Hier sind aber tatsächlich Dinge neu geplant und umgeplant, die vorher überhaupt nicht drinstanden. Bei 2,4 Millionen Euro hätten wir dann schon gerne gewusst, wie sich das darstellt. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Charles, darf ich Sie bitten, das zu erläutern?

Beigeordneter Stefan Charles: Ja, das kann ich tun. - Erst einmal: Das kann ich verstehen. Wenn die Dinge so kurzfristig kommen, ist das ein Problem. Das ist wirklich auch bei uns zu spät rausgegangen, muss man ganz offen sagen. Ich habe ja

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 82

auch angekündigt, dass wir im Dezernat im Moment eine Reorganisation vornehmen. Wir wollen diese Beschlussvorlagen und auch das Controlling dieser Beschlussvorlagen besser in den Griff kriegen.

Nun zu Ihrer Frage, warum das jetzt sein muss und warum das so schnell gehen muss: Es geht hier nicht um zusätzliche Mittel, sondern darum, diese Mittel aus dem letzten Jahr jetzt zu übertragen und für diese Kosten zu verwenden. Das heißt: Es müssen keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern wir sprechen hier von einer Übertragung von Mitteln aus 2021.

Den genauen finanztechnischen Prozess muss dann vielleicht die Kämmerin kurz erklären.

Warum sind es gegenüber dem Ratsbeschluss von 2018 diese 2,38 Millionen Euro mehr? Damals sind die Kosten natürlich vor dem Umbau des Gebäudes berechnet worden. Vor allem geht es um Kosten für die Ausstattung des Foyers. Da gab es bauliche Änderungen und natürlich auch Änderungen im Bereich des Brandschutzes und der Barrierefreiheit sowie zusätzlich Anpassungen digitaler Techniken. Letztlich entstand auch ein Mehrbedarf gegenüber den ursprünglichen Planungen im Bereich der Einrichtung von Werkstätten, Bibliothek, Graphischer Sammlung und Ausstellung. Das konnte man aber erst nach dem Abschluss des Mietvertrages 2019 machen; denn man musste es natürlich genau auf dieses Objekt hin planen und umsetzen.

Überall, wo gespart werden konnte, hat man das getan. Natürlich hat man versucht, die Kosten möglichst einzudämmen. Beispielsweise für die Ausstattung der Mitarbeiter*innenbüros sind keine Kosten entstanden. Selbstverständlich haben sie ihre vorhandenen Möbel ins Haus Sauer mitgebracht. Die Kosten sind auch genau aufgesplittet.

Wir haben über diesen Bedarf oder diese 2,4 Millionen Euro auch schon im letzten Kulturausschuss im Rahmen einer Anfrage der FDP-Fraktion zur Kostenentwicklung für die Herrichtung und den Betrieb des Kölnischen Stadtmuseums im Haus Sauer berichtet. Diese Zahlen sind dem Kulturausschuss also bekannt, und sie wurden auch erläutert. Aber ich gebe zu, dass es wirklich sehr spät ist.

Ich habe es aber so verstanden, dass wir dann, wenn dieser Beschluss jetzt nicht gefasst werden

kann, diese Mittel aus dem letzten Jahr nicht mitnehmen können und sie nicht dafür verwenden können.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Charles. - Herr Homann, ist man Ihrem Fragebedarf damit nachgekommen oder soll die Kämmerin noch weiter erläutern?

(Mike Homann [SPD]: Wenn sie mag, noch zwei Sätze!)

Frau Dr. Diemert, bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Vorlage ist tatsächlich relativ kurzfristig gekommen.

Sie stellt auf eine Finanzierung mit Mitteln ab, die tatsächlich schon mehrfach übertragen worden sind, sodass die Möglichkeiten der Mittelübertragung auch endlich sind. Wir haben die Mittel von 2019 nach 2020 und dann erneut noch einmal nach 2021 übertragen. Mit dieser Vorlage haben wir jetzt eine letztmalige Übertragung nach 2022 in Aussicht gestellt.

Die Finanzierung wäre in diesem Fall also aus übertragenen Mitteln des Jahres 2021 sichergestellt. - Vielleicht so weit noch einmal zur Erläuterung. Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Homann hat eine Nachfrage.

Mike Homann (SPD): Nein, keine Nachfrage; nur ein Satz, damit man unser Abstimmungsverhalten dann auch versteht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ach so. Okay. Umso schöner.

Mike Homann (SPD): Wir wollen das Kölische Stadtmuseum nicht aufhalten, insbesondere nicht, wenn die Mittel aus 2021 sind. Wir werden dann keinen Vertagungsantrag stellen, werden uns aber enthalten, weil wir inhaltlich nicht so ein-

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 83

steigen konnten, wie wir glauben, dass es notwendig gewesen wäre. Wie gesagt, werden wir aber nichts aufhalten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt über die Vorlage unter Tagesordnungspunkt 10.19 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Der SPD, der FRAKTION und der AfD. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

Nun rufe ich auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

**12.1 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 75391/04
Arbeitstitel: Kaiserstraße 95 - 99 in Köln-Porz-Urbach
2478/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 62486/02
Arbeitstitel: „Ossendorfer Weg/Mühlenweg“ in Köln-Bickendorf
3641/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.3 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 67424/03;
Arbeitstitel: Sechtemer Straße/Bonner Straße in Köln-Raderberg
4360/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Enthaltung der FRAKTION. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**12.4 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen, hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Gebiet Mülheim Süd-West
2912/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen zu:

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs-/Durchführungs-/Fluchtlinienplänen**13.1 Aufhebung des Bebauungsplans Nummer 75389/03 - Teilaufhebung - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Kaiserstraße in Köln-Porz-Urbach
2479/2021**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der CDU-Fraktion. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen**16.1 278. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Abs. 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3521/2021**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der FRAKTION und der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Nachbesetzung Sachkundiger Einwohner*innen auf Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 84**4405/2021**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Digitalisierungsausschuss - Benennung eines neuen sachkundigen Bürgers“
AN/0025/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Neubesetzung beratende Mitgliedschaft“
AN/0198/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes für den JVA Beirat Köln“
AN/0199/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes des Kreiswahlausschusses zur Landtagswahl“
AN/0200/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Antrag der Fraktion Die LINKE betreffend „Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss“
AN/0259/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Neuwahl eines Mitgliedes im Unterausschuss Wohnen“
AN/2416/2021

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Benennung von Sachkundigen Einwohner:Innen“
AN/0269/2022

Gegenstimmen? - Es gibt eine Wortmeldung.
Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION):
Danke schön. - Nur eine kurze Korrektur: Herr Wortmann geht natürlich als beratendes Ratsmitglied anstelle der sachkundigen Einwohnerin Elise Teitz in den Ausschuss für Kunst und Kultur.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dazu kann ich jetzt, offen gestanden, nichts sagen. Aber wir nehmen das auf. Es wird ja so sein, wie Sie sagen. Ich muss das jetzt mit Nichtwissen bestreiten. Aber wir nehmen es auf. Er ist ja Ratsmitglied; das stimmt.

Dann rufe ich noch einmal TOP 17.8 auf und frage: Gibt es Gegenstimmen? - Nein. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Nachbesetzung von Ausschüssen“
AN/0298/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Besetzung eines Gremiums“
AN/0297/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 85

17.11 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „Neubesetzung sachkundige Einwohner*innen“ AN/0303/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Neuwahl eines Mitgliedes des Kreiswahlausschusses zur Landtagswahl“ AN/0305/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „TOP 17 - Benennung eines Mitgliedes für den Deutsch-Polnischen Fachausschuss der Deutschen Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)“ AN/0301/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Wir haben keine Dringlichkeitsentscheidung zu genehmigen. Deswegen bitte ich, jetzt die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Wir haben das eben noch einmal geklärt, Herr Wortmann. Sie sind zwar natürlich Ratsmitglied, haben aber den Sitz eines sachkundigen Einwohners. Darum ist das hier auch so ausgezeichnet. Es macht also keinen Unterschied, ob Sie Ratsmitglied sind oder nicht. Sie haben den Sitz eines sachkundigen Einwohners und sind damit beratendes Mitglied.

Wir haben jetzt die Zeit genutzt, um die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 22.08 Uhr)

14. Sitzung vom 3. Februar 2022 Seite 86**Anlage****zu Tagesordnungspunkt 10.18****zu Protokoll gegebene Rede**

Jennifer Glashagen (Volt): Wir möchten der Verwaltung für diese Beschlussvorlage herzlich danken. Ich kann nur lobende Worte finden, und das möchte ich auch zum Ausdruck bringen.

Es ist wunderbar, dass so schnell und präzise nach unserem beschlossenen Antrag im Sozial- und Senioren-Ausschuss wir heute das Förderprogramm beschließen können. Jetzt besteht eine umfassende Fördergrundlage, um obdachlose Kölner*innen zu unterstützen.

Herr Dr. Rau, nehmen Sie das bitte in Ihr Dezernat mit. Danke.

Die Maßnahmen und Projekte, die hier gefördert werden sollen, sind für die Menschen, die auf der Platte leben.

Wir nehmen im Bündnis von Grünen, CDU und Volt das europäische Ziel, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, ernst. Das ist auch der Grund, weshalb wir mit einer so großen Summe das Thema in den gemeinsam beschlossenen Haushalt und den politischen Veränderungsnachweis genommen haben.

Wir von Volt möchten an dieser Stelle besonders betonen: Wir brauchen Sicherheiten für die Menschen auf der Straße und diejenigen, die sich zu meist ehrenamtlich um sie bemühen.

Durch die Weiterentwicklung des Konzeptes „Obdachlosigkeit in Köln“, in das auch ein Hitze- und Kältekonzept inkludiert sein wird, werden wir mehr Sicherheit erreichen können.

Noch einen weiteren Punkt möchte ich hervorheben: An vielen Stellen in Köln werden ja Mahlzeiten, Duschen, Waschmaschinen und Ähnliches angeboten. Wir möchten auch mit speziellen Hilfen, zum Beispiel tierärztlicher Versorgung, die Menschen an diese Angebote binden, damit sie die dort Arbeitenden kennenlernen und Vertrauen zu ihnen aufbauen. So lassen sich leichter persönliche Gespräche führen und Perspektiven entwickeln.

Damit möchte ich auch schließen, auch wenn ich am liebsten alles erwähnen würde.